



REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 5 vom 6. Februar 2020

- Diese Woche in Washington
- Handelsabkommen nach Brexit
- Anwendung von Ausgleichszöllen bei Währungsmanipulation
- Huawei und ZTE reagieren auf FCC Entscheidung
- Virtual-Reality-Potenziale werden sich in den USA erst in ein paar Jahren richtig entfalten
- US-Handelsbilanzdefizit sank 2019
- Finanzielle Unterstützung für US-Landwirte
- Chinas zukünftige Wachstumstreiber

Diese Woche in Washington

Seine dritte *State of the Union Address* im US-Kongress nutzte US-Präsident Trump, die Erfolge seiner Administration aus den letzten drei Jahren hervorzuheben. In weiten Teilen glich seine Ansprache der Rede, die er jüngst beim Weltwirtschaftsforum in Davos gehalten hatte. Das bisher Erreichte bezeichnete er als das „*Great America Comeback*“, von dem insbesondere die Mittelklasse und Fabrikarbeiter profitierten. Wesentlich Neues bzw. eine neue Agenda für das laufende Jahr stellte er nicht vor. Stattdessen präsentierte er bereits bekannte Schwerpunkte wie wirtschaftliches Wachstum, niedrige Arbeitslosenzahlen und militärische Stärke und beschwor den amerikanischen Exzeptionalismus.

Auf das Amtsenthebungsverfahren ging er nicht ein. Am Tag nach seiner Rede zur Lage der Nation wurde der Präsident vom US-Senat von den Anklagepunkten des Machtmissbrauchs und Behinderung der Ermittlungen im Kongress freigesprochen.

EU-Handelschef Phil Hogan trifft sich heute mit dem US-Handelsbeauftragten (USTR) Robert Lighthizer, um das von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigte Handelsabkommen voranzubringen. (cs)

Handelsabkommen nach Brexit

Nach dem Brexit hat sich US-Außenminister Mike Pompeo optimistisch gezeigt, dass die USA und das Vereinigte Königreich ihre Zusammenarbeit in Bereichen wie Sicherheit, Handel und Diplomatie intensivieren können, da die Briten nicht mehr von der EU eingeschränkt werden. In Bezug auf ein mögliches Handelsabkommen betonte Pompeo, dass das Vereinigte Königreich Priorität vor anderen Ländern genieße.

Kurzmeldungen

US-Handelsbilanzdefizit sank 2019

Das US-Handelsbilanzdefizit ist 2019 zum ersten Mal seit sechs Jahren gesunken. Laut US-Wirtschaftsministerium (DOC) belief sich das Defizit bei Waren und Dienstleistungen auf 616,8 Mrd. US\$, was einem Rückgang von 10,9 Mrd. US\$ gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Exporte gingen im Jahr 2019 um 1,5 Mrd. US\$ auf 2.499,8 Billionen US\$ zurück. Die Importe fielen aber noch stärker – um 12,5 Mrd. auf 3.116,5 Mrd. US\$.

Das Defizit mit der Europäischen Union wird mit 177,9 Mrd. US\$ und mit Deutschland mit 67,2 Mrd. US\$ angegeben. (cs)

Auch im Kongress wird ein Handelsabkommen positiv gesehen. Der Co-Vorsitzende des *Senate UK Trade Caucus*, Rob Portman (R-OH), sagte, dass bestehende Handelshemmnisse und Zölle beseitigt, der Marktzugang für Agrargüter ausgeweitet, der Handel mit Dienstleistungen harmonisiert und Standards für den digitalen Handel gesetzt werden können. Richard Neal (D-MA), Vorsitzender des *Ways and Means*-Ausschusses im Repräsentantenhaus, betonte, dass ein Handelsabkommen strenge Vorschriften zu Arbeitsrechten, Umweltschutz, Durchsetzung und Schutz von Frieden und Wohlstand an der nordirischen Grenze enthalten müsse.

Der *US-UK Business Council* innerhalb der *US Chamber of Commerce* forderte, dass die EU und das Vereinigte Königreich die Übergangsphase bis zum Abschluss einer langfristigen Einigung verlängern sollten. Dies würde den US-amerikanischen Investoren und Exporteuren Planungssicherheit geben. (ch)

Anwendung von Ausgleichszöllen bei Währungsmanipulation

Das US-Handelsministerium (DOC) hat eine finale Regelung zur Anwendung von Ausgleichszöllen (*countervailing duties*) auf Länder veröffentlicht, die ihre Währungen im Vergleich zum US-Dollar abwerten. Unter anderem wird es US-Unternehmen ermöglicht, Klagen gegen ausländische Importe einzureichen, die von abgewerteten Währungen profitieren. Das DOC erläutert im Detail, wie der Anteil des durch Währungsabwertung erreichten finanziellen Vorteils an einem importierten Produkt kalkuliert wird.

Die Regelung verteidigt die Zuständigkeit des DOC, Währungsmanipulation als eine anfechtbare Subvention zu betrachten. In möglichen Verfahren werde das DOC mit dem US-Finanzministerium (*Treasury*) beraten, ob eine Währungsabwertung vorliegt. Die endgültige Entscheidung eines Verfahrens liege jedoch in der Autorität des DOC. Die Regelung missachte keine WTO-Verpflichtungen und soll ab dem 6. April in Kraft treten.

Derzeit wird kein Land vom *Treasury* als Währungsmanipulator eingestuft. Jedoch steht Deutschland neben neun anderen Ländern auf der *Monitoring List* des Ministeriums. (kw)

Huawei und ZTE reagieren auf FCC Entscheidung

Im November 2019 hatten die Kommissare der US-Bundeskommunikationsbehörde FCC einstimmig dafür gestimmt, dass US-Unternehmen keine Mittel aus dem staatlichen *Universal Service Fund* (USF) zum Erwerb von Anlagen und Dienstleistungen von Konzernen verwenden dürfen, die eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellen. Die chinesischen Unternehmen Huawei und ZTE wurden in diesem Zusammenhang als Sicherheitsrisiko identifiziert. Ihnen wurde bis zum vergangenen Montag (03.02.) die Möglichkeit der Kommentierung eingeräumt.

Finanzielle Unterstützung für US-Landwirte

Das US-Agrarministerium (USDA) hat am Montag eine dritte Runde finanzieller Unterstützungen für US-Landwirte angekündigt, die sich mit den negativen Auswirkungen der Handelskonflikte konfrontiert sehen. Die neuen Rettungsgelder sollen sich auf insgesamt 14,5 Milliarden US\$ belaufen. 2019 hatte USDA 11 Mrd. und 2018 8,6 Mrd. US\$ ausgezahlt. Die Gelder werden direkt auf die Konten der Landwirte verbucht. US-Landwirtschaftsminister Sonny Perdue deutete an, dass ein weiteres Hilfsprogramm für die Produktion im Jahr 2020 unwahrscheinlich sei.

Kritiker werfen der Administration vor, dass der Großteil der Gelder unverhältnismäßig an Landwirte in den Bundesstaaten des Mittleren Westens fließt, die Präsident Trump bei den Wahlen 2016 unterstützt haben, z.B. Iowa, Kansas und Texas. (cs)

Chinas zukünftige Wachstumstreiber

Die Weltbank hat eine Reformagenda für Chinas zukünftiges Wachstum vorgeschlagen. In dem Bericht *Innovative China – New Drivers of Growth* heißt es, dass sich Chinas Wirtschaft

Huawei hat sich nun in einer fast [200-seitigen Kommentierung](#) gegen die FCC-Ankündigung gewehrt und diese als rechtswidrig bezeichnet. Die FCC habe es versäumt Huawei von der Entscheidung zu unterrichten, stütze sich auf Halbwahrheiten und fabrizierte Beweise und sei Teil einer von bestimmten Regierungsmitgliedern und Kongressabgeordneten initiierte Kampagne gegen das Unternehmen. Die Huawei-Kommentierung folgt auf eine Klage, die das Unternehmen bereits im Dezember 2019 in einem US-Berufungsgericht einreichte. Das Verfahren läuft.

In einer [sechsseitigen Einreichung](#) spricht sich das Unternehmen ZTE ebenfalls gegen dessen FCC-Einstufung aus und bittet die Kommission mehr Zeit in Anspruch zu nehmen, um mehr Beweismaterial zu beurteilen. Auch die US-Amerikanische *Rural Wireless Association*, ein Verband ländlicher Mobilfunkanbieter, [bittet die FCC](#), ihre Entscheidung so lange zu verzögern, bis der Kongress ausreichende Mittel zur Deckung der voraussichtlichen Kosten sichergestellt hat, die im Zusammenhang mit dem Austausch und Entfernen von Huawei-Anlagen entstehen. (vm)

Virtual-Reality-Potenziale werden sich in den USA erst in ein paar Jahren richtig entfalten

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Im US-Konsumgüterbereich hat sich Virtual Reality (VR) bisher vor allem im Gaming etabliert. Mit dem Ausbau des 5G-Netzes ergeben sich große Potenziale für weitere Anwendungen. Die Konsumausgaben in den USA für Technologien der *Artificial Reality* (AR) und *Virtual Reality* (VR) summierten sich laut dem Finanzdienst MarketWatch 2018 auf etwa 6,4 Milliarden US-Dollar (US\$). Das war zwar mehr als doppelt so viel wie in Europa, Nahost und Afrika zusammen. Dennoch ist der große Marktdurchbruch bislang ausgeblieben. Für stärkeres Wachstum dürften in den nächsten Jahren vor allem VR-Anwendungen im Unterhaltungs- und Gesundheitsbereich sorgen, zum Beispiel computerbasiertes Hirntraining. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

derzeit im Übergang zu einem langsameren, ausgewogeneren und nachhaltigeren Wachstum befindet. Die alten Wachstumstreiber, wie wachsende Erwerbsbevölkerung, Abwanderung aus ländlichen Gebieten in die Städte, hohe Investitionen und wachsende Exporte hätten in ihrer Wirkung nachgelassen. Chinas politische Entscheidungsträger sollten sich für zukünftiges Wirtschaftswachstum daher auf drei Maßnahmen fokussieren: (1) Stärkung des Wettbewerbs und bessere Allokation von Ressourcen, (2) Verbreitung fortschrittlicher Technologien und (3) Innovationförderung. (cs)



Audi



LUFTHANSA GROUP



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 6 vom 13. Februar 2020

- **Diese Woche in Washington**
- **Weißes Haus veröffentlicht Haushaltsvorschlag**
- **US-Notenbank stellt Halbjahresbericht vor**
- **Debatte um Auswirkungen der Körperschaftssteuerreform**
- **USA wollen Kohleverstromung und Kernenergie retten**
- **USTR erläutert Kritik am WTO-Berufungsgremium**
- **Bericht zu Zöllen auf Solarprodukte**
- **Justizministerium klagt Huawei an**

Diese Woche in Washington

Der *Senior Economic Adviser* im Weißen Haus, Larry Kudlow, hat in einem Mediengespräch bestätigt, dass die Administration von der Möglichkeit, Zölle auf Autos und Autoteile aus der EU zu erheben, bis auf weiteres keinen Gebrauch machen wird. Hintergrund hierfür sei die gegenwärtige Aussicht auf ein baldiges Handelsabkommen. In einem Treffen mit US-Gouverneuren unterstrich auch US-Präsident Donald Trump die Wichtigkeit eines Abkommens mit der EU.

Der US-Kongress beschäftigt sich weiter mit einem Gesetzentwurf zu selbstfahrenden Autos. Beide Parteien und beide Kammern konnten sich inzwischen auf 13 Textabschnitte einigen. Das weitere Vorankommen des Gesetzes hängt jetzt allerdings an der Frage, ob durch selbstfahrende Autos geschädigte Personen vor Gericht klagen dürfen oder zu einem Schiedsverfahren gezwungen werden sollen. Die Demokraten lehnen Schiedsverfahren in diesem Kontext ab.

Am vergangenen Freitagabend gab Gordon Sondland in einem kurzem Statement bekannt, dass er mit sofortiger Wirkung von seinem Amt als US-Botschafter bei der EU abberufen wurde. Sondland bedankte sich bei US-Präsident Trump und US-Außenminister Mike Pompeo und bezeichnete die Zeit als Botschafter als Höhepunkt seiner Karriere. Das Weiße Haus hat bisher keinen Nachfolger für die Stelle in Brüssel nominiert. Im Rahmen der Ermittlungen um ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Trump hatte Sondland vor dem Geheimdienstausschuss im Repräsentantenhaus ausgesagt. (cs/ch)

Kurzmeldungen

USTR erläutert Kritik am WTO-Berufungsgremium

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) hat seine Kritik am WTO-Berufungsgremium in einem neuen 174-seitigen [Bericht](#) erläutert. Demnach hätte das Berufungsgremium die WTO-Regeln häufig nicht eingehalten und die WTO-Abkommen falsch ausgelegt. Diese Maßnahmen hätten den USA und ihren Bürgern, Arbeitnehmern und Unternehmen geschadet und gleichzeitig die Wirksamkeit des WTO-Streitbeilegungssystems unterminiert. Trotz der scharfen Kritik schlägt der umfassende Bericht keine Lösungen vor. Die Trump-Administration verhindert weiterhin die Ernennung neuer

Weißes Haus veröffentlicht Haushaltsvorschlag

Das Weiße Haus hat seinen [Budgetvorschlag](#) für das Jahr 2021 veröffentlicht. Er umfasst 4,8 Billionen US\$ und sieht weitreichende Kürzungen bei Sozialprogrammen und Forschungsinitiativen vor. Von den Kürzungen wäre auch das US-Wirtschaftsministerium (DOC) betroffen. Es soll 48% weniger an Mitteln als 2020 erhalten. So soll die *Economic Development Administration* komplett abgeschafft und die Budgets des *National Institute of Science Technology* und der *National Ocean and Atmospheric Administration* um jeweils zirka ein Drittel gekürzt werden. Das Ministerium solle sich zukünftig wieder auf seine grundlegenden Funktionen konzentrieren, wie die Volkszählung und die Durchsetzung handelspolitischer Gesetze. Zusätzliche 10 Millionen US\$ sollen dem DOC für die Umsetzung der Handelsagenda der Administration zur Verfügung gestellt werden, unter anderem, um eine schnellere Bearbeitung der Anträge von Unternehmen zu gewährleisten, von den *Section 232*-Zöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte ausgenommen zu werden.

Das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) soll 6 Millionen US\$ mehr erhalten. So soll die Implementierung und Durchsetzung von den neu verhandelten Abkommen mit China, Japan, Südkorea und Mexiko und Kanada und die laufenden Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich, China und der Europäischen Union unterstützt werden. Der USTR hat zudem in einem separaten [Antrag](#) weitere 13 Millionen US\$ für 2021 beantragt, um unter anderem mit 280 neuen Mitarbeitern die ressourcenintensiven handelspolitischen Ziele der Administration realisieren zu können.

Im Bereich der Forschungsförderung wird mit dem Themenfeld *Industries of the Future* eine neue Priorität gesetzt. Schwerpunkte sollen hier sein: fortschrittliche Fertigung, 5G-Technologien, künstliche Intelligenz, Biotechnologie und Quanteninformatik. (kw/cs)

US-Notenbank stellt Halbjahresbericht vor

Am Dienstag (11.02.) hat der Vorsitzende der US-Notenbank (*Fed*) Jerome Powell den [Halbjahresbericht der Federal Reserve Bank](#) im Finanzausschuss des US-Kongresses vorgestellt. Demnach konnte die US-Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2019 ein moderates Wachstum verzeichnen und damit das nun mehr als 11-jährige Wirtschaftswachstum der USA fortsetzen, so Powell in seinem [Statement](#). Auch Konsumausgaben und Investitionen in den Wohnungsbau seien wieder angestiegen, nachdem sie 2018 und in der ersten Jahreshälfte 2019 zurückgegangen waren. Der Arbeitsmarkt und der Stellenzuwachs blieben solide, obwohl letzterer etwas langsamer war als noch 2018. Die Arbeitslosenquote ist von 3,9% Ende 2018 auf 3,5% im Dezember 2019 gesunken.

Im Gegensatz dazu sanken Unternehmensinvestitionen und US-Exporte im Vergleich zu 2018. Laut Powell spiegeln dies unter anderem die Unsicherheit in der Handelspolitik sowie das schwache globale Wachstum im letzten Jahr wider. Speziell sei das verarbeitende Gewerbe in den USA betroffen, was 2019 bei einem Anteil von 12% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einen Produktionsrückgang von 1,3% verzeichnete.

Zudem beobachtete die *Federal Reserve* den Coronavirus-

Richter. Das Gremium bleibt somit weiterhin handlungsunfähig. (ch)

Bericht zu Zöllen auf Solarprodukte

Die *US International Trade Commission* (USITC) hat im Rahmen der seit 2018 bestehenden *Section 201*-Zölle auf Solarmodule und -zellen einen [Bericht](#) zu den jüngsten Entwicklungen in der heimischen Solarindustrie veröffentlicht. In dem Bericht heißt es unter anderem, dass die Importe von Solarzellen seit der Einführung der Zölle gestiegen und Solarprodukte aufgrund der Zölle in den USA teurer geworden sind. (kw)

Justizministerium klagt Huawei an

Das US-Justizministerium hat das chinesische Telekommunikationsunternehmen Huawei [offiziell beschuldigt](#), Geschäftsgeheimnisse von US-Firmen gestohlen zu haben. Zu den Angeklagten zählen neben Huawei selbst vier Tochterunternehmen sowie der Finanzchefin von Huawei, Meng Wanzhou, die in Kanada vor einem Auslieferungsverfahren steht. Die neue Anklageschrift umfasst 16 Anklagepunkte. (cs)

Debatte um Auswirkungen der Körperschaftssteuerreform

Der *Ways and Means*-Ausschuss im Repräsentantenhaus berief eine Anhörung zur US-Steuerreform ein, die sich insbesondere auf die Wirksamkeit der Körperschaftsteuervorschriften und deren regulatorischen Umsetzung konzentrierte. Der Ausschussvorsitzende Richard Neal (D-MA) beschrieb die gesamte Steuerreform als fiskalisch unverantwortlich und unfair wegen zu hoher Kosten, der Effekte auf das Defizit und den einseitigen Vorteilen für Unternehmen und wohlhabende Haushalte. Neal stellte fest, dass die Einnahmen durch die Körperschaftssteuer auf dem historisch niedrigsten Stand seien. Kevin Brady (R-TX), führendes Ausschussmitglied, entgegnete, dass die Einnahmen gestiegen seien. Zudem sei die Steuerreform ein Hauptgrund für den derzeitigen wirtschaftlichen Erfolg der USA, so Brady.

Im Vorfeld der Anhörung veröffentlichte das überparteiliche *Joint Committee on Taxation* (JCT) [eine neue Analyse](#) der Körperschaftsteuervorschriften innerhalb der Steuerreform. Das JCT prüfte nicht öffentlich verfügbare Steuererklärungen von 50 großen Unternehmen, die zusammen genommen zirka 20% des Einkommens und 20% der Steuerpflicht aller US-Unternehmen ausmachen. Nach Angaben des JCT seien die steuerlichen Abzüge dieser Unternehmen im Jahr 2017 gestiegen. Um zusätzlich von dem niedrigeren Steuersatz nach Inkrafttreten der Steuerreform zu profitieren, hätten sie 2017 so viele Einnahmen wie möglich auf 2018 verschoben. Insgesamt gingen die Körperschaftsteuereinnahmen um rund ein Drittel von \$286 Milliarden im Jahr 2017 auf \$194 Milliarden im darauffolgenden Jahr zurück. (ch)

USA wollen Kohleverstromung und Kernenergie retten

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Während die deutsche Bundesregierung den Kohleausstieg beschlossen hat, geht die US-Regierung den entgegengesetzten Weg. US-Energieminister Dan Brouillette hat auf einer Veranstaltung des *Atlantic Council* am 7. Februar 2020 Details zu dem neuen Forschungsprogramm „Coal FIRST“ vorgestellt. Es sieht 64 Millionen US-Dollar an Teilfinanzierungen für Forschungs- und Entwicklungsprojekte für künftige Kohlekraftwerke vor. „Kohlekraftwerke werden kleiner und sind damit besser zu steuern. Mit den derzeit entwickelten Technologien wird die Kohle zunehmend sauber“, so Brouillette. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com



REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 7 vom 20. Februar 2020

- Diese Woche in Washington
- USTR erhöht Zölle auf Flugzeugimporte aus der EU
- Kommentare zu bevorstehendem Section 301-Bericht
- Finanzierung der Grenzmauer auf Kosten des US-Verteidigungsbudgets
- Energiespeicher in den USA gefragt denn je
- Streichung der Steuererleichterungen für Boeing
- Interessenvertreter fordern GPA-Verbleib
- US-Importeur wird von 232-Importzöllen ausgenommen

Diese Woche in Washington

Beide Kammern des Kongresses sind nach dem nationalen Feiertag *Presidents' Day* diese Woche nicht in Washington.

Die sitzungsfreien Tage hat eine Gruppe von Senatoren beider Parteien dazu genutzt, in einem gemeinsamen Brief den US-Handelsbeauftragten (USTR) aufzufordern, schnellstmöglich ein Handelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich zu verhandeln. Nach dem Austritt aus der EU sei die Zeit reif für ein US-UK-Freihandelsabkommen, das unter anderem Zollsensungen, Zugang zum Agrarmarkt und ein Digitalsteuerabkommen beinhalten solle. Die *Trade Promotion Authority* (TPA) mandatierte den Präsidenten zu einem umfassenden Abkommen.

Auf einer Veranstaltung der *Information Technology and Innovation Foundation* (ITIF) haben Interessenvertreter ihren Unmut geäußert, dass bezüglich der China-Politik der US-Regierung Unklarheit bestünde. Als Beispiel nannte John Neuffer, Chef der *Semiconductor Industry Association*, dass das US-Wirtschaftsministerium zwar den chinesischen Hersteller Huawei auf die *Entity List* gesetzt habe, gleichzeitig aber immer wieder eine zeitlich begrenzte Rahmenbewilligung für US-Unternehmen verlängere, Produkte an Huawei verkaufen zu dürfen. Die Unberechenbarkeit der Administration habe die Geschäfte für Unternehmen bereits abgekühlt. (cs)

USTR erhöht Zölle auf Flugzeugimporte aus der EU

Die WTO hatte im langjährigen Rechtsstreit zwischen den USA und der EU um Subventionen für den zivilen Flugzeugbau entschieden, dass die USA Vergeltungsmaßnahmen gegen europäische Importe im Wert von \$7,5 Milliarden ergreifen

Kurzmeldungen

Streichung der Steuererleichterungen für Boeing

Der Gesetzgeber im Bundesstaat Washington hat einen Entwurf eingebracht, der die Steuererleichterungen für den US-Flugzeughersteller Boeing eliminieren würde. Aus dem Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) heißt es, dass dies der letzte notwendige Schritt sei, um im Einklang mit den Regulierungen der Welthandelsorganisation (WTO) zu stehen. Die WTO hatte geurteilt, dass die Steuererleichterungen illegal sind.

Der Gouverneur von Washington, Jay Inslee (D), betonte, dass man so Vergeltungszölle vermeiden möchte, die

Rechnen. Infolgedessen hatte der US-Handelsbeauftragte (USTR) im Oktober 2019 die erste Runde dieser Vergeltungsmaßnahmen eingeleitet. Gemäß US-amerikanischen Rechts können die von der WTO genehmigten Vergeltungsmaßnahmen nach 120 Tagen und danach alle 180 Tage überarbeitet werden. Dieser Ansatz wird als „Karussell“ bezeichnet.

Nach einem Konsultationsprozess hat der USTR am vergangenen Freitag hiervon Gebrauch gemacht und die erste Liste aktualisiert. Der Zollsatz für aus der EU importierter Zivilflugzeuge wird von 10% auf 15% angehoben. Die Zollsätze für andere Waren bleiben unverändert. Zudem wird Pflaumensaft von der Liste entfernt und bestimmte Küchenmesser werden hinzugefügt. Die Änderungen treten am 18. März 2020 in Kraft. Weitere Informationen finden Sie [hier](#). (ch)

Kommentare zu bevorstehendem Section 301-Bericht

Im Vorfeld des jährlichen *Section 301*-Berichts zum Schutz geistigen Eigentums (IP) haben Interessenvertreter von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, öffentliche [Kommentare](#) abzugeben. Die *National Association of Manufacturers* (NAM) [fordert](#) den USTR auf, Kanada erneut auf die *Priority Watch List* zu setzen. Laut NAM litten US-Hersteller unter einer Reihe von kanadischen IP-Regulierungen, zum Beispiel bei geographischen Herkunftsbezeichnungen innerhalb des EU-Kanada-Handelsabkommens (CETA). Die *Pharmaceutical Researchers and Manufacturers of America* (PhRMA) gehen mit ihrer Forderung, Kanada als *Priority Foreign Country* einzustufen, gar einen Schritt weiter. Diese Klassifizierung – die schärfste des Berichts – gilt für Länder, deren IP-Praktiken für US-Produkte besonders schädlich sind (*greatest adverse impact*). Im Jahr 2019 wurde kein Land als *Priority Foreign Country* eingestuft.

Mit Blick auf die Europäische Union haben US-Tech-Unternehmen die Richtlinien für das EU-Urheberrecht (*Copyright Directive*) [kritisiert](#). Es widerspreche US-Recht und belaste US-Unternehmen insbesondere durch die strengen Regulierungen für Internet-Inhalte bei Lizenzierung und Inhaltsfilterung. Der USTR wird am 26. Februar eine öffentliche Anhörung zum Thema des bevorstehenden Berichts durchführen. Der Bericht selbst soll im April veröffentlicht werden. (kw)

Finanzierung der Grenzmauer auf Kosten des US-Verteidigungsbudgets

Letzten Donnerstag (13.02.) hat US-Präsident Trump durch das US-Verteidigungsministerium zum wiederholten Mal eine [Mittelumverteilung](#) in Milliardenhöhe angekündigt, um den weiteren Ausbau der Grenzmauer zu Mexiko zu finanzieren. Die geforderten 3,8 Milliarden US\$ würden aus dem vom Kongress bereits verabschiedeten US-Verteidigungshaushalt 2020 kommen. Sie waren ursprünglich u.a. für die Neubeschaffung von *US Marine Corps* Kampffjets des Typs F-35B, Amphibien- und U-Booten der *US Navy* und Ausrüstung der *US*

08/27/2020
nicht nur dem kommerziellen Flugzeugbau schaden, sondern ebenso anderen wichtigen Exporten aus dem Bundesstaat. Boeing teilte als Reaktion auf die geplante Gesetzgebung mit, dass sich der Bundesstaat Washington und die USA so zu fairem und auf festen Regeln beruhendem Handel bekennen würden. Die Angelegenheit der milliarden schweren Starthilfen für Airbus stünde hingegen weiterhin ungelöst da. (cs)

Interessenvertreter fordern GPA-Verbleib

In einem [gemeinsamen Brief](#) an die US-Administration haben sich 20 Interessenverbände gegen die Überlegungen der Regierung eingesetzt, aus dem *Government Procurement Agreement* (GPA) der Welthandelsorganisation (WTO) auszutreten. Mit einem Austritt würden US-Unternehmen ihren Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen in 46 Ländern verlieren. Unterzeichner des Briefes sind unter anderem die *US Chamber of Commerce* und die *National Association of Manufacturers* (NAM). (cs)

US-Importeur wird von 232-Importzöllen ausgenommen

Der *US Court of International Trade*

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/27/2020 3:51:19 PM
National Guard einplant. Seit Präsident Trump vor einem Jahr den nationalen Notstand an der Südgrenze zu Mexiko ausrief, sind damit Gelder von insgesamt fast 10 Milliarden US\$ aus dem Verteidigungshaushalt in die Grenzbefestigung geflossen. Mit der letzten Ankündigung würden allerdings zum ersten Mal Gelder, die zur aktiven Kampfausrüstung des US-Militärs angesetzt waren, angezapft.

US-Kongressabgeordnete beider Parteien zeigten sich sehr alarmiert. Der ranghöchste Republikaner im *House Armed Service Committee*, Mac Thornberry (R-TX) [beschrieb](#) die Ankündigung des Pentagons als eine Verletzung der Gewaltenteilung, die das Prinzip der zivilen Kontrolle über das Militär verletze. Er kündigte weitere Schritte des Kongresses an. Die Vorsitzende des Haushaltsausschuss im Repräsentantenhaus, Nita Lowery (D-NY), bezeichnete die angekündigte Mittelumverteilung in ihrer [Pressemitteilung](#) als Diebstahl.

Derzeit wird mit der Fertigstellung der Grenzmauer zu Mexiko bis zum Ende des Jahres gerechnet. Damit würde US-Präsident Trump ein weiteres zentrales Wahlversprechen noch vor Ende des Jahres verwirklichen. (vm)

(CT) hat mit einer *temporary restraining order* ein US-Unternehmen von den *Section 232*-Importzöllen auf Stahl- und Aluminiumprodukte vorübergehend [ausgenommen](#). Das Unternehmen argumentierte, dass die Einführung der neuen Zölle das vorgeschriebene *Section 232*-Verfahren missachtet habe, da die Administration keine Möglichkeit für öffentliche Kommentare angeboten hätte. Das Urteil gilt nur für das Unternehmen. (kw)

Energiespeicher in den USA gefragt denn je

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

In den USA hat sich kein Königsweg herausgebildet, was die Art der Energiespeicher, ihre steuerliche Förderung sowie die gesetzlichen Regularien angeht. Zum landesweiten Aufbau einer klimaneutralen Stromversorgung werden Speicher in den USA dringend benötigt. Die US-Bundesstaaten evaluieren aus diesem Grund unterschiedlichste Technologien, nehmen Geld für Pilotprogramme in die Hand und lernen von den Erfahrungen, die in den USA und im Ausland gesammelt werden. Dies wurde auf dem *Energy Storage Policy Forum* deutlich, das der US-Verband für Energiespeicher (*U.S. Energy Storage Association*) am 12. Februar 2020 in Washington, D.C., abgehalten hat. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



LUFTHANSA GROUP



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 8 vom 27. Februar 2020

- Diese Woche in Washington
- Internationaler Handelsausschuss des EU-Parlaments in Washington
- US-Präsident Trump besucht Indien
- Weitere Zahlungen an Landwirte?
- US-Markt für Architekturdienstleistungen
- Demokraten fordern mehr Sanktionen gegen Russland
- Ethische Prinzipien für den Umgang mit KI
- Kein Schaden für US-Industrie durch Baustahlimporte

Diese Woche in Washington

Der *Ways and Means*-Ausschuss im Repräsentantenhaus hat am Mittwoch eine Anhörung einberufen, um die Handelsbeziehungen zwischen den USA und China zu erörtern. Der Vorsitzende Richard Neal (D-MA) teilte zwar die Ansicht der Administration, gegen das Handelsungleichgewicht mit China vorgehen zu müssen, kritisierte aber den Ansatz des Weißen Hauses. Die Eskalation der Zölle hätte insbesondere für US-amerikanische Landwirte unnötige Kosten verursacht. Neal äußerte sich zudem besorgt darüber, dass die Trump-Administration keinen Plan zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus hätte, vor allem mit Blick auf Lieferketten. Seitens der Republikaner lobte Kevin Brady (R-TX) den erfolgreichen Abschluss des *Phase-One-Deal*.

Aus dem Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) heißt es, dass die Administration ein Netzwerk bilateraler Handelsabkommen mit den subsaharischen Ländern Afrikas plane. Das Freihandelsabkommen mit Kenia soll als Blaupause für weitere Abkommen dienen. Länder wie Kenia begriffen ein Freihandelsabkommen mit den USA als Chance, sich von China zu emanzipieren, so Michael Nemelka, *Special Advisor to USTR* Robert Lighthizer.

Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer selbst ist unterdessen nach London gereist, um sich mit der Ministerin für Internationalen Handel im Vereinigten Königreich Liz Truss zu treffen. Es sollen Vorgespräche für die Aufnahme der offiziellen Gespräche für ein bilaterales Abkommen geführt werden. (ch/cs)

Kurzmeldungen

Demokraten fordern mehr Sanktionen gegen Russland

US-Medienberichten zufolge informierten US-Geheimdienstbeamte den Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses über die laufenden Bemühungen Russlands, die bevorstehenden US-Präsidentschaftswahlen zu beeinflussen. Angesichts der zunehmenden Besorgnis über Wahleinmischung fordert eine Gruppe führender demokratischer Senatoren US-Außenminister Mike Pompeo und US-Finanzminister Steven Mnuchin in einem [Brief](#) auf, alle geltenden gesetzlichen Maßnahmen zu nutzen, um Russland sofort mit

Internationaler Handelsausschuss des EU-Parlaments in Washington

Mitglieder des Ausschusses für internationalen Handel des EU-Parlaments haben diese Woche in Washington Gespräche mit der Administration, dem Kongress und verschiedenen Interessenvertretern aus Wirtschaft, Umweltschutz, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft geführt. Mit dem Besuch wolle man der Notwendigkeit eines stärkeren Engagements mit Washington Ausdruck verleihen, so der Ausschussvorsitzende Bernd Lange. Die USA und Europa könnten sich den aktuellen Herausforderungen im globalen Handel nur durch Dialog und Partnerschaft stellen.

EU-Handelskommissar Phil Hogan hatte zuvor die Hoffnung geäußert, dass die USA und die EU bis zum 18. März begrenzte Vereinbarungen erzielen könnten. Lange zeigte sich jedoch besorgt über den Mangel an ernsthaften Diskussionen seitens der USA. Ihm zufolge hätten sich die USA noch nicht mit Themen befasst, die für die EU von hoher Bedeutung sind, wie z.B. Zölle auf Stahl und Aluminium, Antidumpingzölle auf spanische Oliven und der langjährige Airbus-Boeing-Rechtsstreit vor der WTO. Stattdessen verhandelten beide Seiten lediglich über die Abschaffung kleiner Handelshemmnisse, einschließlich des Imports und Exports von Äpfeln und Schalentieren.

Im US-Senat bestätigte der Vorsitzende des Finanzausschusses, Chuck Grassley (R-IA), dass die USA kein umfassendes Abkommen mit der EU aushandeln werden, solange das Thema Landwirtschaft nicht enthalten sei. Laut Grassley seien für die USA derzeit Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich ohnehin wichtiger als mit der EU. (ch)

US-Präsident Trump besucht Indien

In seiner [Rede](#) vor rund 110.000 Besuchern hat US-Präsident Donald Trump im indischen Ahmedabad die wichtige Partnerschaft und die starken wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Indien hervorgehoben. Er zeigte sich optimistisch, dass beide Länder ein umfassendes Handelsabkommen erzielen können. Während seiner ersten [Amtsreise](#) nach Indien kritisierte Trump aber auch die aus seiner Sicht zu hohen indischen Zölle auf US-Importe, wie zum Beispiel Harley-Davidson-Motorräder. Präsident Trump und Indiens Premierminister Narendra Modi einigten sich darauf, eine erste Phase eines Handelsabkommens zeitnah zu verhandeln. Zudem kündigte Indien an, US-amerikanische militärische Güter und Hubschrauber im Wert von 3 Milliarden US\$ zu kaufen.

Auch die Kooperation im Bereich Energie war ein Schwerpunkt der Reise. Präsident Trump unterstrich die steigenden US-Energieexporte nach Indien und hob die strategische Partnerschaft beider Länder bei Fragen der Energieinfrastruktur und Innovationen hervor. Im Zuge des Besuchs haben das US-Unternehmen ExxonMobil und das indische Staatsunternehmen Indian Oil Corporation eine Einigung erzielt, um die Transportinfrastruktur für Gas in Indien zu verbessern. (kw)

Weitere Zahlungen an Landwirte?

hatten Sanktionen zu belegen. Laut der Senatoren würde die Verhängung von Sanktionen eine klare Botschaft an den russischen Präsidenten Wladimir Putin senden, dass Wahleinmischung von den USA unter keinen Umständen toleriert wird. (ch)

Ethische Prinzipien für den Umgang mit KI

Das US-Verteidigungsministerium (DoD) hat am Montag (24.02.) eine Reihe von ethischen Prinzipien für den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) [veröffentlicht](#). So soll der Einsatz von KI verantwortungsbewusst, gerecht, rückverfolgbar, zuverlässig und lenkbar gestaltet werden. Zudem wird von DoD-Mitarbeitern erwartet, ein angemessenes Maß an Urteilsvermögen und Sorgfalt beim Einsatz von KI walten zu lassen. Das DoD verpflichtet sich außerdem, vorsorglich Maßnahmen einzuleiten, um unbeabsichtigte Verzerrungen bei den KI-Fähigkeiten zu minimieren. Die Prinzipien basieren auf [Richtlinien](#) des *Defense Innovation Boards*. (vm)

Kein Schaden für US-Industrie durch Baustahlimporte

Die *US International Trade Commission* (ITC) hat mit drei zu zwei Stimmen [beschlossen](#), dass die inländische Industrie [keinen Schaden](#) nimmt,

US-Präsident Trump hat angekündigt, möglicherweise doch weitere Unterstützungsleistungen an US-Landwirte auszuzahlen, sollten die jüngsten Handelsvereinbarungen mit China, Mexiko und Kanada nicht schnell genug implementiert werden. Damit widerspricht Trump dem US-Landwirtschaftsministerium, das Anfang Februar mitteilte, dass die diesjährige dritte Runde an finanziellen Unterstützungen die letzte sei. Sie würden nicht mehr benötigt, da der *Phase I*-Deal mit China und das USMCA beschlossen seien.

Die Zahlungen wurden eingeführt, um die negativen Auswirkungen abzufedern, mit denen sich US-Landwirte aufgrund der Handelskonflikte konfrontiert sehen. Für die Ernte 2019 stehen dieses Jahr 14,5 Milliarden US\$ zur Verfügung. Die beiden Jahre zuvor wurden 11 Mrd. und 8,6 Mrd. US\$ ausgezahlt.

Das US-Landwirtschaftsministerium geht davon aus, dass China dieses Jahr seine *Phase I*-Verpflichtung nicht einlösen kann, US-Agrarprodukte im Wert von 40 Milliarden US\$ zu kaufen. Ein Hauptgrund hierfür sei die um sich greifende Coronavirus-Epidemie im Land. Die Auswirkungen auf die chinesische Wirtschaft seien derzeit nicht absehbar. Die Verabschiedung des USMCA durch das kanadische Parlament steht weiter aus. (cs)

Wenn Baustahl
(fabricated structural steel) aus Kanada und Mexiko importiert wird. Somit wird die ITC keine Antidumping- oder Ausgleichszölle auf entsprechende Importe einführen. Die Entscheidung des ITC beendet eine im Februar 2019 von einem US-Stahlverband eingereichte Klage. (kw)

US-Markt für Architekturdienstleistungen

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

In den USA erhält das internationale Who Is Who der Architekturbranche Raum, seine Designfreude auszuleben. Um aus der bereits vorhandenen Masse ikonischer Gebäude herauszuragen, sind die Auftraggeber gewillt, viel Geld in die Hand zu nehmen. Das gilt allerdings nicht für alle Hochbausparten. Im Wohnungsbau sind zum Beispiel eher Standardlösungen gefragt. Zudem hört bei der Architektenzulassung die Experimentierfreude schnell auf. Die vollständige Studie finden Sie nach kurzer Registrierung kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



LUFTHANSA GROUP



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 9 vom 05. März 2020

- **Diese Woche in Washington**
- **USTR veröffentlicht Handelsagenda für 2020**
- **US-UK-Handelsabkommen: US-Reaktionen auf britische Verhandlungsposition**
- **Neue Ausschüsse zur Implementierung des USMCA**
- **Der digitale Wandel macht Kfz-Bauer abhängiger von US-Technologiekonzernen**
- **Keine Section 232-Zölle auf Titanschwamm**
- **US-Administration gewinnt Section 232-Klage**
- **Marktsondierungsreise: Urban Development – Smart Resilient Cities**

Diese Woche in Washington

Nach dem *Super Tuesday* haben sich die Reihen möglicher Präsidentschaftskandidaten der Demokraten deutlich gelichtet. US-Senatorin Elizabeth Warren (D-MA) hat heute ihre Kandidatur zurückgezogen. Somit sind nur noch der ehemalige US-Vizepräsident Joe Biden und US-Senator Bernie Sanders (I-VT) im Rennen. Beide liegen derzeit in etwa gleich auf, mit einem leichten Vorsprung für Biden.

Das Coronavirus bestimmt zunehmend die Berichterstattung. Der US-Kongress hat mit überparteilicher Unterstützung ein 8 Milliarden US\$ umfassendes Notfallpaket verabschiedet. Der Internationale Währungsfonds (IMF) will 50 Milliarden US\$ zur Verfügung stellen. Die Weltbank hat angekündigt, ihr diesjähriges Frühjahrstreffen weitestgehend virtuell abzuhalten.

Um ein weiteres Absinken des US-Aktienmarktes zu verhindern, hat die US-Notenbank (Fed) am Dienstag den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Dies ist die erste außerplanmäßige Zinssenkung seit der Finanzkrise. Der neue Zinssatz liegt jetzt zwischen 1% und 1,25%. Mit dem Schritt wolle man das Vertrauen von Haushalten und Unternehmen stärken, so Jerome Powell, Chef der Fed. Der potenzielle Schaden für die US-Wirtschaft könne derzeit noch nicht bemessen werden. (cs/ch)

USTR veröffentlicht Handelsagenda für 2020

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) hat seine jährliche Handelsagenda, die einen Rückblick auf 2019 sowie einen Ausblick auf 2020 gibt, veröffentlicht. Der 338-seitige Bericht lobt die handelspolitische Agenda der Administration, die die amerikanische Wirtschaft und US-Arbeitnehmer durch neue

Kurzmeldungen

Keine Section 232-Zölle auf Titanschwamm

Letztes Jahr reichte die *Titanium Metal Corporation* (TIMET) einen Antrag auf Einfuhrbeschränkungen für Titanschwämme ein. Titanschwamm ist eine poröse Form von Titan und wird als Bestandteil in vielen Produkten, wie z.B. Militärflugzeugen, Raumfahrzeugen, Satelliten, Marineschiffen, Raketen und Öl- und Gasanlagen verwendet. Die anschließende *Section 232*-Untersuchung des US-Handelsministeriums kam zu dem Ergebnis, dass 68% des in den USA verwendeten Titanschwamms importiert werden. Ferner entfallen 94,4% dieser Einfuhren auf Japan.

Handelsgesetze stärke. So hätte die Handelspolitik der Trump-Administration einen *blue collar boom* ausgelöst, der das Lohnniveau und die Anzahl der Arbeitsplätze erhöht habe. Als Erfolge im letzten Jahr unterstreicht der Bericht das *Phase 1*-Abkommen mit China, das USMCA-Abkommen, die Agrar- und Digitalabkommen mit Japan und die Ausgleichsmaßnahmen, die von der Welthandelsorganisation (WTO) aufgrund der EU-Subventionen im Flugzeugbau gewährt wurden.

Mit Blick auf die Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union (EU) hätten die USA und die EU keine Fortschritte bei der Reduzierung von Zöllen erreicht, da die EU nicht bereit sei, Zölle auf US-Agrarprodukte zu reduzieren. Verhaltene Fortschritte gäbe es aber im Bereich nicht-tarifärer Handelsbarrieren.

Hauptziele der Handelsagenda der Administration für 2020 sind die Verhandlungen zu Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich, der EU und Kenia, weitere Verhandlungen mit Japan hin zu einem umfassenden Handelsabkommen, die Limitierung der Kompetenzüberschreitungen in der WTO und die Durchsetzung existierender Handelsverpflichtungen durch Partnerländer. Mit Blick auf China zielt die Administration darauf ab, weitere strukturelle Reformen, beispielsweise im Bereich staatliche Subventionen, in einem *Phase-2* Abkommen anzugehen. (kw)

US-UK-Handelsabkommen: US-Reaktionen auf britische Verhandlungsposition

Während diese Woche Gespräche in Brüssel für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien begonnen haben, machte die britische Regierung parallel dazu am Montag (02.03.) mit der Veröffentlichung ihrer Verhandlungsposition gegenüber den USA den Weg für Verhandlungen für ein US-UK-Handelsabkommen frei. Auch der Besuch von Robert Lighthizer, dem US-Handelsbeauftragten (USTR), in London und Oxford Ende letzter Woche weist auf einen baldigen Start der Verhandlungen hin. Laut Analyse der britischen Regierung, könnte ein Freihandelsabkommen zwischen Großbritannien und den USA langfristig das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern um 15,3 Milliarden Pfund steigern und Löhne britischer Arbeitnehmer um 1,8 Milliarden Pfund erhöhen.

Auf US-Seite steigen ebenfalls Erwartungen an ein amerikanisch-britisches Handelsabkommen. Chuck Grassley (R-Iowa), Vorsitzender des Finanzausschusses im Senat, betonte in Bezug auf Großbritanniens Ankündigung, die hohen Lebensmittel- und Tierhaltungsstandards des Landes halten zu wollen, dass ein US-UK-Deal nur dann Zustimmung im Senat fände, wenn sich der britische Markt für landwirtschaftliche Produkte aus den USA öffne. Auch das Thema Huawei und 5G-Sicherheit ist für US-Politiker mit Blick auf einen US-UK-Deal von Bedeutung. Senator John Thun (R-SD), stellvertretender Mehrheitsführer im Senat, gab dazu bekannt, dass er Gesetzesvorschläge einbringen werde, die 5G-Sicherheit zu einem zentralen US-Verhandlungsziel in Handelsgesprächen erklären sollen.

3. In einem Memorandum stimmte Präsident Trump der Position des US-Handelsministeriums zu, dass Titanschwammimporte in die nationale Sicherheit der USA gefährden. Jedoch hat er auf Zölle oder andere Importeinschränkungen verzichtet. Stattdessen werden Verteidigungsminister Mark Esper und Wirtschaftsminister Wilbur Ross eine Arbeitsgruppe mit Japan bilden, um den Zugang zu Titanschwamm im Notfall sicherzustellen. (ch)

US-Administration gewinnt *Section 232*-Klage

Der *US Court of Appeals* hat die Verfassungsmäßigkeit der *Section 232*-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte bestätigt. 2018 hatten US-Stahlimporteure beim *US Court of International Trade* (CIT) geklagt, der Präsident habe seine Kompetenzen überschritten und die 232-Zölle seien somit verfassungswidrig. Der Fall wurde im März 2019 vom CIT abgelehnt. Die Kläger planen gegen die jüngste Entscheidung beim *US Supreme Court* in Berufung zu gehen.

(kw)

Marktsondierungs- reise: Urban Development – Smart Resilient Cities

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/27/2020
Die U.S. Chamber of Commerce sieht vor allem bei Dienstleistungen, in der Digitalwirtschaft und im Bereich Geistiges Eigentum die Möglichkeit hohe Standards zu setzen. Gleichzeitig wäre es laut der U.S. Chamber aber sinnvoller, wenn Großbritannien zuerst ein Abkommen mit der EU verabschiedet bevor man sich einem US-UK-Deal widmet. (vm)

Neue Ausschüsse zur Implementierung des USMCA

Das Weiße Haus hat zwei Ausschüsse gegründet, um die im USMCA definierten Verpflichtungen im Umwelt- und Handelsbereich durchzusetzen. Beide Ausschüsse sollen aus Vertretern verschiedener US-Ministerien bestehen und vom US-Handelsbeauftragten (USTR) geleitet werden.

Der Umweltausschuss wird die Bemühungen der USA zum Monitoring und zur Durchsetzung von Umweltverpflichtungen koordinieren. In Bezug auf Mexiko und Kanada wird der Ausschuss die dortigen Umweltgesetze und -richtlinien bewerten, Maßnahmen in Bezug auf die Umsetzung und Aufrechterhaltung der Umweltverpflichtungen beobachten und – wenn nötig – Durchsetzungsmaßnahmen beantragen.

Der Ausschuss für den Handel im Automobilbereich wird bei der Umsetzung, Durchsetzung und Änderung von relevanten Vorschriften des USMCA beraten, einschließlich der Ursprungsregeln und der sogenannten *alternative staging regimes* für qualifizierte Autohersteller. Der Ausschuss wird auch die Auswirkungen der Ursprungsregeln auf die Wirtschaft, die Arbeitnehmer und die Verbraucher der USA sowie die Auswirkungen neuer Technologien auf diese Regeln überprüfen. (ch)

Der digitale Wandel macht Kfz-Bauer abhängiger von US-Technologiekonzernen

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

US-Autobauer verpflichten sich im Rahmen ihrer Tarifeinigungen zu hohen Zukunftsinvestitionen. Große Marktpotenziale bestehen bei Elektro-SUV und -Pick-ups. Den vollständigen Beitrag finden Sie nach kurzer Registrierung kostenfrei [hier](#). (gtai)

der Deutschen Wirtschaft in Washington bietet vom 2. bis 4. Juni 2020 eine Marktsondierungsreise zu den Headquarters der Weltbank und Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IDB) an. Der Fokus der Reise liegt auf Projekten und Geschäftschancen in Entwicklungs- und Schwellenländern im Bereich „Urban Development - Smart Resilient Cities“. Weitere Infos [hier](#). (cs)



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 10 vom 12. März 2020

- Diese Woche in Washington
- Amicus Brief zu Rechtsstreit um 232-Autobericht
- Coronavirus: Überlegungen zur Unterstützung der Wirtschaft
- Meinungsumfrage zu deutsch-amerikanischen Beziehungen
- Coronavirus steckt US-Wahlkampf an
- USTR legt China-Bericht vor
- USA und Brasilien wollen Handelsabkommen
- US-Energieministerium verschiebt Ölverkauf aus Strategischer Reserve

Diese Woche in Washington

Mit seiner Fernsehansprache an die Nation hat Präsident Trump verschiedene Maßnahmen angekündigt, um die Ausbreitung des Coronavirus in den USA aufzuhalten. Neben dem Einreisestopp für Reisende aus EU-Ländern, der 30 Tage in Kraft bleiben soll, versprach der Präsident wirtschafts- und finanzpolitische Unterstützung, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Zahlungen von Steuerschulden sollen teilweise verzögert werden können. Krankenversicherungen hätten sich bereit erklärt, die Kosten für die Selbstbeteiligung für Tests und Behandlungen zu übernehmen.

Die Demokraten im Repräsentantenhaus haben unterdessen einen weiteren milliarden schweren Gesetzentwurf eingebracht, der die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus-Ausbruchs eindämmen soll. Hierzu gehören unter anderem bezahlte Freistellung bei Krankheit, kostenlose Tests auf Corona, Lebensmittelversorgung und Arbeitslosenversicherung. Derzeit ist unklar, ob der Entwurf in seiner jetzigen Form vom republikanisch geführten Senat angenommen wird.

In der Stadt Washington selbst sind fast alle größeren Veranstaltungen bis auf weiteres abgesagt worden. Die Bürgermeisterin Muriel Bowser (D) hat den Gesundheitsnotstand ausgerufen. Auch der EU-Kommissar für Handel, Phil Hogan, hatte seine Reise nach Washington – bereits vor dem Einreisestopp – abgesagt. (cs)

Amicus Brief zu Rechtsstreit um 232-Autobericht

Acht Senatoren beider Parteien haben beim US-Bundesbezirksgericht in Washington, DC, einen [amicus brief](#) zur Unterstützung einer Klage gegen das US-

Kurzmeldungen

USTR legt China-Bericht vor

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) hat vergangenen Freitag (6. März) seinen [Bericht](#) an den US-Kongress zu *China's WTO Compliance* veröffentlicht. Erneut wird darauf hingewiesen, dass China seinen Verpflichtungen als WTO-Mitglied nicht nachkomme. Nach Jahren nichteingehaltener Zusicherungen Chinas, WTO-konform agieren zu wollen, hätte sich die jetzige US-Administration dazu entschlossen – zum Wohle der US-Wirtschaft und US-Arbeitnehmer – einen aggressiveren Ansatz gegenüber China zu verfolgen. Die Unterzeichnung des

Received by NSD/TARA Registration Unit 08/27/2020
Handelsministerium eingereicht. Die Kläger versuchen die Veröffentlichung des Section 232-Berichts über importierte Autos und Autoteile zu erzwingen. Gemäß Section 232 müssen nicht vertrauliche Teile des Berichts im *Federal Register* erscheinen. Das US-Handelsministerium hat bislang nichts veröffentlicht.

In dem *amicus brief* betonen die Senatoren, dass die US-Verfassung dem Kongress die ausschließliche Zuständigkeit über den internationalen Handel gewährt. Daher müsse sich die Exekutive vor dem Kongress in diesem Bereich verantworten. Die Weigerung, den Bericht zu veröffentlichen, verhindere die Fähigkeit des Kongresses, seine verfassungsmäßigen Pflichten effektiv wahrzunehmen.

Des Weiteren verweisen die Senatoren auf andere rechtliche Quellen, die die Veröffentlichung des Berichts erfordern, zum Beispiel auf das kürzlich verabschiedete Haushaltsgesetz, das die Frist für die Veröffentlichung auf den 19. Januar 2020 festlegt. Hierzu argumentierte das US-Justizministerium jedoch in einem [Memorandum](#), dass der Bericht aufgrund des Privilegs der Exekutiven sowie der Risiken für laufende diplomatische Verhandlungen nicht veröffentlicht werden könne. Die Senatoren lehnen beide Argumente ab. Der Bericht sei gesetzlich erforderlich und kein privilegiertes Beratungsdokument für den Präsidenten. (ch)

Coronavirus: Überlegungen zur Unterstützung der Wirtschaft

Bereits vor Präsident Trumps Fernsehansprache an die Nation wurden im Weißen Haus Überlegungen angestellt, wie die wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus abgefedert werden können. Neben den von Trump vorgeschlagenen Lohnsteuerminderungen und bezahlten Freistellungen insbesondere für Arbeitnehmer mit stündlicher Bezahlung, fordern republikanische Senatoren zunehmend die von der Administration verhängten Importzölle temporär auszusetzen. Kleine Unternehmen würden hiervon besonders profitieren, so Senator Steve Daines (R-MT). Auch die Demokraten im Abgeordnetenhaus vertreten diesen Ansatz, ebenso wie die *US Chamber of Commerce* und die *National Association of Manufacturers* (NAM). Larry Kudlow, Direktor des nationalen Wirtschaftsrats, sagte, dass die Aussetzung von Zöllen im Weißen Haus nicht thematisiert werde.

Allerdings hat die Trump-Administration am Dienstag in China produzierte medizinische Ausrüstungsgegenstände – wie Latexhandschuhe, Mundschutze, Hygienereinigungstücher und antimikrobielle Produkte – von den Zöllen vorerst befreit. (cs)

Meinungsumfrage zu deutsch-amerikanischen Beziehungen

Seit 2017 betreiben das Meinungsforschungsinstitut *Pew Research Center* und die Körber-Stiftung gemeinsame Meinungsumfragen, um den Stand der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland aus Sicht der Öffentlichkeit zu bewerten. Am Montag (9. März) wurden

Phase 9 Deal sei der Beweis für den Erfolg dieser Strategie. (cs)

USA und Brasilien wollen Handelsabkommen

Am vergangenen Wochenende hat US-Präsident Donald Trump den brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro in Mar-a-Lago, Florida, empfangen. Laut einer gemeinsamen [Erklärung](#) konzentrierten sich die Gespräche auf die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands, die Stärkung der Demokratie und die Förderung von Frieden und Sicherheit. Ferner unterstrichen Trump und Bolsonaro die Vorteile einer starken bilateralen Wirtschaftsbeziehung zwischen zwei der größten Volkswirtschaften der westlichen Hemisphäre. Deshalb haben sie ihre jeweiligen Handelsbeauftragten angewiesen, die Gespräche für ein bilaterales Handelsabkommen in diesem Jahr zu vertiefen. Allerdings hat Präsident Trump die mögliche Einführung von Zöllen auf brasilianische Stahl- und Aluminiumimporte nicht völlig ausgeschlossen. Im Dezember 2019 hatte er Brasilien und Argentinien mit Zöllen wegen Währungsmanipulation gedroht. (ch)

hierzu die neuesten Zahlen veröffentlicht, die in der 08/27/2020
Recherchedienstleistungen der Körber-Stiftung, [The Berlin](#)
[Pulse](#), sowie in einem [Bericht des Pew Research Centers](#) zu
finden sind.

Den neuesten Werten zufolge gehen die Ansichten über die bilateralen Beziehungen in der Öffentlichkeit beider Länder nach wie vor weit auseinander. Während 75% der befragten US-Bürger die deutsch-amerikanischen Beziehungen als „gut“ bezeichnen, stimmen dem auf deutscher Seite nur 34% zu. Dies stellt allerdings eine positivere Bewertung als noch 2018 dar, als nur 24% der deutschen Befragten die Beziehungen als gut bezeichneten. Auch junge Menschen auf beiden Seiten sehen die Beziehung optimistischer als ihre älteren Mitbürger. 40% der deutschen Befragten im Alter von 18-29 bezeichnen die Beziehung als „gut“, auf amerikanischer Seite steht der Wert bei 82%.

Dennoch unterscheiden sich die Einstellungen, insbesondere in Bezug auf Anwendung militärischer Gewalt, Verpflichtungen im Rahmen der NATO und Beziehungen zu anderen Weltmächten wie Russland und China, in beiden Ländern weiterhin sehr. Während beispielsweise 60% der Amerikaner für eine militärische Verteidigung eines NATO-Verbündeten im Fall eines russischen Angriffs sind, ist ein ebenso großer Anteil in Deutschland dagegen. Im Hinblick auf Handel mit China sind zudem 54% der Befragten in Deutschland der Meinung, dass Deutschland und Europa sich kein Beispiel an der härteren Gangart der USA nehmen sollte. Die Umfrage wurde auf deutscher Seite zwischen dem 9. und 28. September 2019 durchgeführt. In den USA fand dies zwischen dem 17. und 22. September 2019 statt. (vm)

Coronavirus steckt US-Wahlkampf an

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die Auswirkungen des Coronavirus nehmen in den USA zu. Mit steigender Infiziertenzahl verhält sich die Bevölkerung vorsichtiger, verbringt mehr Zeit zu Hause und beschränkt Einkäufe auf das Notwendigste. Obgleich von Panikstimmung nichts zu spüren ist. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

Energieministerium verschiebt Ölverkauf aus Strategischer Reserve

Laut eines Gesetzes aus dem Jahr 2015 muss das US-Energieministerium (DOE) jährlich fünf Millionen Barrel Rohöl aus der Strategischen Reserve (*Strategic Petroleum Reserve*, SPR) verkaufen. Die Einnahmen werden zur Finanzierung von Modernisierungsmaßnahmen der SPR verwendet. Das Ministerium hatte den diesjährigen Verkauf für den jetzigen Zeitpunkt angekündigt. In Anbetracht der fallenden Rohölpreise am vergangenen Montag wurde dies nun auf unbestimmte Zeit verschoben. Das DOE hat bis Ende des Haushaltsjahrs am 31. September Zeit, um den Verkauf abzuwickeln. (vm)



LUFTHANSA GROUP



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 11 vom 19. März 2020

- **Diese Woche in Washington**
- **Zweites Coronavirus-Hilfspaket verabschiedet**
- **Implementierung des USMCA rückt näher**
- **US-Überwachungsgesetz wird befristet verlängert**
- **Washington schaltet auf Krisenbewältigung um**
- **In eigener Sache**
- **USTR erhöht Airbus-Zölle**
- **Reisebranche bittet um öffentliche Beihilfen**

Diese Woche in Washington

Die Demokraten im US-Kongress haben damit begonnen, an einem Gegenentwurf für das bis zu 1000 Milliarden US\$ umfassende Paket von Administration und Senat zur Bekämpfung des Coronavirus zu arbeiten. Ob es wesentliche Unterschiede zwischen beiden Vorlagen geben wird, ist derzeit unklar. Die Demokraten wollen die Vorschläge verschiedener Ausschüsse einfließen lassen, u.a. mehr Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherungen für Bedürftige (Medicaid), Beihilfen für die Luftfahrtindustrie, Beihilfen für Hausbesitzer, Mieter, KMU, und Lebensmittelversorgung.

Nachdem Ford und GM gestern angekündigt hatten, ihre Produktion in Nordamerika bis Ende des Monats ruhen zu lassen, folgen dieser Maßnahme nun auch Ford, Toyota und Nissan. GM CEO Mary Barra sagte, man sei mit der Administration im Gespräch, wie die freiwerdenden Kapazitäten in den Fabriken genutzt werden können, um möglicherweise Beatmungsgeräte herzustellen.

Unterdessen bleibt unklar, wie die von Präsident Trump ausgerufene Nutzung des *Defense Production Act* (DPA) tatsächlich zur schnelleren Produktion medizinischer Ausrüstung beitragen kann. Der DPA besagt, dass im Falle der nationalen Verteidigung, private Firmen Bestellungen der Regierung zuerst bearbeiten müssen. Erst am gestrigen Mittwoch hatte Präsident Trump seinen Gesundheitsminister Alex Azar die Befugnis erteilt, festzustellen, was prioritär benötigt wird und wie medizinische Ressourcen bestmöglich verteilt werden sollen. (cs)

Zweites Coronavirus-Hilfspaket verabschiedet

Kurzmeldungen

In eigener Sache

Wir sind in den kommenden Wochen auch weiterhin jederzeit für Sie elektronisch erreichbar. Veranstaltungen haben wir allerdings bis auf weiteres ausgesetzt, hierunter fällt auch die letzte Woche angekündigte Marktsondierungsreise zur Weltbank. Bitte zögern Sie nicht uns zu kontaktieren!

Ihr RGIT-Team

USTR erhöht Airbus-Zölle

Am 18. März hat der US-Handelsbeauftragte (USTR) die Zölle auf die in Europa produzierten Airbus-Flugzeuge von 10% auf 15% angehoben. Diese Zölle gelten nicht für Airbus-Flugzeuge, die im US-

US-Präsident Donald Trump hat das vom US-Kongress verabschiedete Hilfspaket *Families First Coronavirus Response Act* unterzeichnet, das die wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Ausbreitung abfedern soll. Das 100 Milliarden US\$ umfassende Gesetz ist das zweite Hilfspaket im Rahmen der Corona-Krise. Ein erstes, 8 Milliarden US\$ umfassendes Paket wurde Anfang des Monats hauptsächlich für die Erforschung eines Impfstoffs verabschiedet. Das jetzige, zweite Maßnahmenpaket sieht unter anderem die bezahlte Freistellung bei Krankheit für gewisse US-Arbeiter, kostenlose Tests auf das Coronavirus, Unterstützung bei Lebensmittelversorgung und Arbeitslosenversicherung vor. Der Mehrheitsführer im Senat Mitch McConnell (R-KY) unterstrich die Notwendigkeit des Gesetzes zur Entlastung für die USA, warnte aber auch, dass das Gesetz noch nicht genug US-Amerikaner unterstütze. Ferner belaste es insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen aufgrund der Verpflichtung, Arbeitsplätze schützen zu müssen. Diese Bedenken sollen in einem dritten Stimuluspaket angegangen werden, so McConnell.

Der US-Kongress und die US-Administration arbeiten derzeit an einem Phase 3-Hilfspaket mit Maßnahmen in Höhe von 800-1000 Milliarden US\$. Laut eines Vorschlags des US-Finanzministeriums sind folgende Bestimmungen vorgesehen: 50 Milliarden US\$ Entlastung für die US-Luftfahrtindustrie, 300 Milliarden US\$ für KMU, zweimal 250 Milliarden US\$ für Direktzahlungen an US-Bürger. (kw)

Implementierung des USMCA rückt näher

Das kanadische Parlament hat das USMCA am 13. März offiziell verabschiedet. Die kanadische Generalgouverneurin hat bereits die königliche Zustimmung gegeben. Somit ist der Ratifizierungsprozess in Kanada abgeschlossen. Der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer bezeichnete die Ratifizierung durch alle drei Länder als den Start eines neuen Kapitels für den Handel im nordamerikanischen Markt.

Bevor das USMCA in Kraft treten kann, müssen mehrere Verpflichtungen erfüllt werden, z.B. die Schaffung einheitlicher Regulierungen in bestimmten Bereichen sowie die Benennung von Vertretern für den Streitbeilegungsmechanismus. Sobald dies abgeschlossen ist, müssen sich die drei Länder in einem Briefwechsel gegenseitig benachrichtigen. Zirka 60 Tage danach wird das USMCA in Kraft treten.

Trotz dieses Verfahrens bestätigte der Finanzausschuss des US-Senats, dass der USTR dem Kongress bereits eine Mitteilung über ein geplantes Inkrafttreten am 1. Juni 2020 übermittelt hätte. Die führenden Ausschussmitglieder, Chuck Grassley (R-IA) und Ron Wyden (D-OR), kritisieren die rigide Einhaltung dieses Plans. Auch die *US Chamber of Commerce* fordert wegen der Covid-19-Pandemie und der Schwierigkeit einiger Unternehmen, die neuen Ursprungsregeln einzuhalten, mehr Flexibilität von der Administration. Auch ein Zusammenschluss US-amerikanischer und ausländischer Autohersteller, Zulieferer und Autohändler äußerte diesbezüglich große Besorgnis. (ch)

Bundesstaat Alabama hergestellt werden. Der USTR hat auch Zölle auf eine Vielzahl anderer europäischer Waren erhöht. Nach Angaben der US-Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) haben US-amerikanische Importeure bislang knapp 370 Milliarden US\$ aufgrund der Airbus-Zölle gezahlt. Airbus hat den USTR unterdessen aufgefordert, die neuen Zölle auszusetzen und Verhandlungen aufzunehmen. Laut Airbus unterstreiche die globale Covid-19-Pandemie und deren negativen Auswirkungen auf die Luftfahrtindustrie die Notwendigkeit, den Rechtsstreit hinter sich zu lassen und einen nachhaltigen Weg für die Branche zu finden. Die extremen finanziellen Herausforderungen aller großen US-Fluggesellschaften könnten zu Stornierungen von Flugzeugbestellungen führen. (ch)

Reisebranche bittet um öffentliche Beihilfen

Die US-Reisebranche, insbesondere die Luft- und Kreuzschifffahrt sowie Hotels, bekommen derzeit die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronavirus-Ausbreitung am stärksten zu spüren. Die *U.S. Travel Association* hat nun in einem Bericht davor ge

US-Überwachungsgesetz wird befristet verlängert

Der US-Senat stimmte am Montag (16.03.) für die vorübergehende Wiedereinführung einer Reihe am Sonntag ausgelaufener FBI-Instrumente zur Terrorismus- und Spionagebekämpfung. Die Senatoren wollen so Zeit gewinnen, ihre noch bestehenden Differenzen über die Überwachungsgesetze auszuräumen. Prioritär steht jetzt die COVID-19-Pandemie auf der Tagesordnung. Die Senatoren stimmten einstimmig zu, die nach den Anschlägen vom 11. September eingeführten Befugnisse des FBI bis Anfang Juni zu verlängern, ohne den Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) zu verändern. Das Repräsentantenhaus, das diese Woche nicht in Sitzung ist, muss der befristeten FISA-Verlängerung noch zustimmen.

Um das Auslaufen der FBI-Instrumente am Sonntag zu verhindern, hatte die Senatsführung vergangene Woche vergebens versucht, den vom Repräsentantenhaus verabschiedeten parteiübergreifenden Gesetzentwurf, der auch neue Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre enthält, im Schnellverfahren durchzusetzen. Allerdings stieß dies bei einigen Senatoren, wie beispielsweise Rand Paul (R-KY) und Mike Lee (R-Utah), auf Kritik. Beide Senatoren fordern eine umfassendere Prüfung und Änderung des Gesetzentwurfs sowie eine weitere Debatte über Spionagerechte der Regierung und Bürgerrechte.

Zu den drei Befugnissen des FBIs, die im Fokus der Diskussion stehen, gehören die sog. *roving wiretap*-Berechtigung zur fortwährenden Abhörung von Verdächtigen, die das Telefon wechseln, die Befugnis zur Überwachung von Personen, die als Einzeltäter (*lone wolf*) agieren und die Möglichkeit des FBIs, auf Geschäftsunterlagen und E-Mail-Metadaten von Verdächtigen zuzugreifen. (vm)

warnt, dass die Reiseindustrie (ohne Luftfahrt) damit rechnet, Verluste in Höhe von 202 Milliarden US\$ zu machen. Damit einher ginge der Verlust von 4,6 Millionen Arbeitsplätzen. Der Verband bittet die US-Regierung um Entlastungen in Höhe von 250 Milliarden US\$. *Airlines for America* lobte nach einem Telefonat zwischen US-Präsident Trump und den CEOs verschiedener Fluggesellschaften die Unterstützung der Administration für die Luftfahrtindustrie. Der Verband bittet die US-Regierung im Rahmen der Corona-Krise um eine Reihe von Kapitalbeihilfen, Darlehen und Steuerentlastungen. (kw)

Washington schaltet auf Krisenbewältigung um**Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)**

In den USA machen sich Rezessionsängste breit. Die Eindämmung des Coronavirus führt vielerorts zum wirtschaftlichen Stillstand. Der Coronavirus hat Amerika erreicht. Zunächst wurde er als ein rein chinesisches Phänomen abgetan, anschließend als ein italienisches Problem dargestellt, später als ein europäisches. Ohne Absprache mit Brüssel wurde daraufhin der Reiseverkehr mit der EU gekappt. Geholfen hat das wenig, denn inzwischen hat sich der Virus auf dem amerikanischen Kontinent ausgebreitet. Händewaschen, voneinander Abstand halten und Desozialisierung sind seither als Überlebensstrategie in aller Munde.

Das Gesundheitswesen erweist sich mit der Situation als überfordert, es fehlt so ziemlich an allem. Auch die Wirtschaft kann den Pandemie-Schock nicht ohne Folgeschäden absorbieren. Konkurse werden eingeleitet, unbezahlte Rechnungen häufen sich und massenhafte Kreditausfälle bedrohen Banken. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com



REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 12 vom 26. März 2020

- Diese Woche in Washington
- USTR erwägt weitere Ausnahmen für 301-Zölle auf medizinische Importe aus China
- Neue Reisebeschränkungen an den Landgrenzen der USA
- US-Außenministerium wehrt sich gegen Desinformationen in der Coronakrise
- Einige US-Branchen investieren gerade in Krisenzeiten
- Trump wird neuen stellvertretenden USTR nominieren
- US-Maßnahmen gegen Wucherpreise
- Initiative zur Bekämpfung von Covid-19

Diese Woche in Washington

Der US-Kongress einigte sich auf ein [drittes finanzielles Hilfspaket](#) im Wert von 2 Billionen US\$. Der Senat hat das 880-seitige Gesetz einstimmig verabschiedet. Die Abstimmung im Repräsentantenhaus wird voraussichtlich am Freitag erfolgen. Das Gesetz sieht 150 Milliarden US\$ für Krankenhäuser und Beschäftigte im Gesundheitswesen vor. Bundesstaaten und Kommunen sollen ebenfalls 150 Milliarden US\$ erhalten. Das US-Finanzministerium wird als einmalige Unterstützungsmaßnahme Geld direkt an US-Haushalte überweisen, wobei der genaue Betrag von der Familiengröße und dem Einkommensniveau abhängt. Ferner werden die Programme für Arbeitslosenleistungen und Lebensmittelhilfe erweitert. Das Finanzministerium wird 500 Milliarden US\$ für Branchen bereitstellen, die besonders stark betroffen sind. Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern sollen Zugang zu Kreditfonds in Höhe von 350 Milliarden US\$ bekommen.

Unterdessen kündigte die US-Notenbank (*Fed*) umfangreiche [Maßnahmen](#) zur Unterstützung der Wirtschaft an. Die *Fed* hat unter anderem die Zinssätze auf nahe Null gesenkt und könnte unbegrenzt Staatsanleihen kaufen. Laut dem Vorsitzenden Jerome Powell befinden sich die USA möglicherweise bereits in einer Rezession. Powell geht davon aus, dass die US-Wirtschaftsleistung von April bis Juni drastisch zurückgehen wird. Die wirtschaftliche Erholung könnte in der zweiten Jahreshälfte eintreten.

Nach den aktuellsten [Daten](#) des US-Arbeitsministeriums stiegen die Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe in der vergangenen Woche auf 3,28 Millionen. Das bisherige Rekordhoch war 695.000 im Oktober 1982. (ch)

Kurzmeldungen

Trump wird neuen stellvertretenden USTR nominieren

US-Präsident Donald Trump hat [angekündigt](#), den Rechtsanwalt Michael Nemelka als neuen stellvertretenden US-Handelsbeauftragten (USTR) für die Bereiche *investment, services, labor, environment, Africa, China* und *the Western Hemisphere* zu nominieren. Nemelka ist derzeit als Sonderberater für USTR Robert Lighthizer tätig. Die Nominierung muss noch durch den US-Senat bestätigt werden. (kw)

US-Maßnahmen gegen Wucherpreise

Präsident Trump hat per [executive order](#) Maßnahmen gegen Preistreiber von

USTR erwägt weitere Ausnahmen für 301-Zölle auf

Der US-Handelsbeauftragter (USTR) hat im Rahmen der COVID-19-Pandemie ein öffentliches Kommentierungsverfahren [eingerrichtet](#), um weitere medizinische Importgüter aus China zu identifizieren, die für eine Aussetzung der *Section 301*-Zölle in Frage kommen könnten. Laut USTR-Angaben müssen sich die Kommentare auf Produkte beschränken, die sowohl den 301-Zöllen unterliegen als auch eine medizinische Relevanz zur Bekämpfung des Virus hätten. Medizinische Produkte wie beispielsweise Beatmungsgeräte oder Schutzmasken waren bereits von *Section 301*-Zöllen ausgeschlossen. Der USTR akzeptiert kontinuierlich Kommentare bis zum 25. Juni - eine Frist, die gegebenenfalls verlängert werden kann. Anweisungen zur Einreichung von Kommentaren finden Sie [hier](#).

Demokraten im Repräsentantenhaus haben in einem [Brief](#) an den US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer und US-Handelsminister Wilbur Ross die Einrichtung des Kommentierungsverfahrens zu den 301-Zöllen gelobt. Gleichzeitig kritisieren sie aber auch, dass dies alleine nicht ausreichend sei, um das Gesundheitssystem und die Wirtschaft des Landes abzusichern. Der Brief fordert daher weitere Entlastungen für Unternehmen während der Krise, wie beispielsweise eine temporäre Zollausssetzung oder ein beschleunigtes und vereinfachtes Ausnahmeverfahren für betroffene Produkte. Nur so werde es gelingen, Störungen in den Lieferketten zu vermeiden und wirtschaftliche Belastungen für US-Unternehmen zu verringern.

Auch Republikaner im Finanzausschuss des US-Senats haben der US-Regierung [vorgeschlagen](#), Entlastungen und Ausnahmen im Rahmen der *Section 301*-Zölle für alle von der Coronakrise betroffenen Industriebereiche auszubauen. (kw)

Neue Reisebeschränkungen an den Landgrenzen der USA

Die USA haben zusammen mit Kanada und Mexiko beschlossen, jeglichen nicht essentiellen Reiseverkehr an der US-kanadischen und US-mexikanischen Grenze einzuschränken, um die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen. [Die Reisebeschränkungen](#) sind am Samstag, den 21. März 2020, in Kraft getreten und werden nach 30 Tagen überprüft. Nicht essentielle Grenzüberschreitungen umfassen Tourismusaktivitäten oder Freizeitreisen. Grenzüberschreitungen aus Arbeits-, Ausbildungs- oder medizinischen Gründen sind weiterhin erlaubt. Ferner erkannten alle drei Länder die wichtige Bedeutung des Handels zwischen ihren Ländern an. Im vergangenen Jahr waren Mexiko und Kanada die zwei größten Handelspartner der USA.

Zusätzlich zu den Reisebeschränkungen wurde bekannt gegeben, dass die USA bis auf Weiteres keine Einwanderer ohne entsprechende Genehmigungen an der mexikanischen Grenze aufnehmen wird. Einwanderer werden entweder nach Mexiko oder in ihre Herkunftsländer zurückgeführt. Nach Angaben des US-Heimatschutzministeriums (DHS) nimmt die Zahl der Grenzschutzbehörden (CBP) jede Woche zwischen

Produkten ergriffen, die im Zuge der Covid-19 Pandemie stark nachgefragt werden. Das US-Gesundheitsministerium und das US-Justizministerium sind mit der Durchführung der Strafmaßnahmen beauftragt. Vor allem medizinische Schutzkleidung, Desinfektionsprodukte sowie medizinische Geräte sind hiervon betroffen. Des Weiteren soll die Fertigung dieser lebenswichtigen Produkte erhöht werden, u.a. auch in Produktionsstätten der Automobilindustrie. Details zur Umsetzung der Massnahmen wurden in der executive order nicht genannt. (ch)

Initiative zur Bekämpfung von Covid-19

Die US-Regierung hat am 23. März eine Gemeinschaftsinitiative von Regierung, Wissenschaft und Privatunternehmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie vorgestellt. Die *Private Public Partnership* mit Unternehmen, wie IBM, Microsoft, Amazon Web Services, MIT, NASA, sowie Laboratorien des US-Energieministeriums werden die Rechenkapazitäten ihrer leistungsstärksten Computer bündeln, um die Forschung und Entwicklung eines Impfstoffs sowie von Behandlungsmöglichkeiten für Covid-19 voranzutreiben. Wissenschaftler in Bereichen der Bioinformatik und

7.000 und 9.000 Personen fest. Eine Quarantäne der Grenzeinrichtungen während einer Pandemie könne daher nicht effektiv sicher gestellt werden.

Innerhalb der USA haben über die Hälfte aller Bundesstaaten sowie der *District of Columbia* sogenannte *stay at home orders* erlassen. Diese Verordnungen unterscheiden sich von Bundesstaat zu Bundesstaat. Inlandsreisen zwischen den Bundesstaaten sind nicht eingeschränkt. (ch)

Epidemiologie sind dazu aufgerufen, über ein [Onlineportal](#) zu kooperieren. Die gemeinsame Rechnerleistung der Supercomputer verspricht, belastbare Ergebnisse in kurzer Zeit zu liefern. (vm)

US-Außenministerium wehrt sich gegen Desinformationen in der Coronakrise

In einer [Pressekonferenz](#) im Weißen Haus machte US-Außenminister Mike Pompeo China, Russland und den Iran für die Verbreitung gezielter Desinformationen über das Coronavirus und die COVID-19-Pandemie verantwortlich. Gleichzeitig ermahnte er US-Bürger ihre Informationen aus seriösen Quellen zu beziehen. Auf Nachfrage eines Journalisten betonte Pompeo, dass der Ursprung der Desinformationen „ziemlich diffus“ sei, manche kämen von Regierungen, andere von Einzelpersonen. Allerdings habe die US-Regierung koordinierte Bemühungen aus China, Russland und dem Iran feststellen können, welche die Tätigkeiten der USA verunglimpfen, so der Außenminister.

Pompeos Ministerium hat in diesem Zusammenhang am Montag (23.03.) ein [Fact Sheet](#) sowie ein [Presse-Statement](#) mit Bezug auf Desinformationen aus dem Iran veröffentlicht. Das US-Außenministerium kritisiert hier vor allem die iranische Regierung und unterstreicht u.a. den Mangel an Transparenz über den Ausbruch des Coronavirus im Iran. Dies habe zu einem „katastrophalen Risiko für die Gesundheit der iranischen Bevölkerung geführt“. Auch habe Teheran bereits im Februar humanitäre Hilfsangebote der USA abgelehnt. Darüber hinaus wird betont, dass Sanktionen gegen den Iran nicht die Einfuhr von Lebensmitteln, Medikamenten und medizinischer Ausrüstung oder anderen humanitären Gütern in das Land beschränken würden. Auch der Verkauf dieser Güter aus den USA in den Iran sei weiterhin möglich. Laut [Weltgesundheitsorganisation \(WHO\)](#) hat der Iran bis dato 27.017 bestätigte Corona-Fälle mit 2.077 Todesfällen. (vm)

Einige US-Branchen investieren gerade in Krisenzeiten

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die Corona-Pandemie stellt die US-Industrie vor Probleme. Doch investieren bestimmte Hersteller, um den Nachfrageanstieg im Gesundheitswesen und im Einzelhandel zu befriedigen.

Die Corona-Krise hat Industrieunternehmen jeglicher Betriebsgröße und fast aller Branchen erreicht. Ob es der mittelständische Zulieferer ist, oder ein global agierender Großkonzern, der die Folgen der einbrechenden Konjunktur in den USA und in der Welt zu spüren bekommt. Besonders schwer betroffen sind bislang die Hersteller von Luftfahrzeugen, Kfz, Agrarmaschinen, Chemiewaren,

Kunststoffen sowie der Metallindustrie.
Doch verzeichnen andere Branchen einen starken Nachfrageanstieg nach ihren Gütern und Dienstleistungen. Einen überaus hohen Auftragseingang vermelden unter anderem die Hersteller von Nahrungsmitteln und Getränken, Hygieneartikeln, Desinfektions- und bestimmten Arzneimitteln, medizinischem Verbrauchsmaterial und Medizintechnik. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 13 vom 2. April 2020

- Diese Woche in Washington
- Handels- und Investitionshemmnisse für US-Exporte
- US-Regierung veröffentlicht neue Kraftstoffeffizienz-Verordnung
- Rahmenplan zur möglichen Aufhebung der Venezuela-Sanktionen
- Erste Indikatoren deuten in den USA auf enorme Wirtschaftsschäden
- Senatoren fordern verlangsamte USMCA-Implementierung
- Forderung nach Saisonarbeitern für landwirtschaftliche Betriebe
- Produktion von Beatmungsgeräten

Diese Woche in Washington

Laut US-Arbeitsministerium sind angesichts der Corona-Pandemie die Anträge auf Arbeitslosenunterstützung zum zweiten Mal in Folge auf ein Rekordhoch gestiegen. Ende vergangener Woche waren es 6,6 Millionen Betroffene.

Das US-Finanzministerium hat damit begonnen, [Leitlinien](#) für die Umsetzung des CARES-Gesetzes herauszugeben. Dazu gehören unter anderem Informationen zu den Direktzahlungen an US-Bürger, zum *employee retention credit*, um Mitarbeitergehälter weiter zahlen zu können, zum *Payroll Protection Program* (PPP), das 350 Milliarden US-Dollar an Krediten für KMU zur Verfügung stellt, sowie zu den Unterstützungen für die Luftfahrtbranche.

Ob es ein viertes Stimulus-Paket geben wird ist derzeit fraglich. Die Demokraten im US-Kongress wollen weitere Programme auflegen. Das Weiße Haus favorisiert stattdessen einen 2 Billionen US\$ umfassenden Plan zur Erneuerung der Infrastruktur. (cs)

Handels- und Investitionshemmnisse für US-Exporte

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) hat seinen jährlichen [National Trade Estimate Report](#) veröffentlicht. Der 542-seitige Bericht stellt im Detail Handels- und Investitionshemmnisse für US-Exporte in den wichtigsten Märkten dar, u.a. der Europäischen Union, China, Mexiko und Kanada. Als handelspolitische Erfolge im Jahr 2019 hebt der Bericht das USMCA-Handelsabkommen, die Phase-1-Einigung mit China und die Abkommen mit Japan hervor.

Die EU wird in dem Bericht in erster Linie für Hemmnisse im

Kurzmeldungen

Senatoren fordern verlangsamte USMCA-Implementierung

In einem [Brief](#) fordern Mitglieder des Finanzausschusses des Senats den US-Handelsbeauftragten (USTR) Robert Lighthizer auf, die Implementierung des USMCA zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu unterstützen. Die Covid-19-Pandemie habe Regierungen, Unternehmen, Arbeitnehmer und Landwirte weltweit getroffen, was wenig Zeit und Ressourcen für einen reibungslosen Übergang zum USMCA zulasse. Aber auch ohne diese Pandemie wäre die ursprünglich geplante Frist für den 1. Juni zu ambitioniert. Das Inkrafttreten sollte erst erfolgen, wenn alle erforderlichen Regulierungen

Receiv... Bereich des digitalen Handels kritisiert. Der Bericht 08/27/2020 unterstreicht die aus Sicht der Administration gegenüber US-Unternehmen diskriminierende Digitalsteuer Frankreichs. Auch die Vorschläge zu einer Digitalsteuer aus Österreich, Italien, Spanien, Tschechien und dem Vereinigten Königreich wurden kritisiert. Die Umsetzung der *General Data Protection Regulation* (GDPR) wird als unverhältnismäßiges Handelshemmnis gesehen, da Datenflüsse außerhalb der EU limitiert würden. Der Bericht bezeichnet zudem die Vergeltungszölle der EU auf US-Güter als unrechtmäßig. Die EU wird aufgefordert, gemeinsam mit den USA die globalen Überkapazitäten im Stahl- und Aluminiumbereich abzubauen. Die USA planen weiterhin die EU-Vergeltungszölle bei der WTO anzufechten.

Auch China wird im Bereich Digitalhandel kritisiert. Die strikte Internetkontrolle und die Blockierung von Webseiten seien schädlich für US-Unternehmen. Beschränkungen beim Cloud-Computing wirkten ebenso wettbewerbsverzerrend, insbesondere die Joint-Venture-Pflicht für ausländische Cloud-Dienstleister, die in den chinesischen Markt eintreten wollen. Der Bericht kritisiert ferner die Setzung von Normen in China und die damit verbundene Gefahr, dass chinesische Normen global angewendet werden müssten. (kw)

US-Regierung veröffentlicht neue Kraftstoffeffizienz-Verordnung

Die Bundesbehörde für Straßen- und Fahrzeugsicherheit (NHTSA) im US-Verkehrsministerium und die US-Umweltschutzbehörde EPA haben am Dienstag (31.03.) die finalisierte [Safer Affordable Fuel-Efficient \(SAFE\) Verordnung](#) veröffentlicht, die landesweit Standards für CO2-Emissionen und den durchschnittlichen Kraftstoffverbrauch für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge der Modelljahre 2021-2026 neu bestimmt. Der neuen SAFE-Regulierung zufolge müssen Kfz-Hersteller die Kraftstoffeffizienz ihrer Pkw und leichten Lkw künftig nur noch um 1,5% pro Jahr verbessern und nicht mehr, wie von der Obama-Administration angeordnet, um 5% pro Jahr. Die EPA prognostiziert, dass Neuwagen und leichte Nutzfahrzeuge im Jahr 2026 damit eine durchschnittliche Reichweite von etwa 40,4 Meilen pro Gallone (mpg) haben werden, verglichen mit 46,7 mpg unter der Obama-Verordnung.

Die Deregulierungsmaßnahme soll [laut US-Regierung](#) zu niedrigeren Fahrzeugpreisen führen, was wiederum Endverbraucher dazu anregen soll, neue – und damit sicherere – Fahrzeuge zu kaufen. Dies wird von vielen US-Bundestaaten, allen voran Kalifornien, welches strengere Kraftstoffeffizienz-Standards festgelegt hat und die SAFE-Verordnung seit ihrer Ankündigung im Jahr 2018 rechtlich anfechtet, bezweifelt. In einem [Statement](#) betonte der kalifornische Justizminister Xavier Becerra, dass die Trump-Administration Umwelt- und Gesundheitsstandards schwäche. Er sei bereit weitere rechtliche Schritte einzuleiten. (vm)

Rahmenplan zur möglichen Aufhebung der Venezuela-Sanktionen

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/27/2020

vorliegen und die Industrie die Möglichkeit hatte, diese zu verstehen und effektiv umzusetzen. Der USTR müsse nun mit dem Kongress und betroffenen Stakeholdern zusammenarbeiten, um gemeinsam einen durchführbaren Zeitplan festzulegen. (ch)

Forderung nach Saisonarbeitern für landwirtschaftliche Betriebe

Interessenvertreter aus dem US-Landwirtschaftssektor setzen sich dafür ein, dass ausländische Zeitarbeiter auch während der Corona-Krise bei landwirtschaftlichen US-Betrieben mit entsprechenden Visa beschäftigt werden können. Man laufe sonst Gefahr, dass die Ernte dieses Jahr nicht eingebracht werden könne. Die Ernährungssicherheit stünde auf dem Spiel, heisst es seitens der *American Farm Bureau Federation*. Unter Berufung auf die COVID-19-Pandemie hat das US-Außenministerium am 20. März die US-Botschaften und Konsulate angewiesen, keine Anträge auf Zeitarbeitsvisa, einschließlich der H-2A-Visa für Saisonarbeiter, zu bearbeiten. (cs)

Produktion von Beatmungsgeräten

Ford und GE Healthcare haben sich zusammengeschlossen, um in den nächsten 100

Das US-Außenministerium hat einen Rahmenplan angekündigt, der die Bildung einer Übergangsregierung in Venezuela vorsieht und zum ersten Mal darlegt, wie dann die Sanktionen gegen das Land aufgehoben werden könnten.

Im Wesentlichen würde der Plan, [Democratic Framework for Venezuela](#), sowohl den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro als auch den Oppositionsführer Juan Guaidó dazu verpflichten, zurückzutreten, damit Mitglieder der Nationalversammlung eine Übergangsregierung bilden können. Wahlen sollten dann innerhalb von 6 bis 12 Monaten stattfinden. In einem [Meinungsbeitrag](#) erklärte der US-Sonderbeauftragte für Venezuela, Elliott Abrams, dass die Trump-Administration die Ergebnisse von freien Wahlen anerkennen würde.

Laut US-Außenminister Mike Pompeo würden die US-Sanktionen erst aufgehoben, wenn bestimmte Bedingungen des Rahmenplans erfüllt seien. Zuerst müsse Maduro aber einen demokratischen Übergang akzeptieren. Pompeo äußerte die Hoffnung, dass der Rahmenplan das Leid der venezolanischen Bevölkerung beenden und zu einer besseren Zukunft für Venezuela führen würde. (ch)

Tagen 19 PM
50.000 Beatmungsgeräte in einer Fabrik in Michigan herzustellen. Bis Ende April sollen 1.500 Stück produziert werden, bis Ende Mai 12.000 und bis zum 4. Juli 50.000, danach rechnen die Unternehmen mit einer monatlichen Produktion von 30.000 Stück. Die Initiative kommt, nachdem US-Präsident Trump am vergangenen Freitag mit dem *Defense Production Act* (DPA) General Motors zur Produktion von Beatmungsgeräten gezwungen hatte. (cs)

Erste Indikatoren deuten in den USA auf enorme Wirtschaftsschäden

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die wirtschaftlichen Schäden durch die Coronakrise sind enorm. Das tatsächliche Ausmaß lässt sich derzeit aber noch nicht richtig erahnen. Das Vertrauen der US-Verbraucher in die Wirtschaft ist laut dem Medienunternehmen Bloomberg im März 2020 so stark gesunken wie zuletzt in der Weltfinanzkrise 2008. Die Investmentbank Goldman Sachs schätzte vor ein paar Tagen, dass die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung in der Woche vom 15. bis 21. März auf 2,25 Millionen angestiegen ist – acht Mal mehr als in der Woche davor. Inzwischen gehen Analysten von bis zu 4 Millionen Anträgen aus. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



LUFTHANSA GROUP



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 14 vom 8. April 2020

- Diese Woche in Washington
- US-Exportrestriktionen für medizinische Produkte
- Hilfskredite für Kleinunternehmen reichen nicht aus
- Debatte um mögliche Lockerung der Iran-Sanktionen
- Covid-19 hat die USA fest im Griff
- In eigener Sache
- ITC soll Produkte zur Covid-Bekämpfung identifizieren
- Kanada und Mexiko signalisieren Bereitschaft für Implementierung des USMCA
- Mögliche US-Zölle auf Öl-Importe

Diese Woche in Washington

US-Senator Bernie Sanders hat am heutigen Mittwoch seinen Ausstieg aus dem Rennen um die Präsidentschaftsnominierung der Demokraten [bekannt gegeben](#). Damit macht der Senator aus Vermont den Weg für die Kandidatur Joe Bidens frei. Aufgrund der Corona-Pandemie war der US-Wahlkampf zuletzt weitgehend zum Stillstand gekommen. Lediglich Wisconsin hat am Dienstag Vorwahlen abgehalten, nachdem der Gouverneur des Bundesstaates vergeblich versucht hatte, den Wahltag wegen der Covid-19-Pandemie zu verschieben. Die Ergebnisse werden Anfang nächster Woche erwartet.

Die Administration hat damit begonnen, das dritte Stimulus-Paket umzusetzen. Insbesondere die Nachfrage seitens KMU nach dem *Paycheck Protection Program* (PPP) von fast 350 Milliarden US\$ zur Deckung der Lohn- und Gehaltskosten ist größer als erwartet. Seitens der Administration kommt die Forderung, das Programm um 250 Mrd. US\$ aufzustocken. Unklar ist unterdessen, ob das US-Finanzministerium die im Hilfspaket beschlossenen Zuschüsse für Fluggesellschaften ausgezahlt hat. Per Gesetz sollte dies am Montag geschehen. Eine Mitteilung des Ministeriums steht aus. Die Interessenvertretung *Airlines for America* teilte mit, man hoffe weiterhin, dass das Ministerium mit möglichst wenigen Einschränkungen schnell handeln werde, um so die 750.000 Arbeitsplätze der Branche schützen zu können.

Die US Export-Import Bank gab gestern [bekannt](#), dass sie die Gebührenstruktur zugunsten von KMU senken wird. Der Gebührensatz wird um durchschnittlich 10 Basispunkte niedriger sein. Die geplante Änderung tritt am 1. Mai vollständig in Kraft. (cs/vm)

Kurzmeldungen

In eigener Sache

Aufgrund der Osterfeiertage in Deutschland erhalten Sie unseren Newsletter schon heute, statt wie gewöhnlich donnerstags. Wir wünschen Ihnen ein schönes erholsames langes Osterwochenende, bleiben Sie gesund!

Ihr Washington News-Team

ITC soll Produkte zur Covid-Bekämpfung identifizieren

Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat, Chuck Grassley (R-IA), und der Vorsitzende des *Ways and Means*-Ausschusses im Repräsentantenhaus, Richard Neal (D-Mass.),

US-Exportrestriktionen für medizinische Produkte

US-Präsident Donald Trump hat am vergangenen Freitag (03.04.) auf Grundlage des *Defense Production Act* (DPA) Restriktionen zum Export von medizinischen Produkten [angeordnet](#). Die Maßnahmen betreffen persönliche Schutzausrüstungen (*personal protective equipment*), insbesondere N-95-Schutzmasken. Das *Department of Homeland Security* (DHS) soll die Verteilung USA-weit sicherstellen. Zuvor hatte Präsident Trump in einem [Memorandum](#) das DHS am 2. April per DPA ermächtigt, so viele N-95-Schutzmasken wie angemessen von dem US-Unternehmen 3M zu beschaffen.

Die US-Administration und 3M haben sich am Montag (06.04.) zum weiteren Export von Schutzmasken aus den USA [geeignet](#). Das Unternehmen kann nun weiterhin N-95-Schutzmasken nach Kanada und Lateinamerika ausführen. Im Gegenzug hat sich 3M verpflichtet, in den nächsten drei Monaten weitere 166,5 Millionen Schutzmasken, insbesondere aus seiner Produktion in China, in die USA zu importieren.

Am 08. April hat die *Federal Emergency Management Agency* (FEMA) eine [Regelung](#) im Rahmen des DPA zum Export von persönlichen Schutzausrüstungen angekündigt. Exporte solcher Produkte aus den USA müssen nun von der FEMA genehmigt werden. Die Regelung gilt ab dem 10. April für einen Zeitraum von 120 Tagen. (kw)

Hilfskredite für Kleinunternehmen reichen nicht aus

Die *Small Business Administration* (SBA) [startete](#) am Freitag (03.04.) das im CARES-Gesetz verabschiedete *Paycheck Protection Program* (PPP). Das 349 Milliarden US\$ schwere Hilfskreditprogramm soll KMU und Einzelunternehmern, die durch die Covid-19-Pandemie in Notlage geraten sind, mit staatlich gesicherten Krediten von maximal 10 Millionen US\$ zu Hilfe kommen. Unternehmen dürfen das Geld nur für Lohn, Miete, Hypothekenzinsen oder Nebenkosten verwenden. Im Gegenzug verpflichten sie sich, ihre Angestellten nicht zu entlassen.

Aufgrund der überwältigenden Nachfrage nach dem PPP und dessen kurzer Implementierungszeit, wurde der Start des Programmes von Komplikationen überschattet. Banken und Kreditinstitute berichteten von Problemen mit dem von der SBA bereitgestellten Onlineportal „E-Tran“, über das Kredithäuser eingehende Anfragen stellen. Am Dienstag hat das US-Finanzministerium daraufhin ein weiteres [Informationsschreiben](#) veröffentlicht, das die bereits veröffentlichten *Info Sheets* für [Kreditgeber](#) und [Darlehensnehmer](#) ergänzt.

In der Zwischenzeit hat US-Finanzminister Steven Mnuchin den Kongress dazu aufgefordert, das Programm um weitere 250 Mrd. US\$ aufzustocken. Der Mehrheitsführer im Senat Mitch McConnell (R-KY) gab [bekannt](#), dass er zusammen mit dem Finanzminister und dem Minderheitenführer Chuck Schumer (D-NY) bereits daran arbeite, während der nächsten Senatssitzung am Donnerstag, über weitere Mittel für das PPP

haben die *International Trade Commission* (ITC) [aufgefordert](#), bis zum 30. April einen Bericht vorzulegen, der die benötigten Importe identifiziert, die für die Bekämpfung von Covid-19 erforderlich sind. Der Bericht soll die Herkunftsländer, Zollklassifikationen und geltenden Zollsätze im Detail darstellen. Die Ausschüsse versprechen sich hiervon, gezielter auf die Pandemie in den USA reagieren zu können. (cs)

Kanada und Mexiko signalisieren Bereitschaft für Implementierung des USMCA

[Kanada](#) und [Mexiko](#) haben die USA und sich gegenseitig offiziell informiert, dass ihre jeweiligen nationalen Verfahren für das Inkrafttreten des USMCA abgeschlossen sind. Damit könnte das USMCA frühestens am 1. Juli in Kraft treten, sollten auch die USA ihre diplomatische Benachrichtigung vor Ende dieses Monats übermitteln. In einer öffentlichen [Videokonferenz](#) bestätigte die mexikanische Unterstaatssekretärin für Handel, Luz María de la Mora, dass Mexiko eine Übergangszeit für die Umsetzung der einheitlichen Regelungen (*uniform regulations*) für die Auto-Ursprungsregeln anstrebt. Somit könnte das USMCA im Sommer in Kraft treten, die Auto-Ursprungsregeln

Rechtsanwalt Dr. J. A. R. ... 08/27/2020
abstimmen zu lassen. Ein am Freitag veröffentlichter
[Umfrage](#) der US Chamber of Commerce und dem
Versicherungsunternehmen MetLife zufolge, seien 24% der
befragten Kleinunternehmen weniger als zwei Monate davon
entfernt, Insolvenz anzumelden. (vm)

würden später folgen.
3:51:19 PM
(ch)

Debatte um mögliche Lockerung der Iran-Sanktionen

Aufgrund der Covid-19-Pandemie im Iran gibt es zunehmende Forderungen nach Lockerungen der US-Sanktionen. Führende Demokraten in den jeweiligen Auswärtigen Ausschüssen des US-Kongresses haben [Maßnahmen](#) vorgeschlagen, um sicherzustellen, dass die iranische Bevölkerung humanitäre Hilfe erhalten kann. Gleichzeitig wollen die Gesetzgeber vermeiden, das iranische Regime zu stärken. Laut den Vorschlägen sollte die Trump-Administration deutlich klarstellen, dass medizinische oder humanitäre Transaktionen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie im Iran erlaubt sind. Darüber hinaus sollte die Administration die Zurückhaltung der Banken bei der Finanzierung des Verkaufs von medizinischen Gütern adressieren. Ferner sollten die USA auch mit anderen Regierungen zusammenarbeiten, um humanitäre Kanäle für Unternehmen einzurichten, die dem Iran Hilfe leisten.

Die US-Administration lehnt eine Lockerung der Sanktionen gegen den Iran grundsätzlich ab. In einem neuen [Fact Sheet](#) kritisiert das US-Außenministerium den Versuch des Irans Sanktionserleichterungen zu erwirken. Dies würde lediglich den Terror-Einsätzen des iranischen Regimes, nicht aber der iranischen Bevölkerung zugutekommen. Zudem betonte das US-Außenministerium, dass die US-Sanktionen die humanitäre Hilfe für den Iran nicht verbieten. So habe zum Beispiel die Trump-Administration den Export von medizinischen Gütern aus Europa in den Iran über INSTEX nicht verhindert. (ch)

Mögliche US-Zölle auf Öl-Importe

US-Präsident Donald Trump hat die Möglichkeit [angesprochen](#), Zölle auf den Import von Öl zu erheben, sollte die globale Öl-Förderung nicht reduziert werden. Trump zeigte sich aber optimistisch, dass Saudi-Arabien und Russland bald ihre Öl-Produktion drosseln würden. US-Zölle seien dann unnötig. Auch US-Energieminister Dan Brouillette wiederholte am Montag (06.04.) die Option von Importzöllen auf Öl. (kw)

Covid-19 hat die USA fest im Griff

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die US-Regierung reagierte spät, dann jedoch mit einem umfassenden Hilfspaket. Ob es eine schwere Rezession verhindert, wird sich zeigen. Arbeitslosigkeit wächst auf Rekordhoch. Ein Special zur gegenwärtigen Corona-Pandemie in den USA finden Sie [hier](#). (gtai)



Audi



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemioneck

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 15 vom 16. April 2020

- **Diese Woche in Washington**
- **Pläne zum Wiederhochfahren der US-Wirtschaft**
- **USMCA: Abgeordnete fordern verzögerte Umsetzung der Auto-Ursprungsregeln**
- **Forderungen nach nationaler Industriepolitik werden lauter**
- **US-Solarverband hat das Solarjahrzehnt ausgerufen**
- **Erste Direktzahlungen an Haushalte**
- **Ex-Im Bank beschränkt Exporte medizinischer Güter**
- **World Economic Outlook des IWF**

Diese Woche in Washington

Das im dritten Stimuluspaket enthaltene 349 Milliarden US\$ umfassende *Paycheck Protection Program* (PPP) ist seit Donnerstagvormittag ausgeschöpft. In einem am Mittwoch veröffentlichten [Statement](#) haben US-Finanzminister Steven Mnuchin und die *Small Business Administration* (SBA) betont, dass die Behörde dann nicht mehr in der Lage ist, neue Darlehen zu genehmigen. Sie forderten den Kongress auf, das Hilfsprogramm aufzustocken. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für Kleinunternehmen Marco Rubio (R-FL) schloss sich dem an. In einer [Pressemitteilung](#) betonte er, dass bereits Kredite an über 1 Millionen Kleinunternehmer vergeben wurden. Er drängt auf eine Einigung zwischen Demokraten und Republikanern. Allerdings bleibt abzuwarten, welche Schwerpunkte der Kongress mit zusätzlichen 250 Milliarden US\$ unterstützen wird.

Die US-Notenbank *Fed* [berichtet](#), dass die Industrieproduktion im März um 5,4 Prozent zurückgegangen ist, der größte monatliche Rückgang seit 1946. Auch die Einzelhandelsumsätze fielen laut US-Wirtschaftsministerium im März um einen neuen Rekordwert von 8,7 Prozent. Das US-Arbeitsministerium (DOL) hat heute [bekannt gegeben](#), dass sich zum Ende letzter Woche weitere 5,2 Millionen US-Amerikaner arbeitslos gemeldet haben. Damit liegt die Gesamtzahl von US-Bürgern, die sich in den letzten 4 Wochen arbeitslos gemeldet haben, bei über 22 Millionen.

Vor dem Hintergrund der neuen Wirtschaftszahlen zeichnet sich ein neuer Streit zwischen dem Weißen Haus und Republikanern auf der einen und den Demokraten auf der anderen Seite ab. US-Präsident Trump und mehrere Republikaner befürworten, die Wirtschaft schnellstmöglich ab Anfang Mai wieder hochzufahren. Die Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi (D-CA), warnt hingegen, dass dies dem Rat der Gesundheitsexperten widerspräche.

Kurzmeldungen

Erste Direktzahlungen an Haushalte

Als Teil des vom Kongress verabschiedeten Wirtschaftsrettungspakets haben das US-Finanzministerium und die Steuerbehörde IRS damit begonnen, die ersten Überweisungen an Einzelpersonen und Familien zu tätigen. Laut Finanzminister Steven Mnuchin werden diese Woche über 80 Millionen US-Amerikaner eine automatische Einzahlung auf ihr Bankkonto erhalten. Der genaue Betrag hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, darunter Einkommensniveau und Familiengröße. Ferner hat das Finanzministerium zwei kostenlose Online-Apps eingeführt, in die US-Bürger ihre Bankdaten eingeben können, falls

Pläne zum Wiederhochfahren der US-Wirtschaft

Nachdem die Fallzahlen der Corona-Neuinfektionen in den USA seit ein paar Tagen einen leichten Rückgang [verzeichnen](#), hat die Debatte, wie und wie schnell die US-Wirtschaft wieder gestartet werden kann, Fahrt aufgenommen. Präsident Trump hat hierzu am Dienstag (14.04.) den Expertenrat [Great American Revival Industry Groups](#) mit fast 200 CEOs aus verschiedenen Wirtschaftszweigen ins Leben gerufen. Die ersten Telefonkonferenzen fanden bereits am Mittwoch statt. Der Präsident lud zudem eine parteiübergreifende Gruppe von Kongressabgeordneten dazu ein, die Regierung dabei zu beraten, wie die wirtschaftlichen Einschränkungen gelockert werden können. Zusätzlich sollen heute (16.04.) weitere Leitlinien veröffentlicht werden.

Parallel dazu haben [sieben Bundesstaaten an der Ostküste](#) (NY, NJ, CT, RI, PA, DE, MA) und [drei Bundesstaaten an der Westküste](#) (CA, OR, WA) angekündigt, ihre Bemühungen zur schrittweisen Öffnung ihrer Volkswirtschaften und Reduzierung von Ausgangsbeschränkungen zu koordinieren. In einem [Statement](#) betonte New Yorks Gouverneur Andrew Cuomo (D), dass es jetzt an der Zeit sei, das Ventil langsam und vorsichtig zu öffnen und dabei die Infektionsrate genau zu beobachten, um eine zweite Welle von Neuinfektionen zu vermeiden. Das Vorgehen der Bundesstaaten läuft separat von dem der Bundesregierung. Präsident Trump gab allerdings bekannt, mit allen 50 Gouverneuren Telefonkonferenzen abzuhalten. Er [zeigte sich optimistisch](#), dass manche Bundesstaaten noch vor dem 1. Mai mit der Rückkehr zur Normalität beginnen könnten. (vm)

USMCA: Abgeordnete fordern verzögerte Umsetzung der Auto-Ursprungsregeln

31 Abgeordnete des Repräsentantenhauses beider Parteien haben den US-Handelsbeauftragten (USTR) in einem [Brief](#) dazu aufgefordert, mehr Flexibilität beim Inkrafttreten der Auto-Ursprungsregeln des USMCA zu erlauben. Wegen der Coronavirus-Pandemie hätten viele Autohersteller und Zulieferer ihre Betriebe in Nordamerika geschlossen oder ihre Produktion auf medizinische Geräte umgestellt. Auch die Lieferketten sähen sich mit schwerwiegenden Störungen konfrontiert. Unter diesen Bedingungen müsse die Autoindustrie dann auch noch teure und komplexe Änderungen vornehmen, um die strenger Anforderungen der Auto-Ursprungsregeln einzuhalten. Mit einer temporären Verlängerung bei der Implementierung der Regeln könne die Autoindustrie die erwarteten Vorteile des neuen nordamerikanischen Handelsabkommens maximieren und gleichzeitig die Probleme für die Branche minimieren. Der Rest des USMCA könnte wie geplant diesen Sommer in Kraft treten.

Die *Motor and Equipment Manufacturers Association* (MEMA) begrüßte die Initiative der Kongressabgeordneten. Laut MEMA würde die Autoteilebranche zusätzlichen wirtschaftlichen Herausforderungen gegenüberstehen, sollte die

sie diese Informationen bisher nicht bei der IRS hinterlegt hatten. Die IRS wird ab Ende April Schecks für diejenigen versenden, die diese Zahlungsmethode bevorzugen. (ch)

Ex-Im Bank beschränkt Exporte medizinischer Güter

Der Vorstand der *Export-Import Bank of the United States* hat am 14.04. [beschlossen](#), finanzielle Unterstützung für medizinische Exporte aus den USA temporär auszusetzen. Mit der Entscheidung wolle man dem Mangel an persönlichen Schutzausrüstungen und anderen medizinischen Produkten im Land begegnen. Die von der Regelung betroffenen Produkte finden sich auf den vom [US-Gesundheitsministerium](#) und vom [Weissen Haus](#) erstellten Listen mit nicht ausreichend zur Verfügung stehenden Produkten, die zur Bekämpfung des Corona-Virus notwendig sind. Die neue Regel gilt bis zum 30. September. (kw)

World Economic Outlook des IWF

In seinem jüngsten [World Economic Outlook](#) geht der Internationale Währungsfond (IWF) davon aus, dass die Weltwirtschaft im laufenden Jahr um 3% schrumpfen wird. Noch im Januar hatte der IWF für dieses Jahr ein globales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

Forderungen nach nationaler Industriepolitik werden lauter

Nachdem bereits letzte Woche die [Association of Equipment Manufacturers](#) von der US-Regierung eine umfassende Industriepolitik für das Land forderte, haben nun zwei führende Think Tanks dies unterstrichen. Angesichts der Coronavirus-Krise dürfe man sich nicht nur auf die kurzfristige Erholung der Wirtschaft konzentrieren, sondern müsse auch die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der wichtigsten Branchen im Blick behalten, so [Robert Atkinson](#), Präsident der *Information Technology and Innovation Foundation* (ITIF). Amerika brauche eine robuste Industriestrategie, insbesondere auch mit Hinblick auf Chinas technologische Fortschritte.

Auch seitens des *Economic Policy Institute* [heißt](#) es, dass jetzt der richtige Zeitpunkt sei, eine langfristige nationale Industriepolitik zu entwickeln. Die Auswirkungen des Outsourcings der letzten Jahrzehnte zeigten sich derzeit nicht nur in geschwächten Lieferketten, sondern auch in der fehlenden Fähigkeit der USA, die Herstellung kritischer Güter und Geräte zügig zu initiieren. Ferner stünden nicht mehr genügend Facharbeiter für die Produktion zur Verfügung. (cs)

US-Solarverband hat das Solarjahrzehnt ausgerufen

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Fallende Installations- und Stromerzeugungskosten verhelfen der Solarenergie zu einem kometenhaften Aufstieg. Doch fallen die regionalen Unterschiede in den USA gewaltig aus. Den vollständigen Beitrag finden Sie nach kurzer Registrierung kostenfrei [hier](#). (gtai)



LUFTHANSA GROUP



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 16 vom 23. April 2020

- Diese Woche in Washington
- Einige US-Importzölle dürfen später gezahlt werden
- Neue Leitlinien zur Implementierung des USMCA
- CARES-Zahlungen an Fluggesellschaften
- Covid-19: Außenhandel – Logistik – Zoll
- Forderung nach Lockerung chinesischer Exportkontrollen
- Rettungspaket für die Landwirtschaft
- Umgang mit US-Sanktionen während der Pandemie

Diese Woche in Washington

Präsident Trump hat eine Executive Order unterzeichnet, die die Erteilung von dauerhaften Aufenthaltsgenehmigungen (*Green Cards*) temporär aussetzt. In der Begründung heißt es, dass bestimmte Einwanderer während der wirtschaftlichen Erholung nach der Coronavirus-Pandemie ein Risiko für den US-Arbeitsmarkt darstellen würden. Die *Executive Order* bezieht sich nur auf im Ausland bei US-Konsulaten und Botschaften beantragte *Green Cards*. Nicht betroffen sind bestehende Inhaber einer *Green Card* oder Antragsteller, die sich innerhalb der USA um eine *Green Card* beworben haben. Ferner gibt es eine Reihe von Ausnahmen, darunter Ehepartner und Kinder unter 21 Jahren, Beschäftigte im Gesundheitswesen, ausländische Investoren und Angehörige des US-Militärs. Die *Executive Order* gilt ab dem 23. April für 60 Tage. Nach 50 Tagen sollen eine mögliche Verlängerung oder Änderungen geprüft werden.

Die führenden Republikaner und Demokraten im Kongress haben sich darauf geeinigt, wie das *Paycheck Protection Program* (PPP) wieder aufgestockt werden kann. Der Kompromiss sieht vor, 320 Milliarden US\$ für das PPP, 60 Mrd. US\$ für *Economic Injury Disaster Loans*, 75 Mrd. US\$ für Krankenhäuser und 25 Mrd. US\$ für Coronavirus-Tests bereitzustellen. Der Senat hat einen entsprechenden Entwurf bereits am Dienstagnachmittag verabschiedet. Es wird erwartet, dass das Repräsentantenhaus in den nächsten Stunden darüber abstimmen wird. US-Präsident Donald Trump hat signalisiert, er werde das Gesetz unterzeichnen.

In einem gemeinsamen Brief haben mehrere Interessengruppen aus der Technologie- und Cybersicherheitsbranche den Kongress aufgefordert, die Finanzierung von Cybersicherheit bei den Corona-Hilfsmaßnahmen stärker zu berücksichtigen. Regierungen auf einzelstaatlicher und kommunaler Ebene sähen sich während

Kurzmeldungen

Forderung nach Lockerung chinesischer Exportkontrollen

In einem Brief an den chinesischen Botschafter in den USA fordern zwölf US-Senatoren die chinesische Regierung auf, Exportkontrollen auf gewisse medizinische Produkte wie z.B. Corona-Tests und Beatmungsgeräte zu lockern, um schnellere Lieferungen in die USA zu ermöglichen. Auch 15 Abgeordnete aus dem Repräsentantenhaus haben in einem zweiten Brief entsprechende Lockerungen gefordert. Die Briefe sind eine Reaktion auf die seit dem 31. März geltenden chinesischen Regulierungen, striktere Qualitätsmaßstäbe für den Export von medizinischen

Einige US-Importzölle dürfen später gezahlt werden

Seit dem 20.04. darf die Zahlung gewisser US-Importzölle um 90 Tage verschoben werden. Die neue [Regelung](#) basiert auf einer vom 18.04. veröffentlichten [Executive Order](#) des Präsidenten und gilt für US-Importeure, deren Betriebe signifikant von der Corona-Krise betroffen sind. Berechtigte Unternehmen müssen krisenbedingte Umsatzverluste von mindestens 40 Prozent im März oder April im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres belegen können. Zölle im Rahmen der *Antidumping/Countervailing Duties* (AD/CVD), sowie der Section-201-, Section 232-, oder Section-301-Untersuchungen müssen weiterhin gezahlt werden.

Die *US Chamber of Commerce* [unterstützt](#) die Maßnahme der Administration. Die temporäre Zollerleichterung bedeute mehr Liquidität für durch die Krise betroffene Unternehmen. Kevin Brady (R-TX), führendes Mitglied des *Ways and Means Committee* im Repräsentantenhaus, [äußerte](#) sich ebenso positiv. Unternehmen könnten so Gehälter vorerst weiterzahlen. (kw)

Neue Leitlinien zur Implementierung des USMCA

Die US-Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) hat vorläufige [Anweisungen zur Implementierung](#) des USMCA erlassen. Die endgültige Version soll vor dem Inkrafttreten des USMCA veröffentlicht werden. Die neuen Anweisungen bieten Informationen zu Vorzugszöllen, Ursprungsregeln, Berechnungsmethoden für den regionalen Wertanteil (RVC), de-minimis-Regeln, Umladung für Textilien und Bekleidung sowie Zertifizierungs- und Aufzeichnungsanforderungen.

Mit dem USMCA wurden die Ursprungsregeln für Autos verschärft. Allerdings dürfen Autohersteller für bestimmte Fahrzeugmodelle ein *alternative staging regime* beantragen, das zusätzliche Zeit einräumt und eine anders gehandhabte Einführung der neuen Anforderungen ermöglicht. Diese Woche gab der US-Handelsbeauftragte (USTR) bekannt, dass Autohersteller ihre entsprechenden Anträge bis zum 1. Juli 2020 vorlegen müssen. Der endgültige Plan ist bis spätestens 31. August 2020 fällig. Detaillierte Informationen sind im [Federal Register](#) verfügbar. (ch)

CARES-Zahlungen an Fluggesellschaften

Das US-Finanzministerium hat mit den Zahlungen der im CARES-Paket vorgesehenen Mittel für Fluggesellschaften begonnen. Insgesamt stehen 50 Mrd. US\$ zur Verfügung. In erster Linie handelt es sich um Zuschüsse im Rahmen des *Payroll Support Program*, das eine Lohnfortzahlung für Piloten, Flugbegleiter und Mechaniker garantieren soll.

Rettungspaket für die Landwirtschaft

Am 17.04. hat das US-Landwirtschaftsministerium (USDA) ein Rettungspaket in Höhe von 19 Mrd. US\$ [angekündigt](#), um Landwirte und Viehzüchter während der Corona-Pandemie zu unterstützen. Das aus dem CARES- und FFCRA-Gesetz finanzierte *Coronavirus Food Assistance Program* stellt 16 Mrd. US\$ in Direktzahlungen an Landwirte zur Verfügung, die aufgrund der zurückgegangenen Nachfrage und sinkenden Lebensmittelpreisen Einkommenseinbußen verzeichnen. Das Programm steht Landwirten ungeachtet ihrer Größe oder ihres Absatzmarktes offen.

Die restlichen 3 Mrd. US\$ werden von der US-Regierung in Masseneinkäufe von Überschusslebensmitteln investiert. In einer *Public-Private Partnership*, sollen diese Lebensmittel dann Tafeln und anderen gemeinnützigen Organisationen zur Verfügung gestellt werden. (vm)

Umgang mit US-Sanktionen während der Pandemie

Die US-Sanktionsbehörde (OFAC) hat ein [Fact Sheet](#) veröffentlicht, das Ausnahmen und Genehmigungen

Laut Airlines for America seien die Zahlungen notwendig, um den Fortbestand der Luftfahrtindustrie zu sichern. Derzeit seien 2700 Flugzeuge am Boden, etwa 44 Prozent der gesamten Flotte. Laut der *International Air Transport Association* sei damit zu rechnen, dass die Folgen der Corona-Pandemie für die Luftfahrtindustrie länger anhalten werden. Jüngsten Umfrageergebnissen zufolge würden 40 Prozent potenzieller Passagiere sechs Monate oder länger warten, bevor sie wieder fliegen würden. Die Fluggesellschaften haben sich unter anderem dazu verpflichtet, 30 Prozent des erhaltenen Geldes zurückzuzahlen und bis Ende 2021 keine Dividenden auszahlen oder Aktien zurückzukaufen. (cs)

zusammenfasst, die die Bereitstellung humanitärer Hilfe in Ländern wie Iran, Venezuela, Nordkorea, Syrien, Kuba und Russland trotz geltender Sanktionen ermöglicht. Laut OFAC setzten sich die USA dafür ein, dass die humanitäre Hilfe über legitime Kanäle weiterhin gefährdete Bevölkerungsgruppen erreiche.

Covid-19: Außenhandel – Logistik – Zoll

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Seehäfen spüren allmählich einen Containermangel. Zurückgefahrte Kapazitäten verursachen erste Verladeprobleme. Vor allem Transportkosten für Luftfracht haben sich stark erhöht.

Laut der Food and Drug Administration (FDA) gibt es keine Hinweise auf die Übertragbarkeit von Covid-19 in Verbindung mit importierten Waren. Während die USA sowie ihre Bundesstaaten und Kommunen zwar Arbeits- und Reisebeschränkungen auferlegt haben, um die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus aufzuhalten, wurde der Warenverkehr bisher offiziell nicht eingeschränkt. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

Außerdem fordert die Behörde Personen, Finanzinstitute und Unternehmen nachdrücklich auf, sich schnellstmöglich an OFAC zu wenden, sollte es zu Schwierigkeiten bei der Einhaltung der regulatorischen OFAC-Anforderungen aufgrund der gegenwärtigen Corona-Pandemie kommen. Weitere Details sind [hier](#) zu finden. (ch)



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 17 vom 30. April 2020

- Diese Woche in Washington
- Hilfskreditprogramm PPP akzeptiert wieder Anträge
- USMCA soll am 1. Juli in Kraft treten
- Verschärfte Exportkontrollen für US-Technologien
- USA durchleben stärkste Krise seit der Großen Depression
- Corona-Pandemie gefährdet US-Lebensmittelversorgung
- Forderung nach Verzögerung von Zoll-Zahlungen
- Matratzenimporte im Fokus

Diese Woche in Washington

Im US-Kongress werden Überlegungen angestellt, wie ein weiteres Konjunkturprogramm aussehen könnte. Der Mehrheitsführer im Senat Mitch McConnell (R-KY) lehnt ab, legislative Maßnahmen gegen das Coronavirus mit einem Infrastrukturpaket zu verbinden. Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses im Repräsentantenhaus Peter DeFazio (D-OR) argumentiert hingegen, dass angesichts des wirtschaftlichen Abschwungs insbesondere jetzt massive Infrastrukturinvestitionen getätigt werden müssten, um künftigen Generationen zu helfen.

Elf Senatoren beider Parteien haben in einem Brief die Trump-Administration aufgefordert, Mexiko dazu zu drängen, seine Definition von systemrelevanten Unternehmen (*essential businesses*) zu ändern. Nur so könne sichergestellt werden, dass Lieferketten in Bereichen wie Lebensmittel, medizinischer Produkte und anderer kritischer Güter nicht gestört werden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Krise in beiden Ländern könnten nur durch gemeinsame Koordination verringert werden, heißt es in dem [Brief](#).

Auf Raten des Chefarztes des Kapitols ist das Repräsentantenhaus von seiner Entscheidung abgerückt, am 4. Mai nach Washington zurückzukehren. Eine überparteiliche Arbeitsgruppe des Repräsentantenhauses erörtert derzeit, wie Regeln und Verfahren angepasst werden können, um Abstimmungen aus der Ferne zu ermöglichen. Der Senat hält an seiner für den 4. Mai geplanten Rückkehr nach Washington fest. (cs)

Hilfskreditprogramm PPP akzeptiert wieder Anträge

Kurzmeldungen

Corona-Pandemie gefährdet US-Lebensmittelversorgung

Tyson Foods, einer der größten Fleischverarbeiter in den USA, hat aufgrund der Corona-Pandemie vor dem Zusammenbrechen der Lebensmittelversorgungsketten [gewarnt](#). Viele Betriebe hätten ihre Produktion temporär eingestellt oder verlangsamt. Viehzüchter blieben somit zu weiten Teilen auf ihrer Ware sitzen. Nach Angaben einer Gewerkschaft, die die Interessen von Arbeitnehmern in der Fleischindustrie vertritt, seien mindestens 17 Arbeitnehmer gestorben und ungefähr 5.000 direkt vom Coronavirus betroffen. Am 28. April unterzeichnete Präsident Trump eine

Received by NSD/FAKA Registration Unit 08/27/2020

Nachdem Ende letzter Woche die Weiterfinanzierung des Paycheck Protection Program (PPP) mit weiteren 320 Mrd. US\$ vom Kongress beschlossen und von Präsident Trump unterzeichnet wurde, [akzeptiert](#) die *Small Business Administration* (SBA) seit Montagvormittag wieder Kreditanfragen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) über deren Hausbanken und Kreditinstitute. Laut der Leiterin der SBA, Jovita Carranza, hat das Hilfskreditprogramm in den ersten 24 Stunden nach der Wiederaufnahme bereits Darlehensanfragen in Höhe von 50 Mrd. US\$ bearbeitet.

Aufgrund der immensen Nachfrage kam es allerdings erneut zu Komplikationen mit dem elektronischen Antragssystem der SBA, „E-Tran“. Vor allem kleinere Kredithäuser und örtliche Banken schienen betroffen zu sein, wie aus einer [Pressemitteilung](#) des Verbands *Independent Community Bankers of America* hervorgeht. Um dem entgegenzuwirken, hat die SBA am Mittwoch zwischen 16:00 Uhr und 23:59 Uhr nur Kreditanträge von Geldhäusern mit einem Vermögenswert von weniger als 1 Mrd. US\$ bearbeitet.

Um weiterhin sicherzustellen, dass PPP-Darlehen auf berechnete Kreditnehmer beschränkt werden, haben das US-Finanzministerium und die SBA zudem [bekannt gegeben](#), dass alle Darlehen über 2 Millionen US\$ einer Nachprüfung unterzogen werden. Zuvor hatte US-Finanzminister Steven Mnuchin größere Unternehmen, die Kredite aus dem für KMU konzipierten Rettungsprogramm angezapft hatten, gewarnt, dass diese strafrechtlich belangt werden könnten, falls die Mittel nicht zurückgegeben werden würden. (vm)

USMCA soll am 1. Juli in Kraft treten

Der [US-Handelsbeauftragte \(USTR\)](#) gab offiziell bekannt, dass das nationale Verfahren zur Implementierung des USMCA jetzt abgeschlossen sei. Kanada und Mexiko haben ihre jeweiligen Verfahren bereits beendet. Somit kann das neue nordamerikanische Handelsabkommen am 1. Juli 2020 offiziell in Kraft treten. Mehrere Interessenvertreter haben jedoch aufgrund wirtschaftlicher Herausforderungen während der Corona-Pandemie davon abgeraten. Die *US Chamber of Commerce* fordert Flexibilität in den Monaten vor und nach dem Inkrafttreten des USMCA, damit sich Unternehmen auf die wirtschaftliche Krise und Erholung konzentrieren können. Ein Beratungsausschuss für die US-Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) hat der Trump-Administration empfohlen, das Handelsabkommen nicht vor 2021 umzusetzen.

Aus Sicht des US-Handelsbeauftragten (USTR) Robert Lighthizer zeigt die gegenwärtige Wirtschaftslage mehr denn je, dass die USA die Produktionskapazität und die Investitionen in Nordamerika erhöhen sollten. Die Regierung werde weiterhin daran arbeiten, eine reibungslose Umsetzung zu gewährleisten. Lighthizer hat auch mit den demokratischen Mitgliedern des Unterausschusses für Handel im Repräsentantenhaus gesprochen. Der Vorsitzende des *Ways and Means*-Ausschusses Richard Neal (D-MA) bezeichnete die Diskussion als positiv. Die Demokraten hätten ihr Anliegen unterstrichen, dass insbesondere mit Blick auf Arbeitnehmerrechte und den Umweltschutz die neuen Durchsetzungsmechanismen angewandt werden müssen. Das

[Executive Order](#) zur Sicherheit der Lebensmittelversorgung sketten. Das Landwirtschaftsministerium soll demnach sicherstellen, dass die Fleisch- und Geflügelverarbeiter den Betrieb so weit wie möglich ohne Unterbrechung fortsetzen können, insbesondere weil die Lebensmittelversorgung sketten als kritische Infrastruktur des Landes gelten. Ferner hat die Administration neue [Sicherheitsrichtlinien](#) für Arbeitnehmer in der Fleischindustrie erlassen. (ch)

Forderung nach Verzögerung von Zoll-Zahlungen

Eine Koalition von über 470 Unternehmen hat Präsident Trump in einem [Brief](#) aufgefordert, die Zahlung aller US-Zölle und Gebühren für Mai und Juni zu verschieben. Firmen könnten so während der Corona-Pandemie wirtschaftlich entlastet werden. Die derzeit geltende *Executive Order*, gewisse Importzölle vom März und April nicht zahlen zu müssen, komme nur einigen Firmen zugute. Alle Wirtschaftsbereiche sollten von Zöllen im Mai und Juni entlastet werden, so das Schreiben. Das freiwerdende Kapital könne dann genutzt werden, um Betriebe am Laufen zu halten und Arbeitsplätze zu sichern. (cs)

Matratzenimporte im

Verschärfte Exportkontrollen für US-Technologien

Das *Bureau of Industry and Security* (BIS) im US-Wirtschaftsministerium hat die Kontrollen für den Export bestimmter US-Technologien, die auch militärisch genutzt werden können, nach China, Venezuela und Russland verschärft. Zwei neue Regelungen des BIS nehmen die bislang geltenden Exportlizenzausnahmen für die zivile Endnutzung zurück. Gleichzeitig werden die Lizenzvoraussetzungen für die Exporte von Technologien militärischer Anwendung in die drei Länder erweitert. Das BIS argumentiert, so klar zwischen ziviler und militärischer Endnutzung zu unterscheiden. Grundsätzlich sollen Exporte auf den zivilen Bereich beschränkt werden. Die erweiterten Lizenzvoraussetzungen für Endnutzer im militärischen Bereich umfassen neuere Technologien wie Halbleiter, Sensoren und Laser. Die neuen Regelungen gelten ab dem 29. Juni.

Zudem sieht eine geplante Regelung des BIS vor, gewisse Lizenzausnahmen für den Wiederexport (*re-export*) von US-Technologien mit nationaler Sicherheitsrelevanz aus Partnerländern einzustellen. Das BIS akzeptiert hierzu bis zum 29. Juni öffentliche Kommentare. Die rechtliche Grundlage der neuen Maßnahmen basiert auf dem *Export Control Reform Act of 2018* des US-Kongress.

Die *Semiconductor Industry Association* äußerte sich kritisch zu den neuen Maßnahmen. Es sei zu befürchten, dass weit gefasste Exportregelungen unnötige Barrieren und Unsicherheit für die Industrie schaffen. (kw)

Das US-Justizministerium (DOJ) hat in einem *Statement of Interest* davor gewarnt, dass eine wahllose Einführung von Zöllen auf Matratzenimporte Preise für US-Konsumenten erhöhen könnte. Ferner bestünde die Gefahr, dass das Angebot an Matratzen für Krankenhäuser zurückgehe, was wiederum die Bekämpfung des Corona-Virus erschwere. Die Kommentierungen des DOJ stehen im Kontext einer seit Anfang April 2020 laufenden Anti-Dumping-Untersuchung der *International Trade Commission* zu Matratzenimporten aus mehreren asiatischen Ländern sowie Serbien und der Türkei. (kw)

USA durchleben stärkste Krise seit der Großen Depression

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die US-Wirtschaft befindet sich im freien Fall. Die Wachstumsrate lag im ersten Quartal 2020 nach amtlichen Angaben bei -4,8 Prozent. Investitionsbanken haben einen noch größeren Rückgang errechnet. Unabhängig von diesen abweichenden Kalkulationen wird das zweite Quartal ein noch schlechteres Ergebnis aufweisen. Wann die Talsohle durchschritten wird, bleibt weiterhin unbekannt. Die Pandemie hat das Land voll im Griff. Darüber täuscht auch nicht hinweg, dass in einigen Bundesstaaten erste Maßnahmen zu ihrer Eindämmung zurück genommen werden. Den vollständigen Betirag finden Sie kostenfrei hier. (gtai)



Audi



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 18 vom 7. Mai 2020

- **Diese Woche in Washington**
- ITC veröffentlicht Datenbank zu medizinischen Importprodukten
- Verhandlungsbeginn für Handelsabkommen zwischen USA und UK
- Senat hält Nominierungsanhörung für US-Geheimdienstkoordinator
- Marktzugang für Maschinen in den USA
- DOC kündigt neue Section 232-Untersuchungen an
- EXIM will mehr Lieferkettenfinanzierung
- US-Tourismusverband stellt neue Richtlinien zu Covid-19 vor

Diese Woche in Washington

Nach fünfwöchiger Pause ist der Senat am Montag nach Washington zurückgekehrt. Auf der Tagesordnung stehen jetzt Nominierungen für verschiedene Ämter im Justiz- und Verwaltungsbereich. Ein weiteres Konjunkturpaket sei zunächst nicht geplant, so der Mehrheitsführer im Senat Mitch McConnell (R-KY). Zuerst müssten die bisherigen Maßnahmen evaluiert werden.

Der Vorsitzende der *American Association of Airport Executives* (AAAE), Todd Hauptli, hat unterdessen angekündigt, dass Flughäfen voraussichtlich zusätzliche 10 Milliarden US\$ an staatlicher Unterstützung benötigen, um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie abzufedern. Dies würde der ersten Finanzspritze aus dem CARES-Gesetz entsprechen, so Hauptli.

US-Präsident Trump hat den US-Botschafter in Belgien, Ronald Gidwitz, zum geschäftsführenden Botschafter in der EU ernannt. Gidwitz folgt auf den früheren EU-Botschafter Gordon Sondland, der im Februar abberufen wurde, nachdem er im Amtsenthebungsverfahren gegen US-Präsident Donald Trump als Zeuge ausgesagt hatte. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus Eliot Engel (D-NY) kritisierte die Entscheidung der Administration. Die diplomatischen Beziehungen mit der EU seien zu wichtig, um sie lediglich mit einem Teilzeit-Botschafter zu pflegen. (cs)

ITC veröffentlicht Datenbank zu medizinischen Importprodukten

Die *US International Trade Commission* (ITC) hat eine [Datenbank](#) von Importprodukten veröffentlicht, die für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie relevant sind. Die

Kurzmeldungen

DOC kündigt neue Section 232-Untersuchungen an

Das US-Handelsministerium (DOC) hat angekündigt, zwei neue Section 232-Untersuchungen auf Importe von bestimmten elektrotechnischen Produkten und Mobilkränen zu initiieren. Im Fokus stehen insbesondere die Einfuhren von Blechen und gestapelten Blechkernen, die in Transformatoren verbaut werden. Das DOC will untersuchen, ob solche Importe die nationale Sicherheit der USA gefährden. Das *Bureau of Industry and Security* (BIS) im DOC beabsichtigt in Kürze entsprechende Ankündigungen im *Federal Register* zu veröffentlichen. Es besteht dann die

Datenbank identifiziert verschiedene medizinische Produkte
Received by NSD/FARA Registration Unit 08/27/2020

wie z.B. persönliche Schutzausrüstungen und Beatmungsgeräte sowie die entsprechenden Zollnummern, Herkunftsländer, Zollsätze und das jeweilige Handelsvolumen. Die in der Datenbank identifizierten Importe hatten 2019 ein Handelsvolumen von zirka 105 Milliarden US\$. Die Datenbank wurde auf Antrag des *Ways and Means Committee* im Repräsentantenhaus und des Finanzausschusses im Senat erstellt. Die ITC wird die Datenbank voraussichtlich bis Ende Juni aktuell halten.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses Chuck Grassley (R-IA) [begrüßte](#) die Fertigstellung der ITC-Datenbank. Der Vorsitzende des *Ways and Means Committee* Richard Neal (D-MA) [schlug](#) der US-Administration vor, Zölle auf alle in der Datenbank genannten Produkte für 90 Tage auszusetzen. Gleichzeitig müsse mit dem *Defense Production Act* und anderen rechtlichen Befugnissen die heimische Herstellung medizinischer Produkte gefördert werden. (kw)

Verhandlungsbeginn für Handelsabkommen zwischen USA und UK

Die USA und das Vereinigte Königreich haben am 5. Mai ihre bilateralen Verhandlungen zu einem Handelsabkommen offiziell aufgenommen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie findet die erste Runde virtuell ueber Videokonferenzen statt. Nach einer gemeinsamen Sitzung teilten sich die Unterhändler in 30 verschiedene Gruppen auf. Die derzeitigen Gespräche sollen am 15. Mai enden. Anschließend Verhandlungsrunden werden voraussichtlich etwa alle sechs Wochen stattfinden. Beide Seiten haben keinen Zeitplan für ein finales Abkommen festgelegt.

In einer [gemeinsamen Erklärung](#) bezeichneten der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer und die britische Ministerin für Internationalen Handel Elizabeth Truss ein bilaterales Freihandelsabkommen als Priorität für beide Länder. Sie strebten ein ambitioniertes Abkommen an, das Handel und Investitionen erheblich ankurbeln soll. Die USA sind die größte und Großbritannien ist die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt. Der gesamte bilaterale Handel zwischen beiden Ländern umfasst 269 Milliarden US\$ pro Jahr. Mit etwa 1 Billion US\$ sind sie die größten ausländischen Direktinvestoren im jeweils anderen Land. Britische Unternehmen in den USA und US-Unternehmen in Großbritannien schaffen jeweils rund eine Million Arbeitsplätze.

Interessenvertreter auf beiden Seiten des Atlantiks begrüßten die Aufnahme von Verhandlungen. Die [US Chamber](#) betonte, dass die USA und das Vereinigte Königreich auf gemeinsame Stärken in den Bereichen Dienstleistungen, digitaler Handel, *advanced manufacturing*, Biowissenschaften und der Kreativwirtschaft aufbauen könnten. Der Verband der britischen Industrie ([CBI](#)) bezeichnete den Beginn der Verhandlungen als Zeichen der Hoffnung für Unternehmen in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit. (ch)

Senat hält Nominierungsanhörung für US-

Möglichkeit, öffentliche
Kommentare
abzugeben. (kw)

EXIM will mehr Lieferkettenfinanzierung

Um exportorientierte US-Unternehmen während der COVID-19-Pandemie weiter zu unterstützen, hat die US Export-Import-Bank (EXIM) ihre Deckungen für Kreditgarantien bei dem *Supply Chain Finance Program* (SCF) und dem *Working Capital Guarantee Program* (WCGP) von den bisher üblichen 90 auf 95 Prozent [angehoben](#). Die Erhöhung ist bis zum 30. April 2021 wirksam. Mit dem Schritt beabsichtigt die Bank, die beiden Programme für eine größere Anzahl von Exporteuren zugänglich zu machen. Ferner sollen Kreditgeber angeregt werden, US-Exporteuren mehr Lieferkettenfinanzierung zur Verfügung zu stellen. (cs)

US-Tourismusverband stellt neue Richtlinien zu Covid-19 vor

Der Dachverband der US-Reise- und Tourismusindustrie hat am 4. Mai neue [Richtlinien](#) für verbesserte Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz gegen Covid-19 vorgestellt. Hotels, Fluggesellschaften, Kreuzfahrtunternehmen, Restaurants und weitere im Tourismus tätige Unternehmen haben gemeinsame

In der ersten Nominierungsanhörung seit der Rückkehr des US-Senats hat der Geheimdienstausschuss den Abgeordneten des Repräsentantenhauses John Ratcliffe (R-TX) angehört. Dieser ist von Präsident Trump im Februar erneut für den Posten des *Director of National Intelligence* (DNI) nominiert worden. Der Präsident zog Ratcliffs erste Nominierung im Juli 2019 aufgrund mangelnder Unterstützung unter Senatoren beider Parteien zurück. Der Posten des obersten US-Nachrichtendienstkoordinators, der die Aktivitäten der 17 US-amerikanischen Geheimdienstbehörden abstimmt, ist seit der Kündigung von Dan Coats im Sommer letzten Jahres nur geschäftsführend besetzt. Seit Februar 2020 ist der US-Botschafter in Deutschland Richard Grenell kommissarischer DNI.

John Ratcliffe, der auch im Verteidigungsteam von Präsident Trump in dessen Amtsenthebungsverfahren tätig war, hat sich in der dreistündigen Anhörung den Fragen der Senatoren gestellt. In seinem [Eröffnungsstatement](#) betonte er, dem Präsidenten, dem Nationalen Sicherheitsrat sowie dem Kongress objektive und zeitnahe Informationen zu liefern. Er würde dafür einstehen, dass nachrichtendienstliche Erkenntnisse ohne Voreingenommenheit, Vorurteile oder politische Einflussnahme gesammelt, analysiert und berichtet werden. Auf Seiten der Demokraten stößt die Nominierung des Kongressabgeordneten weiterhin auf Kritik. Senator Mark Warner (D-VA) und Senatorin Dianne Feinstein (D-CA) zeigten sich vor allem wegen Ratcliffs mangelnder Erfahrung, parteiischen Handelns sowie früheren Äußerungen über den rechtlichen Schutz von Whistleblowern besorgt.

Anders als noch im vergangenen Sommer zeigten sich die Republikaner des Ausschusses deutlich positiver. Der Ausschussvorsitzende Richard Burr (R-NC) wertete als positiv, dass Ratcliffe keinen Fragen ausgewichen sei. Es wird erwartet, dass der Ausschuss der Nominierung bereits nächste Woche zustimmt. (vm)

Empfehlungen zu verstärkten Hygienemaßnahmen, kontaktlosem Bezahlen und generellen *social distancing*-Vorgaben entwickelt. Die Empfehlungen sollen zur Wiedereröffnung der Tourismusbranche gelten. Personen, die als Risikopatienten gelten, werden weiterhin dazu angehalten, Reisen bis zum Abklingen der Pandemie zu vermeiden. (vm)

Marktzugang für Maschinen in den USA

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

US-Einfuhrverfahren für Maschinen gelten weiterhin als zuverlässig. Die Coronakrise könnte deutsche Exporteure aber vor neue Herausforderungen stellen. Maschinen müssen nach den geltenden US-Standards zugelassen sein. Dies ist im *National Electrical Code* und den Vorschriften der *Occupational Safety and Health Administration* (OSHA) festgelegt. Geltende Standards sind zum Beispiel *Underwriters Laboratories*- oder *American National Standards Institute*-Prüfstandards (UL, ANSI), die häufig nicht den europäischen ISO- oder IEC-Normen entsprechen. In den USA wird besonderer Wert auf Brandschutz- und Entflammbarkeitsanforderungen gelegt. Den vollständigen Beitrag finden Sie nach kurzer Registrierung kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com



REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 19 vom 14. Mai 2020

- Diese Woche in Washington
- USMCA Center eingerichtet
- US-Administration äußert sich zu Phase 1-Abkommen mit China
- USTR: Corona-Pandemie als Chance für einheimische Arbeitsplätze
- Strukturveränderungen sind in der US-Wirtschaft durchaus möglich
- Aufruf zum US-Austritt aus der WTO
- Interview mit Rüdiger von Kleist, Exekutivdirektor Deutschlands beim IWF
- Neues Solarprojekt genehmigt

Diese Woche in Washington

Das Repräsentantenhaus beschäftigt sich mit der Frage, wie Abstimmungen während der gegenwärtigen Abwesenheit der Abgeordneten dennoch stattfinden können. Die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (D-CA) hat nun einen Plan für Fernabstimmungen vorgestellt. Das sogenannte *Proxy Voting* würde es Gesetzgebern ermöglichen, für Kollegen abzustimmen, die nicht persönlich im Kapitol sitzen. Dies wäre eine der tiefgreifendsten Änderungen der Geschäftsordnung seit Jahrzehnten.

Die Demokraten im Repräsentantenhaus haben ihren Entwurf für ein viertes Konjunkturprogramm vorgestellt. Auf 1800 Seiten wird dargelegt, wie mit weiteren 3 Billionen US\$ einzelstaatlichen und kommunalen Regierungen geholfen und das Sozialsystem gestärkt werden soll.

Der Senat hat mit 77 zu 19 Stimmen einem überparteilichen Änderungsvorschlag für den *Foreign Intelligence Surveillance Act of 1978* (FISA) zugestimmt. Zielen bundesstaatlicher Überwachung soll mehr rechtliche Absicherung gegeben werden. Die Reautorisierung des FISA lässt somit weiter auf sich warten. Der Senatsentwurf muss jetzt wieder vom Repräsentantenhaus verabschiedet werden. Es wird damit gerechnet, dass Datenschutzbefürworter unter den Abgeordneten diese Gelegenheit nutzen werden, weitere Änderungen einzubringen. (cs)

USMCA Center eingerichtet

Die US-Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) hat das [USMCA Center](#) eingerichtet, das die Umsetzung des USMCA koordinieren wird. Dieses Kommunikationszentrum für den öffentlichen und privaten Sektor wird mit Handelsexperten aus

Kurzmeldungen

Aufruf zum US-Austritt aus der WTO

Laut US-Gesetz kann der Kongress seine Zustimmung zur Mitgliedschaft der USA in der Welthandelsorganisation (WTO) widerrufen. Eine solche Abstimmung kann alle fünf Jahre stattfinden. Das nächste Zeitfenster ist in diesem Jahr. In der Vergangenheit hat das Repräsentantenhaus zweimal über einen Austritt abgestimmt, wobei beide Versuche in den Jahren 2000 und 2005 mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurden. Der Senat hat niemals über einen Austritt abgestimmt.

Nun haben zwei [Demokraten](#) und ein [Republikaner](#) Resolutionen zum

Recherchiert von der IWF mit Vertretern aus den kanadischen und mexikanischen Zollbehörden besetzt. Die Mitarbeiter werden Informationsveranstaltungen koordinieren, auf Schulungsanfragen reagieren, Informationsmaterialien entwickeln und verteilen, Vorschriften zu ausstehenden Themen aktualisieren und technische Leitlinien zu den neuen Compliance-Verpflichtungen bereitstellen. Ziel soll es sein, einen reibungslosen und effizienten Übergang von NAFTA zu USMCA zu gewährleisten. Das neue nordamerikanische Handelsabkommen soll am 1. Juli 2020 in Kraft treten.

Unterdessen fordern [die demokratischen Mitglieder](#) des *Ways and Means*-Ausschusses im Repräsentantenhaus die Trump-Administration auf, alle Voraussetzungen im Bereich der Durchsetzung (*enforcement*) des USMCA zu erfüllen. Das US-Heimatschutzministerium (DHS) hatte eine auf den 28. April festgelegte Frist verstreichen lassen, um eine Task Force zum Thema „Zwangsarbeit“ einzurichten. Die Demokraten drängen darauf, diese Task Force schnellstmöglich einzurichten. Der Einsatz von Zwangsarbeit bleibe ein globales Problem. Waren, die unter Zwangsarbeit hergestellt werden, würden weiterhin gegen US-Recht in die USA importiert. (ch)

US-Administration äußert sich zu Phase 1-Abkommen mit China

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer und US-Finanzminister Steven Mnuchin haben am 7. Mai nach einem [Telefonat](#) mit dem chinesischen Vizepremier Liu He das Engagement beider Länder zum Phase 1-Abkommen erneut bestätigt. Trotz der Corona-Pandemie erwarten beide Länder, den vereinbarten Verpflichtungen nachkommen zu können. US-Präsident Donald Trump hat sich Medien gegenüber jedoch skeptisch gezeigt. Er wisse noch nicht, ob er sich weiterhin für das Abkommen engagieren wolle.

Der *US China Business Council* (USCBC) hat in einer [Presseerklärung](#) die US-Administration aufgefordert, das Phase 1-Abkommen nicht aufzukündigen. Es sei angesichts der Pandemie und des kurzen Zeitraums seit dem Inkrafttreten des Abkommens zu früh, Chinas Erfüllung der Verpflichtungen unter Phase 1 zu bewerten. China habe bis jetzt bei der Umsetzung des Abkommens in gutem Glauben gehandelt, so der USCBC. Der Unternehmensverband unterstütze zudem die Verhandlungen eines Phase 2-Abkommens, um Themen wie Subventionen für staatliche Unternehmen, Datenregulierung und Gleichbehandlung für US- und ausländische Unternehmen in China anzugehen. (kw)

USTR: Corona-Pandemie als Chance für einheimische Arbeitsplätze

In einem [Meinungsbeitrag in der New York Times](#) argumentiert der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer, dass die Coronavirus-Pandemie dazu beitragen werde, mehr Arbeitsplätze in die USA zurückzubringen. Viele Unternehmen hätten erkannt, dass Offshoring Risiken mit sich bringt, die häufig höher als die (Lohnkosten-) Vorteile sind. Die Verlagerung unternehmerischer Prozesse ins Ausland hätte sich für Unternehmen kurzfristig auszahlt, sei aber langfristig

Austritt der USA aus der WTO im Repräsentantenhaus und im Senat eingebracht. Sie führen den Verlust von Arbeitsplätzen, insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, steigende Handelsdefizite und die Erosion der Souveränität der USA auf die WTO zurück. Ferner hätten multilaterale Organisationen wie die WTO den Aufstieg Chinas ermöglicht. (ch)

Interview mit Rüdiger von Kleist, Exekutivdirektor Deutschlands beim IWF

Der Exekutivdirektor Deutschlands beim Internationalen Währungsfonds (IWF), Rüdiger von Kleist, erläutert in einem Interview mit RGIT die Maßnahmen, die der IWF im Rahmen der Corona-Krise getroffen hat, um die globale Wirtschaft zu unterstützen. Zudem gibt er eine Einschätzung zu den Volkswirtschaften Deutschlands und den USA und äußert sich zum Trend lokalisierter Wertschöpfungsketten. Das Interview kann [hier](#) angesehen werden. (cs)

Neues Solarprojekt genehmigt

Das US-Innenministerium hat am 11. Mai Pläne für ein neues Solarprojekt im Bundesstaat Nevada genehmigt. Das Projekt wäre die größte Solaranlage im Land

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/27/2020 3:51:19 PM
USA als Ganzes traumatisiert gewesen. Die Vereinigten Staaten hätten fünf Millionen Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie verloren, was wiederum für verfallene Städte, zerrüttete Familien, Verzweiflung und die Opioidepidemie verantwortlich sei.

Schon vor der aktuellen Krise hätten viele Unternehmen ihr Offshore-Modell überdacht, da lange Lieferketten anfälliger für externe Faktoren geworden seien. Der durch Präsident Trump initiierte Onshoring-Trend würde sich durch die gegenwärtige Corona-Pandemie beschleunigen. Das verarbeitende Gewerbe nach Amerika zurückzubringen komme nicht nur dem Bruttoinlandsprodukt zu Gute, sondern auch dem sozio-ökonomischen Wohlergehen der Bürger. (cs)

Strukturveränderungen sind in der US-Wirtschaft durchaus möglich

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Im Zuge der Coronakrise werden wohl viele Unternehmen mehr Teile ihrer Produktion in die USA verlagern. Ferner steht die Lagerwirtschaft vor großen Veränderungen. Viele Unternehmen sind sich sicher: Die Coronakrise wird zu einer stärkeren Regionalisierung von Lieferketten näher heran an die Endmärkte führen. Nicht im großen Stil, aber dennoch spürbar. Denn künftig wird deren Sicherheit eine wichtigere Rolle spielen müssen. Im Gegensatz zur Just-in-Time-Beschaffung werden Kosten dann voraussichtlich nicht mehr in erster Linie ausschlaggebend sein.

Bereits vor der Krise haben einige US-Unternehmen im Zuge des Handelsstreits der USA mit China ihre Produktion aus dem Land der Mitte verlegt. Die meisten wie Google und Microsoft aber nach Südostasien – und nicht, wie von US-Präsident Donald Trump gewollt, zurück in die USA. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

und hätte eine Stromkapazität von ca. 690 Megawatt. Das Projekt diene der Energiepolitik der US-Administration, indem es Arbeitsplätze schaffe und die heimischen Energieressourcen des Landes entwickle, heißt es aus dem Ministerium. Die durch das Projekt geschaffenen Arbeitsplätze würden auch den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Corona-Krise unterstützen. Das Projekt soll bis 2022 fertiggestellt sein. (kw)



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemioneck

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 20 vom 21. Mai 2020

- **Diese Woche in Washington**
- **US-Finanzminister und Fed-Chef berichten zur wirtschaftlichen Lage**
- **Weitere US-Maßnahmen gegen Huawei**
- **Autohersteller in den USA fahren ihre Produktion an**
- **Digital Health in den USA**
- **Neun Bundesstaaten verklagen EPA**
- **Kritik an Nicht-Veröffentlichung einer Section 232-Untersuchung**
- **Fortschritt bei US-UK-Handelsgesprächen**

Diese Woche in Washington

Das Weiße Haus hat die Woche vom 17. bis 23. Mai zur World Trade Week erklärt. Freier, fairer und gegenseitiger Handel sei für das Wirtschaftswachstums und eine prosperierende Zukunft des Landes von wesentlicher Bedeutung, heisst es in der Mitteilung. Die Trump-Administration bekräftigt hierin erneut, sie werde Handelsabkommen unterstützen, die der arbeitenden Bevölkerung der USA direkt zu Gute kommen und die Wettbewerbsfähigkeit sichern.

Nachdem US-Präsident Trump weiter offen lässt, wie er sich hinsichtlich des Phase 1-Abkommens mit China verhalten wird, hat der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, Chuck Grassley (R-Iowa), die Administration aufgefordert, nicht aus dem Abkommen auszusteigen. China unternehme in bester Absicht Anstrengungen, trotz der Pandemie seine Verpflichtungen zu erfüllen, so Grassley. Präsident Trump wirft China vor, dass Virus nicht ausreichend eingedämmt zu haben. Er hat deswegen wiederholt Schadensersatzansprüche zum Beispiel in Form höherer Zölle ins Gespräch gebracht.

Das Weiße Haus hat eine neue executive order zur Deregulierung veröffentlicht, um die wirtschaftliche Erholung weiter zu unterstützen. US-Präsident Trump weist die Behördenleiter an, Verordnungen dahingehend zu überprüfen, ob sie die wirtschaftliche Erholung behindern. Sei dies der Fall, sollen sie aufgehoben, modifiziert oder Ausnahmen geschaffen werden. Behörden sollen ferner überprüfen, ob die bereits vor der Pandemie geänderten Verordnungen verstetigt werden können. (cs)

US-Finanzminister und Fed-Chef berichten zur wirtschaftlichen Lage

Kurzmeldungen

Neun Bundesstaaten verklagen EPA

Unter Führung von Kalifornien haben insgesamt neun Bundesstaaten die US-Umweltbehörde EPA verklagt. Letztere hatte am 26. März Unternehmen darüber informiert, dass die Behörde keine rechtlichen Schritte einleiten werde, wenn Unternehmen während der Corona-Krise nicht mehr ihre Emissionen überwachen. Unternehmen müssten aber dokumentieren, wann die Überwachung der Emissionen eingestellt wurde und warum das Coronavirus hierfür die Ursache war.

Die Klage der Staaten argumentiert, dass die EPA die Notwendigkeit für diese weitreichenden Änderungen nicht

Am 19. Mai besichtigte US-Finanzminister Steven Mnuchin und der Vorsitzende der US-Notenbank Fed Jerome Powell per Videokonferenz vor dem Bankenausschuss des Senats. Die Ausschussmitglieder nutzten die Gelegenheit, insbesondere Fragen zu den Hilfsprogrammen für Unternehmen, wie der *Main Street Lending Facility*, zu stellen. Das Programm vergibt Kredite an Unternehmen, die zu groß sind, um sich für das *Paycheck Protection Program* der Small Business Administration zu qualifizieren. Mnuchin und Powell gehen davon aus, dass die *Main Street Lending Facility* voraussichtlich Ende Mai oder Anfang Juni startklar sein wird. Die beiden Finanzexperten blicken mit Sorge auf die Wirtschaftslage des Landes. Mit Blick auf die hohe Arbeitslosenquote müsse die Wirtschaft schnellstmöglich wieder hochgefahren werden, so Mnuchin. Er warnte, dass Bundesstaaten dauerhafte wirtschaftliche Schäden riskierten, wenn sie die Wiedereröffnung zu lange hinauszögern. Powell zufolge könnten die Bundesstaaten die *social distancing*-Maßnahmen zwar offiziell lockern. Es könne aber nicht damit gerechnet werden, dass Arbeitnehmer und Konsumenten zu ihren Arbeitsplätzen, Geschäften und Restaurants zurückkehrten, solange sie sich nicht sicher fühlten.

Nach Angaben der *Congressional Oversight Commission* hat das US-Finanzministerium bislang lediglich 37,5 Milliarden US\$ der fast 500 Milliarden US\$ ausgezahlt, die für die Kreditvergabe an Unternehmen sowie bundesstaatliche und lokale Regierungen durch den CARES Act bereitgestellt wurden. (ch)

Weitere US-Maßnahmen gegen Huawei

Das *Bureau of Industry and Security* (BIS) im US-Wirtschaftsministerium (DOC) hat Exportvorschriften gegen den chinesischen Konzern Huawei und dessen Tochtergesellschaften verschärft. Die neue Regelung erfordert eine Exportlizenz für im Ausland produzierte Waren (*foreign-produced items*), die US-Technologien enthalten und für den Verkauf an Huawei-Gesellschaften vorgesehen sind. Das DOC ziele hiermit darauf ab, den Erwerb von Halbleitern für Huawei einzuschränken. Die Regelung gilt seit dem 15. Mai. Es gilt zudem eine Übergangsfrist für Waren, die vor dem 14. September 2020 an Huawei-Gesellschaften exportiert werden. Das BIS akzeptiert Kommentare zur Regelung bis zum 14. Juli.

Gleichzeitig hat das DOC am 15. Mai die *Temporary General License* (TGL) für Huawei erneut um 90 Tage verlängert. Somit soll insbesondere Telekommunikationsanbietern im ländlichen Raum der USA ermöglicht werden, weiterhin Huawei-Technologien anwenden zu können. Mit der Verlängerung gab das DOC auch bekannt, dass die unter dem TPG gestatteten Tätigkeiten ab dem 13. August 2020 möglicherweise verändert oder ausgesetzt werden könnten.

Die *Semiconductor Industry Association* äußerte Bedenken zu den neuen Exportkontrollen, da sie Unsicherheit und Störungen bei den globalen Halbleiter-Lieferketten verursachen könnten. Huawei hat die Maßnahme als „willkürlich“ und „schädlich“ kritisiert und argumentiert, sie schade dem Vertrauen und der Kooperation in der globalen

nachgewiesen habe. Auch die für eine solche Regelung erforderliche Ankündigungs- und Kommentierungsfrist sei umgangen worden. Ferner habe die Behörde ihre Befugnisse im Rahmen des *Clean Air Act* und des *Clean Water Act* überschritten. Neben Kalifornien haben sich Illinois, Maryland, Michigan, Minnesota, New York, Oregon, Vermont und Virginia der Klage angeschlossen. (cs)

Kritik an Nicht-Veröffentlichung einer Section 232-Untersuchung

Im Januar 2018 beantragten *Energy Fuels Resources* und *Ur-Energy* eine Section 232-Untersuchung der Uran-Importe. Die Trump-Administration kam im Juli 2019 zu dem Schluss, dass Uran-Importe die nationale Sicherheit der USA gefährden. Eine Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, um Empfehlungen für die Revitalisierung und den Ausbau der heimischen Industrie zu entwickeln. Einfuhrbeschränkungen wurden nicht eingeführt. In einem neuen Brief fordert *Energy Fuels Resources* die Veröffentlichung des Section 232-Berichts, da der Inhalt bisher nicht bekannt gegeben wurde. Aus Sicht des Unternehmens müsse das US-Wirtschaftsministerium (DOC) seine rechtliche Verpflichtung erfüllen. Andernfalls werde eine US-amerikanische Industrie, die sofortige Unterstützung benötige,

Autohersteller in den USA fahren ihre Produktion an

Nach fast zwei Monaten haben am Montag (18. Mai) mehrere Autohersteller in den USA ihre Produktion wieder angefahren. Die Wiederaufnahme der Kraftfahrzeug-Produktion wird zunächst nur schrittweise erfolgen. Die Produktionsgeschwindigkeit hängt in weiten Teilen davon ab, wie lange die Regierungen auf nationaler, einzelstaatlicher und lokaler Ebene in den USA, Kanada und Mexiko ihre *stay-at-home-orders* aufrecht erhalten werden. Die Lieferketten der Industrie sind in ganz Nordamerika eng miteinander verflochten. Einige Unternehmen mussten ihre neu angefahrnen Produktion bereits wieder einstellen, nachdem es zu Lieferengpässen gekommen war.

Im April produzierten die Autohersteller in den USA laut *Automotive News* lediglich 4.840 Autos, Pickup-Trucks und *Sport Utility Vehicles*. Seit Beginn der Pandemie im März hätten Autohäuser fast 800.000 Fahrzeuge weniger verkauft als ursprünglich prognostiziert. Wegen der massiven wirtschaftlichen Einbußen werden Stimmen im US-Kongress lauter, Herstellern und Zulieferern als Teil eines künftigen Pandemie-Hilfspakets Beihilfen zu gewähren. (cs)

Digital Health in den USA

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA bieten ein enormes Potenzial für E-Health-Lösungen. Deutsche Anbieter treffen aber in vielen Bereichen auf starke und rivalisierende heimische Konkurrenz. Das Absatzpotenzial für E-Health-Lösungen in den USA ist groß. Gefragt sind vor allem innovative Technologien, die ambulante und stationäre Behandlungsabläufe effizienter machen und längerfristig zu Kosteneinsparungen führen. Denn aufgrund stark steigender Gesundheitskosten sind US-Krankenhäuser in enormen Sparzwang geraten. So kommen unter anderem verstärkt chirurgische Robotersysteme zum Einsatz.

Im Rahmen des Ende März 2020 in der Coronakrise verabschiedeten 2,2-Billionen-US-Dollar-Hilfspakets der US-Regierung erhalten Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen 100 Milliarden US\$. So soll der wachsende Mangel an medizinischen Ausrüstungen durch den Ansturm neu erkrankter Patienten reduziert werden. Ferner sollen 200 Millionen US\$ in den Ausbau telemedizinischer Dienste fließen. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

Fortschritt bei US-UK-Handelsgesprächen

Die erste Runde der **Handelsgespräche** zwischen dem Vereinigten Königreich und den USA wurden letzte Woche abgeschlossen. Der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer erwähnte in einer Kabinettsitzung, dass die Verhandlungen bislang gut gelaufen seien. Es bestehe aber keine Eile, ein Abkommen schnellstmöglichst zu erreichen. UK-Handelsministerin Liz Truss äußerte sich ebenso positiv zur ersten Runde und sagte, dass beide Seite besonderes Interesse an den Bereichen Dienstleistungen, Investitionen und digitalem Handel zeigten. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 15. Juni geplant. (kw)





LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 21 vom 28. Mai 2020

- Diese Woche in Washington
- Kritik an geplanter Aufkündigung des Open Skies-Abkommens
- USTR leitet Prozess zur Änderung der WTO-Airbus-Zölle ein
- Arbeitslosigkeit pro Bundesstaat
- Produktion wird landesweit uneinheitlich hochgefahren
- Einreisebeschränkungen für Reisende aus Brasilien
- Verhandlungsziele für Abkommen mit Kenia
- DOC bittet um Kommentare zu Ausnahmeverfahren

Diese Woche in Washington

US-Außenminister Mike Pompeo hat am Mittwoch dem US-Kongress offiziell bestätigt, dass sein Ministerium in der diesjährigen Bewertung des Sonderstatus von Hongkong zu dem Schluss gekommen sei, dass das Territorium nicht mehr als autonom von China betrachtet werden kann. Pompeo begründete die Bewertung mit Chinas Absicht, nationale Sicherheitsgesetze in Hongkong einzuführen. Das US-Außenministerium ist nach dem *Hong Kong Policy Act of 1992* verpflichtet, Hongkongs Sonderstatus jährlich zu bewerten. Der US-Präsident kann nun per *Executive Order* entscheiden, ob die USA Hongkong rechtlich anders behandeln werden. Larry Kudlow, Direktor des *National Economic Council* im Weißen Haus, hat unterdessen mitgeteilt, die US-Regierung sei bereit, US-Firmen dabei zu unterstützen, aus Hongkong und China in die USA zurückzukehren. Sollten US-amerikanische Unternehmen ihre Produktion und Lieferketten in die USA verlagern, könne die Regierung für die entstandenen (Umzugs-) Kosten aufkommen. Kudlow kritisierte Chinas Pläne als großen Fehler, der der Wirtschaft des Investitionsstandortes Hongkong schaden werde.

Republikaner im US-Kongress und Vertreter der Administration haben die Arbeit von Richard Grenell gewürdigt, nachdem dieser angekündigt hatte, von seinem Posten als US-Botschafter in Berlin zurückzutreten. Unter anderem betonte US-Energieminister Dan Brouillette, dass unter Grenells Leitung die Bindung zu Deutschland gestärkt wurde. In Berlin wird *Deputy Chief of Mission* Robin Quinville die Aufgaben des US-Botschafters vorerst übernehmen. Bisher hat sich Grenell nicht zu seiner beruflichen Zukunft geäußert.

Die Abgeordneten des Repräsentantenhauses sind seit Mittwoch (27. Mai) wieder in Washington. Der Senat war bereits Anfang des Monats zurückgekehrt. Die Bürgermeisterin

Kurzmeldungen

Einreisebeschränkungen für Reisende aus Brasilien

Das Weiße Haus hat neue Einreisebeschränkungen angekündigt. Personen, die sich 14 Tage vor ihrer geplanten Ankunft in Brasilien aufgehalten haben, dürfen seit dem 26. Mai nicht mehr in die USA einreisen. US-Staatsbürger und bestimmte Visa-Kategorien sind hiervon ausgenommen. Der bilaterale Handel zwischen den USA und Brasilien soll von der Maßnahme nicht behindert werden. Die Proklamation zielt in erster Linie darauf ab, die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen. In den vergangenen Tagen ist Brasilien zu einem neuen Hotspot der Pandemie geworden.

Kritik an geplanter Aufkündigung des Open Skies-Abkommens

Die [Ankündigung](#) der US-Regierung das *Open Skies*-Abkommen aufzukündigen, ist bei Demokraten im US-Kongress auf scharfe Kritik gestoßen. In einem [Brief](#) an US-Außenminister Mike Pompeo und Verteidigungsminister Mark Esper betonen Elliot Engel, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus und Adam Smith, Vorsitzender des Ausschusses für Streitkräfte, dass der geplante Vertragsrückzug nicht ohne Benachrichtigung und Konsultierung des US-Kongress stattfinden dürfe. Dies stelle einen direkten Verstoß gegen [Abschnitt 1234 des National Defense Authorization Acts von 2020](#) dar. Neben der Vorankündigungspflicht sieht die Gesetzgebung auch eine detaillierte Begründung der Regierung vor, warum das *Open Skies*-Abkommen nicht mehr dem nationalen Interesse der USA diene. Dieser Kritik schloss sich auch der ranghöchste Demokrat im Auswärtigen Ausschuss des Senats, Bob Menendez (D-NJ), an. In einem [Statement](#) warf er der US-Regierung Missachtung geltenden Rechts vor.

Das internationale Abkommen, das den Unterzeichnerstaaten mehrere militärische Beobachtungsflüge pro Jahr im Luftraum der Vertragspartner erlaubt, wurde im Jahr 1992 auf Initiative von US-Präsident G. H. Bush abgeschlossen. Nach verzögerten Ratifizierungsprozessen einiger Vertragspartner, darunter auch Russland, ist der Vertrag erst im Jahr 2002 in Kraft getreten. Sämtliche während eines Fluges aufgezeichneten Bilder werden allen Vertragsstaaten zur Verfügung gestellt - eine einzigartige Form des Informationsaustausches. Die USA wirft Russland bereits seit einigen Jahren Vertragsbruch vor, da Moskau u.a. Flüge entlang der russischen Grenzen zu den secessionistischen georgischen Republiken Abchasien und Südossetien verweigere. (vm)

USTR leitet Prozess zur Änderung der WTO-Airbus-Zölle ein

Diese Woche hat der US-Handelsbeauftragte (USTR) erste Schritte unternommen, um möglicherweise die Zölle auf Einfuhren von europäischen Zivilflugzeugen und anderen Waren anzupassen. Die Zölle wurden auf Grundlage der von der Welthandelsorganisation (WTO) als illegal verurteilten EU-Subventionen für Airbus eingeführt. Der USTR hat die erste Runde der Zölle am 18. Oktober 2019 umgesetzt und dann einige Änderungen am 14. Februar 2020 angekündigt. Gemäß US-Recht darf der USTR zusätzliche Änderungen innerhalb von 180 Tagen überprüfen. Daher fällt die nächste Frist auf den 12. August 2020.

Angeichts dieser Frist hat der USTR jetzt beim *Office of Management and Budget* des Weißen Hauses eine Genehmigung beantragt, ein Online-Portal für Kommentare einzurichten. Während der Überprüfungsphase rechnet der

Nach Angaben der [Johns Hopkins University](#) sind die USA weltweit führend mit 1,7 Millionen bestätigten Coronavirus-Fällen und über 100.000 Todesopfern. Brasilien liegt mit etwas mehr als 390.000 Fällen und fast 25.000 Todesfällen an zweiter Stelle. (ch)

Verhandlungsziele für Abkommen mit Kenia

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) hat am 22. Mai die Verhandlungsziele für das vorgeschlagene [Freihandelsabkommen mit Kenia](#) veröffentlicht. In dem Dokument heißt es, dass 24 Bereiche abgedeckt werden sollen, unter anderem digitaler Handel und Datenflüsse, geistiges Eigentum, Ursprungsregeln und Korruptionsbekämpfung. Das Abkommen basiere auf dem *African Growth and Opportunity Act* (AGOA) und soll Grundlage für weitere Handels- und Investitionsabkommen in Subsahara-Afrika sein. Der USTR darf 30 Tage nach der Veröffentlichung der Verhandlungsziele die Verhandlungen mit Kenia beginnen. (kw)

DOC bittet um Kommentare zu Ausnahmeverfahren

Das US-Wirtschaftsministerium (DOC) bittet um [Kommentare](#) bezüglich des Ausnahmeverfahrens für Section 232-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte. Das DOC beabsichtigt, das

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/27/2020 3:51:19 PM
USTR mit zirka 25.000 Kommentaren von Interessenten. Die Gesamtkosten für die Bearbeitung dieser Kommentare werden auf 5 Millionen US\$ geschätzt, alle erforderlichen Arbeitsstunden werden sich auf 50.000 belaufen. Kommentare zu den möglichen Änderungen der Zollliste können voraussichtlich ab dem 23. Juni eingereicht werden. Weitere Details sind [hier](#) verfügbar. (ch)

Verfahren zu verbessern und somit negative Auswirkungen auf US-Industrien zu vermeiden. Kommentare sollen insbesondere darauf eingehen, ob die für Ausnahmen erforderlichen Informationen angemessen sind und ob das Verfahren effizient ist. Kommentare können ab dem 26. Mai bis zum 10. Juli eingereicht werden. (kw)

Arbeitslosigkeit pro Bundesstaat

Das *Bureau of Labor Statistics* (BLS) im US-Arbeitsministerium (DOL) hat in einem neuen [Bericht](#) die Zahlen zur Arbeitslosigkeit auf einzelstaatlicher Ebene für April dargestellt. Die Arbeitslosenquote ist in allen 50 Bundesstaaten und im District of Columbia deutlich gestiegen. In 43 Bundesstaaten wurde der höchste Stand seit Beginn der Datenerhebung im Jahr 1976 verzeichnet.

Insbesondere Einzelstaaten, die vom Tourismus und der Automobilproduktion abhängig sind, sind angesichts der Corona-Pandemie am stärksten betroffen, zum Beispiel Nevada mit 28,2%, Michigan mit 22,7% und Hawaii mit 22,3%. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten werden in Connecticut mit 7,9%, in Minnesota mit 8,1% und in Nebraska mit 8,3% gemeldet. Bundesweit lag die Arbeitslosenquote im April bei 14,7%. In 27 Bundesstaaten sowie im District of Columbia lag die Arbeitslosenquote unter dem Bundesdurchschnitt. (cs)

Produktion wird landesweit uneinheitlich hochgefahren

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die US-Wirtschaft bereitet sich seit Mitte Mai auf ein Wiederhochfahren der Produktion vor. Dazu gehören die Entflechtung von Arbeitsplätzen in Werk- und Lagerhallen sowie das obligatorische Tragen von Schutzausrüstungen. Welche sanitären Auflagen darüber hinaus und in welchen Zeiträumen durchzuführen sind, bestimmen die jeweiligen Behörden vor Ort. Ein landesweit einheitliches Bild kann aus diesem Grund nicht gezeichnet werden.

Wie schwer die Wiederaufnahme des Regelbetriebs in der Industrie ist, lässt sich beispielhaft am Fahrzeugbau festmachen. Die etwa 40 Montagewerke in den USA verspürten zunächst Schwierigkeiten, weil wichtige Bauteile aus dem In- und Ausland fehlten. Was den Markenherstellern inzwischen aber noch viel größere Sorgen bereitet, sind die eingebrochenen Absatzzahlen. Angespannte öffentliche und private Kassen sowie Einkommensverluste an breiter Front schlagen hier durch. Statt des gewohnten Absatzvolumen von 15 bis 17 Millionen Fahrzeugen pro Jahr, werden es 2020 wohl nur 8 bis 9 Millionen. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)



REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 22 vom 4. Juni 2020

- Diese Woche in Washington
- USA kündigen neue Maßnahmen gegen China an
- 301- und 232-Untersuchungen zu Digitalsteuern und Vanadium-Einfuhren
- Sinkende US-Agrarexporte wegen COVID-19
- Von Kanada bis Argentinien: Die Corona-Schnellanalyse für Amerika
- US-Volkszählung auf gutem Weg
- Energieverbrauch aus erneuerbaren Energien überholt Kohle
- EPA legt finale Regelung für Energieprojekte vor

Diese Woche in Washington

Neben den Schlagzeilen zu den landesweiten Demonstrationen gegen Rassismus sorgen neue Zahlen zur Wirtschaft für negative Meldungen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurden laut US-Arbeitsministerium (DOL) allein in der vergangenen Woche weitere 1,9 Millionen neue Anträge auf Arbeitslosenunterstützung eingereicht. Innerhalb von nur elf Wochen meldeten sich rund 42,6 Millionen Personen arbeitslos. Die offiziellen Statistiken für Mai werden am kommenden Freitag veröffentlicht. Auch das US-Wirtschaftsministerium (DOC) kann derzeit keine positiven Zahlen melden. Die US-Exporte fielen im April um 20,5 Prozent auf 151,3 Milliarden US\$, während die Importe um 13,7 Prozent auf 200,7 Milliarden US\$ fielen. Das Handelsbilanzdefizit bei Waren und Dienstleistungen stieg auf 49,4 Milliarden US\$.

Der Senat hat am Mittwoch einstimmig einem Gesetzentwurf aus dem Repräsentantenhaus zugestimmt, der die Beschränkungen für Notfallkredite für Kleinunternehmen im Rahmen des *Paycheck Protection Programs* lockert. Neben der Weiterzahlung der Gehälter von Angestellten, sollen Kredite auch für weitere Ausgaben verwendet werden dürfen. Des Weiteren wird die vorgeschriebene Zeitspanne, innerhalb derer der Kredit ausgegeben werden muss, verlängert. Wenn Unternehmen mindestens 60 Prozent des Kredits für die Weiterzahlung von Gehältern verwenden, können sie sich qualifizieren, den Kredit erlassen zu bekommen.

In einem Brief an den US-Handelsbeauftragten (USTR) Robert Lighthizer haben die Demokraten aus dem *Ways and Means*-Ausschuss im Repräsentantenhaus ihre Ablehnung zu einem Handelsabkommen mit Brasilien zum Ausdruck gebracht. In dem Brief heißt es, dass sie die Initiative der US-Regierung nicht unterstützen werden, mit der gegenwärtigen Regierung

Kurzmeldungen

US-Volkszählung auf gutem Weg

Laut einer [Pressemitteilung](#) des U.S. Census Bureau haben bereits 60% der US-amerikanischen Haushalte auf den Aufruf zur Volkszählung 2020 reagiert. In einer [Video-Botschaft](#) bedankte sich U.S. Census Bureau-Direktor Steven Dillingham für die bisherige hohe Beteiligung und ermunterte diejenigen, die noch nicht geantwortet haben, die nächsten zehn Jahre mitzugestalten.

Ziel der Volkszählung, die alle zehn Jahre stattfindet, ist es, alle Personen (Bürger und Nicht-Bürger) zu zählen, die zum Stichtag 1. April in den Vereinigten Staaten leben. Die erhobenen Statistiken werden

USA kündigen neue Maßnahmen gegen China an

US-Präsident Donald Trump hat am 29. Mai [angekündigt](#), gewisse US-Privilegien für Hongkong aufzuheben. Chinas Verhalten gegenüber Hongkong, insbesondere das vom chinesischen Volkskongress vorgeschlagene Sicherheitsgesetz, gefährde die Autonomie des Territoriums und habe somit den US-Sonderstatus für Hongkong ungültig gemacht. Die US-Administration plane jetzt, bestehende Abkommen mit Hongkong zu verändern, zum Beispiel im Bereich der Exportregulierungen für gewisse US-Technologien, bei Zoll- und Visaprivilegien sowie bei Auslieferungen. Ferner sehe man Sanktionen gegen diejenigen chinesischen und Hongkonger Regierungsbeamte vor, die für die Schwächung der Autonomie Hongkongs verantwortlich seien.

Zudem hat US-Präsident Trump per [presidential proclamation](#) die Einreise von chinesischen Studenten, die sich im Auftrag des chinesischen Militärs mit Forschung beschäftigen, in die USA verboten. Kritische Technologien und geistiges Eigentum der USA sollen so vor Diebstahl durch China geschützt werden.

Bezüglich des Phase 1-Abkommens hat die Administration keine Maßnahmen erwähnt. US-Präsident Trump lobte das Abkommen, da es vorteilhaft für US-Arbeitnehmer und Unternehmen sei. Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat, Chuck Grassley (R-IA), zeigte sich diese Woche optimistisch, dass China seine Verpflichtungen unter dem Abkommen erfüllen werde. Zudem sollten die Handelsbeziehungen zwischen den USA und China nicht mit anderen kontroversen Themen vermischt werden, so Grassley.

Am Mittwoch hat das US-Verkehrsministerium (DOT) [angekündigt](#), chinesische Passagierflüge in die USA ab dem 16. Juni zu verbieten. Laut DOT sei die Verordnung eine Reaktion darauf, dass China die Wiederaufnahme von US-Passagierflügen nach China verweigert habe. Präsident Trump hat sich zu diesem Thema bislang nicht geäußert. (kw)

301- und 232-Untersuchungen zu Digitalsteuern und Vanadium-Einfuhren

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) hat mehrere Section 301-Untersuchungen zu den geplanten Digitalsteuern von zehn Handelspartnern [eingeleitet](#), darunter Brasilien, die EU, Indien, Indonesien, Italien, Österreich, Spanien, die Tschechische Republik, die Türkei und das Vereinigte Königreich. Laut USTR Robert Lighthizer werde die Trump-Administration alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um US-Unternehmen und Arbeitnehmer gegen diskriminierende Behandlungsweisen zu verteidigen. In einer vorausgegangenen Untersuchung zur französischen Digitalsteuer ist die Administration zu dem Schluss gekommen, dass die Steuer US-amerikanische

unter anderem verwendet, um die Anzahl der Sitze der einzelnen Bundesstaaten im US-Repräsentantenhaus neu festzulegen. Sie beeinflussen auch die Verteilung von Bundesmitteln auf nationaler, bundesstaatlicher und kommunaler Ebene. (vm)

Energieverbrauch aus erneuerbaren Energien überholt Kohle

Laut eines [Berichts](#) der *Energy Information Administration* (EIA) im US-Energieministerium überstieg der jährliche Energieverbrauch aus erneuerbaren Quellen im Jahr 2019 den Kohleverbrauch in den USA zum ersten Mal seit vor 1885. Dieses Ergebnis spiegelt vor allem den anhaltenden Rückgang des Kohleverbrauchs für die Stromerzeugung in den letzten zehn Jahren sowie das Wachstum der erneuerbaren Energien, hauptsächlich Wind- und Sonnenenergie, wider. Im Vergleich zu 2018 ging der Kohleverbrauch in den Vereinigten Staaten um fast 15% zurück. Der Gesamtverbrauch an erneuerbaren Energien stieg um 1%. (vm)

EPA legt finale Regelung für Energieprojekte vor

Die US-Umweltbehörde (EPA) hat am 1. Juni eine finale Regelung zur Beschleunigung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (MVP) unter

Unternehmen benachteiligt. Die angedrohten Zölle auf französische Einfuhren wurden allerdings noch nicht erhoben. Zu den jetzigen Untersuchungen können Interessenten Kommentare bis zum 15. Juli abgeben.

Gleichzeitig hat das US-Handelsministerium eine weitere Section 232-Untersuchung zu den Auswirkungen von Vanadium-Einfuhren auf die nationale Sicherheit der USA [eingeleitet](#). Der Antrag wurde ursprünglich von zwei US-Produzenten, AMG Vanadium LLC aus Ohio und US Vanadium LLC aus Arkansas, eingereicht. Beide Unternehmen argumentieren, dass die heimische Industrie durch Billigeinfuhren, begrenzte Exportmärkte aufgrund der geltenden Mehrwertsteuerregelungen in anderen Vanadium produzierenden Ländern sowie durch die verzerrende Wirkung der chinesischen und russischen Industriepolitik beeinträchtigt werde. Laut US-Handelsminister Wilbur Ross sei Vanadium für verschiedene Sektoren wie Luft- und Raumfahrt, Verteidigung, Energie und Infrastruktur von entscheidender Bedeutung. Schriftliche Kommentare können bis zum 20. Juli eingereicht werden. (ch)

Sinkende US-Agrarexporte wegen COVID-19

Das US-Landwirtschaftsministerium hat seine Prognose für US-Agrarexporte im laufenden Haushaltsjahr um 3 Milliarden US\$ gesenkt. Produkte wie Sojabohnen, Baumwolle, Mais und Weizen könnten aufgrund der globalen wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie nur noch reduziert exportiert werden. Zusätzlich sähen sich die USA beim Baumwolllexport in einer zunehmenden Konkurrenz zu Brasilien, dessen Produkte wettbewerbsfähiger geworden seien.

Die Prognose für Agrarexporte nach China fiel um 1 Milliarde US\$ auf insgesamt 13 Mrd. US\$ aufgrund einer niedrigeren Nachfrage nach Soja und Baumwolle. China habe zudem ein „Rekordvolumen“ an Sojabohnen aus Brasilien bezogen, unter anderem wegen des schwachen brasilianischen Reals. Die chinesische Nachfrage nach Schweinefleisch aus den USA bliebe unterdessen stark und unterstütze somit diesen Sektor der US-Landwirtschaft. Den vollständigen Bericht finden Sie [hier](#). (cs)

Von Kanada bis Argentinien: Die Corona-Schnellanalyse für Amerika

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Was kann die Coronakrise für einzelne Industrien bedeuten und welche Verkaufsstrategien sollten deutsche Firmen in Zukunft beachten? Unsere Korrespondenten haben erste Antworten. In den USA und Kanada wollen Unternehmen vieler Branchen ihre Sicherheitsbestände zum Teil deutlich ausbauen, um zukünftig besser auf externe Schocks vorbereitet zu sein. Ein Nearshoring von ganzen Industriezweigen ist dagegen unwahrscheinlich. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

dem Clean Water Act Section 401 [angekündigt](#). Die Regelung erlaubt der EPA, ein Veto gegen die Entscheidung von Bundesstaaten einzulegen, wenn letztere zu dem Schluss kommen, dass geplante Energieprojekte die lokale Wasserqualität beeinträchtigen könnten. So soll die Ausnutzung von UVPs beendet werden, die zu Verzögerungen bei Energieprojekten führen könne. Laut EPA-Chef Andrew Wheeler basiert die Maßnahme auf der *Executive Order on Promoting Energy Infrastructure and Growth*. (kw)



Audi



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com



REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 23 vom 11. Juni 2020

- Diese Woche in Washington
- USTR: Verarbeitendes Gewerbe stärken
- Bericht zu chinesischen Unternehmen im US-Telekommunikationssektor
- Verknüpfung von Handel, Technologie und nationaler Sicherheit
- Wirtschaftsdaten kompakt – USA
- Fed erweitert Main Street Lending Program
- US-Truppenabzug aus Deutschland stößt auf Kritik
- Autoverkehr nimmt deutlich ab

Diese Woche in Washington

US-Finanzminister Steven Mnuchin und die Leiterin der *Small Business Administration* (SBA), Jovita Carranza, haben sich in einer Anhörung vor dem Senatsausschuss für Kleinunternehmen dafür ausgesprochen, weitere aber zielgerichtete Unterstützungen in die Wirtschaft fließen zu lassen. Mnuchin verwies auf die zu hohe Arbeitslosigkeit. Kleine Unternehmen – aber auch größere in gewissen Branchen – benötigten mehr Hilfe. Eine Möglichkeit könnten Änderungen beim *Paycheck Protection Program* sein, so Mnuchin.

Das US-Arbeitsministerium berichtet, dass sich in der ersten Juniwoche mehr als 1,5 Millionen Personen arbeitslos gemeldet haben. Die wöchentlichen Neuanträge auf Arbeitslosenunterstützung liegen nach wie vor weit über dem historischen Niveau, sind jedoch seit einem Höchststand von 6,9 Millionen im April kontinuierlich zurückgegangen.

Senatoren beider Parteien haben einen Entwurf zur Förderung der inländischen Halbleiterindustrie eingebracht. Der *Creating Helpful Incentives to Produce Semiconductors for America Act* (CHIPS for America) würde Investitionen in das US-Verteidigungsministerium, die *National Science Foundation* und das US-Energieministerium deutlich erhöhen. Ferner soll ein nationales Halbleiter-Technologiezentrum eingerichtet werden. Die *Semiconductor Industry Association* unterstützt den Entwurf. (cs)

USTR: Verarbeitendes Gewerbe stärken

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer hat im *Foreign Affairs Magazine* seine Vision für eine funktionierende US-Handelspolitik vorgestellt. Ziel müsse es sein, gut bezahlte

Kurzmeldungen

Fed erweitert Main Street Lending Program

Die US-Notenbank (Fed) hat ihr *Main Street Lending Program* erweitert, um eine größere Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmen unterstützen zu können. Unter anderem wurde der Mindestdarlehensbetrag gesenkt, die maximale Darlehensgrenze angehoben und der Tilgungsplan dahingehend angepasst, dass die Rückzahlung erst nach zwei Jahren beginnen kann. Ferner wurde die Laufzeit auf fünf Jahre verlängert, was den Kreditnehmern eine größere Flexibilität bei der Rückzahlung der Darlehen bieten soll. Die Fed prüft zudem, wie ein Programm für Nichtregierungsorganis-

und stabile Arbeitsplätze für die Mittelschicht zu schaffen. Zwischen 2000 und 2016 hätten die USA fast 5 Millionen Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren. Lighthizer erläutert, dass Automatisierung, Produktivitätsgewinne, Währungsmanipulation und die Finanzkrise von 2008 zu dieser Entwicklung beigetragen hätten, dass jedoch Outsourcing der eigentliche Grund für die Arbeitsplatzverluste sei.

Lighthizer argumentiert gegen die Idee, dass sich die US-Wirtschaft verstärkt auf Dienstleistungen, Digitalwirtschaft sowie Forschung und Entwicklung konzentrieren sollte. Der Technologiesektor sei keine realistische Option für den Großteil der US-Erwerbsbevölkerung. Mehr als die Hälfte der rund 250 Millionen Erwachsenen besäßen in den USA kein Hochschuldiplom. In der Vergangenheit hätten solche Arbeitnehmer die besten Beschäftigungschancen im verarbeitenden Gewerbe gehabt.

Lighthizer erörtert ferner, dass die Covid-19-Pandemie andere Probleme beim heimischen verarbeitenden Gewerbe aufgedeckt habe. So seien die USA in hohem Maße von Einfuhren kritischer medizinischer Geräte, persönlicher Schutzausrüstungen und von Arzneimitteln abhängig. Die Krise habe gezeigt, wie leicht wirtschaftliche Schäden entstünden, wenn nur ein einzelnes Glied in der Lieferkette unterbrochen wird. Laut Lighthizer sollten sich die USA als Reaktion auf die Pandemie nicht vom Rest der Welt abschotten, aber ihre eigenen Produktionskapazitäten ausbauen. Zusammen mit der Steuer- und Regulierungspolitik könnte Handelspolitik eine wichtige Rolle bei der Förderung von Investitionen in den USA spielen. Der Beitrag findet sich kostenpflichtig [hier](#). (ch)

Bericht zu chinesischen Unternehmen im US-Telekommunikationssektor

Das *Permanent Subcommittee on Investigations* im Senatsausschuss für Sicherheit und Regierungsangelegenheiten hat einen Bericht zu den Aktivitäten staatlicher chinesischer Telekommunikationsunternehmen in den USA [veröffentlicht](#). Der Bericht stellt unter anderem fest, dass die *Federal Communications Commission* (FCC), das US-Justizministerium (DOJ) und das US-Heimatschutzministerium (DHS) in der Vergangenheit ihrer Aufsichtspflicht gegenüber staatseigenen chinesischen Betrieben nur unzureichend nachgekommen sind. Erst in den letzten Jahren hätten sich die US-Behörden teilweise auf drei chinesische Telekommunikationsunternehmen konzentriert, die seit rund 20 Jahren in den USA aktiv sind und ein nationales Sicherheitsrisiko darstellen könnten.

Laut dem Bericht solle die FCC baldmöglichst darüber entscheiden, ob den drei Unternehmen die Betriebslizenzen in den USA entzogen werden sollen. Ferner solle der Kongress die ressortübergreifende Arbeitsgruppe zwischen FCC, DOJ und DHS zur Beaufsichtigung ausländischer Telekommunikationsunternehmen mit mehr Befugnissen ausstatten, die den Behörden z.B. erlauben würden rechtsverbindliche Vorschriften innerhalb des Telekommunikationssektors zu erlassen. Der Kongress und die Administration sollten zudem den Marktzugang für US-

ationen (NGOs) gestaltet werden kann. NGOs seien wichtige Arbeitgeber im Land. (cs)

US-Truppenabzug aus Deutschland stößt auf Kritik

US-Präsident Trumps Ankündigung, die Präsenz des US-Militärs in Deutschland um fast ein Drittel zu verringern, ist im US-Kongress bei Vertretern beider Parteien auf scharfe Kritik gestoßen. In einem [Brief](#) an den Präsidenten betonten 22 Republikaner des Ausschusses für Streitkräfte im Repräsentantenhaus, dass eine solche Truppenreduzierung der nationalen Sicherheit der USA erheblich schaden und die Position Russlands stärken würde. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus Eliot Engel (D-NY) bezeichnete die Ankündigung in einem [Statement](#) als mangelndes Verständnis für Amerikas nationale Sicherheitsinteressen. (vm)

Autoverkehr nimmt deutlich ab

Das *Massachusetts Institute of Technology* (MIT) hat analysiert, wie der Autoverkehr in den USA in den vergangenen Monaten aufgrund der Corona-Pandemie abgenommen hat. Grundlage sind Daten des US-Verkehrsministeriums

Unternehmen in Chinas Telekommunikationssektor sichern und des US-
Finanzministeriums.
Demnach lagen die pro
Fahrzeug
zurückgelegten Meilen
(*Vehicle Miles Traveled*
- VMT) im April um 40%
niedriger als im April
des Vorjahres. Die
VMT-Abnahme hat
unmittelbare
Auswirkungen auf den
Highway Trust Fund,
der sich über eine
Bundesbenzinststeuer
finanziert. Im
diesjährigen Mai
wurden 79% weniger
Steuern eingenommen
als im Mai 2019. (cs)

Verknüpfung von Handel, Technologie und nationaler Sicherheit

Der *Information Technology Industry Council* (ITI) hat am 8. Juni einen [Leitfaden](#) für eine verstärkte Kooperation zwischen öffentlichem und privatem Sektor in den Bereichen Handel, Technologieentwicklung und nationale Sicherheit veröffentlicht. In dem Bericht werden fünf Wege beschrieben, wie die US-Regierung die globale technologische Führungsrolle der USA, wirtschaftliche Offenheit und internationales Engagement nutzen kann, um gemeinsam mit dem Privatsektor die nationale Sicherheit des Landes zu stärken. Laut ITI-Präsident und Geschäftsführer Jason Oxman würden sich immer mehr politische Maßnahmen zur Stärkung der nationalen Sicherheit mit Handels- und Technologiepolitik sowie mit dem Risikomanagement von Lieferketten überschneiden. Daher fordert ITI die US-Regierung auf, die Bedenken der Branche auf eine Weise anzugehen, die unbeabsichtigte negative Folgen für US-Unternehmen, die Wirtschaft oder die nationale Sicherheit vermeidet.

Für ITI ist eine effektive nationale Sicherheit eng mit technologischer Führungsstärke verbunden. Diese könne aber nur garantiert werden, wenn die US-Regierung Unternehmen in der Innovationsförderung unterstützt und Rahmenbedingungen schafft, die von wirtschaftlicher Offenheit und Wettbewerbsfähigkeit geprägt sind. Des Weiteren sollten Maßnahmen, die im Namen der nationalen Sicherheit getroffen werden, nur konkrete und eng definierte Risiken adressieren, keine gesamten Geschäftsbereiche verbieten und nicht dazu benutzt werden, den Handel oder andere wirtschaftspolitische Ziele zu fördern. Die USA und gleichgesinnte Volkswirtschaften sollten zudem gemeinsame Ansätze für technologiebezogene nationale Sicherheitsrisiken und einen kontinuierlichen Dialog mit der Branche verfolgen. (vm)

Wirtschaftsdaten kompakt – USA

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die Reihe „Wirtschaftsdaten kompakt“ wird zweimal jährlich im Mai und November aktualisiert. Folgende Indikatoren sind unter anderem enthalten: Einwohner, Bevölkerungsdichte, Währung, Wechselkurs, Bruttoinlandsprodukt, BIP je Einwohner, BIP-Wachstum, Inflationsrate, Durchschnittslohn, Arbeitslosigkeit, Haushaltssaldo, Außenhandel, wichtigste Ein- und Ausfuhr Güter, wichtigste Handelspartner, ausländische Direktinvestitionen, Länderbonität, Devisenreserven, Außenhandel mit der EU und Deutschland, wichtigste deutsche Ein- und Ausfuhr Güter. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com



REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 24 vom 18. Juni 2020

- Diese Woche in Washington
- Anhörungen zu US-Handelspolitik im Kongress
- Beginn der zweiten Verhandlungsrunde zwischen USA und UK
- ExIm: Flugzeugexporte und Start-Ups
- Öffnung und Erholung der US-Wirtschaft mit Hindernissen
- BDI-Hauptgeschäftsführer im Gespräch mit Jackie Walorski (R-IN)
- Lockerungen für Huawei
- USA nominieren neuen Chef für Inter-American Development Bank

Diese Woche in Washington

Angesichts der derzeitigen Bemühungen vieler Länder, ihre Volkswirtschaften wieder zu eröffnen, hat die Pressesprecherin des US-Finanzministeriums, Monica Crowley, den Vorschlag der USA bestätigt, die OECD-Gespräche zu einer internationalen Digitalsteuer aussetzen zu wollen. In einer Anhörung im Ways and Means-Ausschuss des Repräsentantenhauses äußerte der Kongressabgeordnete Lloyd Doggett (D-TX) Besorgnis, dass dieser Schritt zu Handelskonflikten führen könne. Der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer argumentierte, die Administration handele im Sinne von US-Unternehmen, um sie vor diskriminierenden Steuermaßnahmen anderer Länder zu schützen.

Der Abgeordnete Eliot L. Engel, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, und Senator Bob Menendez, ranghöchstes Mitglied des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des Senats, haben heute den *Maintaining United States National Security Interests in Europe Act* angekündigt. Das Gesetz würde die Finanzierung für die Umsetzung von Präsident Trumps Plänen beschränken, einen Teil der US-Streitkräfte aus Deutschland abzuziehen. Die Entscheidung des Präsidenten gefährde die nationale Sicherheit der USA und müsse verhindert werden, so Engel.

US-Außenminister Mike Pompeo traf am 17. Juni in Honolulu, Hawaii, mit Yang Jiechi, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), zusammen, um sich zu den Beziehungen zwischen den USA und China auszutauschen. Pompeo betonte die Notwendigkeit der wechselseitigen Beziehungen zwischen den beiden Nationen, insbesondere in den Bereichen Handel, Sicherheit und Diplomatie. Vollständige Transparenz und ein guter Informationsaustausch seien zwingend, um beispielsweise die COVID-19-Pandemie zu bekämpfen und künftige Ausbrüche zu verhindern. Auf Twitter schrieb Mike Pompeo heute, dass Jiechi während des Treffens den Willen Chinas, allen Verpflichtungen unter dem *Phase-1 Deal* mit den USA nachzukommen, bekräftigte. (ch/cs)

Anhörungen zu US-Handelspolitik im Kongress

Anhörungen zur diesjährigen handelspolitischen Agenda der US-Regierung für 2020 teil. Bezüglich der Kritik der Demokraten, dass Mexiko die im USMCA definierten Arbeitsmarktreformen nicht erfolgreich umsetzen könne, zeigte sich Lighthizer zuversichtlich, dass die USA auf genügend Durchsetzungsmechanismen zugreifen kann. Er hob besonders das zwischenstaatliche Streitbeilegungssystem und den *Rapid Response Mechanism* hervor. Letzterer ermögliche eine schnellere Streitbeilegung bei Arbeitsrechtsverletzungen in Produktionsstätten. Ausschussmitglieder beider Parteien zeigten weitestgehend Unterstützung für die vom USTR initiierte *Section 301*-Untersuchung zu Digitalsteuern in mehreren Ländern. Lighthizer zeigte sich optimistisch, dass eine Lösung auf internationaler Ebene noch möglich sei, auch wenn sich die USA nicht mehr an den laufenden Gesprächen bei der OECD beteiligen wollen. Gleichzeitig drohte er Ländern mit Zöllen, die unilateral eine Digitalsteuer einführen wollen, die sich wettbewerbsverzerrend auf die USA auswirke.

Mit Blick auf ein mögliches Handelsabkommen mit der EU könne derzeit kein Fortschritt gemeldet werden. Lighthizer kritisierte die aus seiner Sicht zu strengen EU-Standards für Agrarimporte. Er nannte zudem die Option einer möglichen *Section 301*-Untersuchung auf EU-Agrarstandards, sollte die EU den Marktzugang für US-Produkte nicht verbessern. Er gehe davon aus, dass China seine Verpflichtungen unter dem *Phase 1-Deal* bis Jahresende erfüllen werde, mehr US-Produkte zu kaufen. Der Agrarhandel zwischen beiden Ländern sei wesentlich höher als allgemein hin dargestellt. (kw)

Beginn der zweiten Verhandlungsrunde zwischen USA und UK

Die USA und das Vereinigte Königreich haben diese Woche die zweite Runde zu einem möglichen Handelsabkommen per Videokonferenz begonnen. Im Vorfeld zeigte sich der britische Handelskommissar für Nordamerika, Antony Phillipson, optimistisch, dass ein umfassendes Abkommen vor den Präsidentschaftswahlen in den USA am 3. November 2020 abgeschlossen werden könne. Der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer sieht diesen Zeitrahmen jedoch als schwierig zu realisieren an.

Lighthizer bestätigte, dass beide Nationen bereits Textvorschläge ausgetauscht hätten. Aus seiner Sicht könnten einige Kapitel bereits während der zweiten Verhandlungsrunde abgeschlossen werden. Die Diskussionen um komplexere Themen könnten jedoch länger dauern, wie beispielsweise die UK-Digitalsteuer und US-Agrarexporte. Ferner müsse beobachtet werden, wie sich die Ergebnisse der Brexit-Verhandlungen auf die Handelsbeziehungen zwischen den USA und UK auswirken werden, so Lighthizer. Mehrere US-Kongressabgeordnete haben ihre Unterstützung für ein US/UK-Handelsabkommen von der Aufrechterhaltung des Karfreitagabkommens abhängig gemacht. (ch)

ExIm: Flugzeugexporte und Start-Ups

Der Vorstand der Export-Import-Bank (ExIm) hat einstimmig beschlossen, den US-Kongress über zwei potenzielle Transaktionen zu informieren. Bei der ersten würde die Bank ihr derzeit erweitertes *Supply Chain Finance Guarantee Program* nutzen, um 90 Prozent bzw. 459 Millionen US\$ für die *Credit Agricole Corporate and Investment Bank* zu garantieren. Die Transaktion unterstütze den Export von Boeing-Flugzeugtriebwerken und schätzungsweise 11.200 direkte und indirekte Arbeitsplätze in der gesamten US-Lieferkette. Die garantierte Finanzierung werde über 12 Monate zurückgezahlt. Bei der zweiten vorgeschlagenen Transaktion würde die ExIm-Bank eine Kreditgarantie in Höhe von bis zu 498 Millionen US\$ für Turkish Airlines bereitstellen, um den Export von Boeing-Verkehrsflugzeugen in die Türkei zu garantieren. Diese Transaktion würde zirka 3.000 Arbeitsplätze in den USA unterstützen. Die Bank teilte mit, die Finanzierung sei auch deswegen notwendig, um der Konkurrenz ausländischer, offiziell gesponserter Exportkreditfinanzierungen aus Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich zu begegnen.

In einer Telefonkonferenz mit der Export-Import-Bank (ExIm) haben mehr als 140 Interessenvertreter aus den Bereichen künstliche Intelligenz sowie Quanten- und

Received by NSD/TAKA Registration Unit 08/27/2020 3:51:19 PM
Hochleistungssektor. Die Bank aufgefordert, mehr in Start-Up-Unternehmen zu investieren. Insbesondere Start-Ups spielen eine wesentliche Rolle, die Wettbewerbsfähigkeit der USA gegenüber China im Hochtechnologiebereich zu stärken. Problematisch sei jedoch, dass die Programme der ExIm-Bank in der Start-Up-Szene unbekannt oder schwer verständlich seien. (cs)

Öffnung und Erholung der US-Wirtschaft mit Hindernissen

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Wie nachhaltig sich die US-Ökonomie schon im 2. Halbjahr beleben wird, hängt stark davon ab, ob sich das Coronavirus erneut ausbreitet und ob es zu einer zweiten Viruswelle kommt. Obwohl die Infektionsfälle in einigen Landesteilen weiter zunehmen, haben viele US-Bundesstaaten damit begonnen, ihre Ausgangsbeschränkungen wieder zu lockern. So dürfen Geschäfte, Fabriken und Restaurants mancherorts wieder unter Auflagen öffnen. Eine interaktive Karte der US-Handelskammer gibt einen aktuellen Überblick über die unterschiedlichen Regelungen in den Bundesstaaten. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei hier. (gtai)

Kurzmeldungen

BDI-Hauptgeschäftsführer im Gespräch mit Jackie Walorski (R-IN)

In einem von den *Former Members of Congress* (FMC) veranstalteten Webinar am Donnerstag, 18. Juni, diskutierten der BDI-Hauptgeschäftsführer Dr. Joachim Lang und die US-amerikanische Kongressabgeordnete Jackie Walorski (R-IN) die Rolle von Regierung und Industrie beim Wiederhochfahren der Wirtschaft in Deutschland und den USA. Dr. Lang und Abgeordnete Walorski berührten eine Vielzahl von Themen und bekräftigten die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen, nicht nur bei der Überwindung der Coronavirus-Pandemie. Eine Aufzeichnung des Webinars, das vom ehemaligen Abgeordneten Charlie Dent moderiert wurde, ist hier aufrufbar. (vm)

Lockerungen für Huawei

Das *Bureau of Industry and Security* (BIS) hat mitgeteilt, dass für den Austausch von US-Technologien mit Huawei und seinen 114 Tochtergesellschaften zukünftig keine Exportlizenzen mehr erforderlich sein werden, obwohl Huawei im Jahr 2019 vom BIS auf eine *entity list* gesetzt wurde. Voraussetzung ist aber, dass der Technologieaustausch nur im Rahmen internationaler Standardorganisationen im Telekommunikationssektor stattfindet.

Das BIS weist darauf hin, dass Interessenvertreter Rechtsklarheit gefordert hätten, wie eine Kollaboration zwischen US-Unternehmen und Huawei bei der Entwicklung von internationalen Standards aussehen kann. US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross sagte, dass die neue Regelung die Wettbewerbsfähigkeit der USA beim autonomen Fahren, 5G und künstlicher Intelligenz stärken werde. (kw)

USA nominieren neuen Chef für Inter-American Development Bank

Das US-Finanzministerium hat bekannt gegeben, Mauricio Claver-Carone als Nachfolger des derzeitigen Präsidenten der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IADB) Luis Alberto Moreno zu nominieren. Damit weichen die USA von der Tradition ab, dass der Präsident der Bank aus Lateinamerika kommt.

Claver-Carone, ein Fürsprecher für die Aufrechterhaltung eines harten Wirtschaftsembargos gegen Kuba, ist derzeit Direktor des Nationalen Sicherheitsrates im

Received by NSD/TAKA Registration Unit 08/27/2020 3:51:19 PM



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 25 vom 25. Juni 2020

- Diese Woche in Washington
- Erweiterte Visa-Restriktionen
- Mehr Transparenz bei PPP-Darlehen
- USTR schlägt neue Zölle im WTO-Airbus-Fall vor
- Einreiseverbote für immer mehr Herkunftsländer
- SCOTUS: Keine Anhörung zu 232-Zöllen
- DOC untersucht vietnamesische Währungspraktiken
- Vorerst keine Ausgleichszölle auf Glasimporte aus China

Diese Woche in Washington

Die Demokraten im Repräsentantenhaus haben einen umfassenden Gesetzentwurf zur Infrastruktur vorgelegt. Der 1,5 Billionen US\$ umfassende Moving Forward Act würde fast 500 Milliarden US\$ für die Verkehrsinfrastruktur bereitstellen. Gleichzeitig soll der Weg im Verkehrssektor hin zu *zero emissions* bereitet werden. Der Entwurf enthält starke *Buy America*-Bestimmungen und Arbeitsschutzmaßnahmen. Ferner soll die Energieinfrastruktur mit 70 Milliarden US\$ modernisiert und das Breitbandnetz mit insgesamt 100 Milliarden US\$ ausgebaut werden. Die Finanzierung des Pakets ist noch unklar. Der Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell (R-KY), hat bereits Widerstand geäußert, Infrastrukturerneuerungen durch Pandemie-Hilfsmaßnahmen zu finanzieren.

Peter Navarro, *Director of Trade and Manufacturing Policy* im Weißen Haus, hatte mit seinem Kommentar, dass der *Phase 1-Deal* mit China vorbei sei, für Verwirrung nicht nur an der Börse gesorgt. US-Präsident Donald Trump hat seinem Berater nun widersprochen und über Twitter bestätigt, dass das Abkommen „völlig intakt“ sei.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat am Mittwoch seine diesjährige Prognose für die Weltwirtschaft nach unten korrigiert und eine Schrumpfung von 4,9% vorausgesagt. Die Institution warnte davor, dass eine Erholung von der Pandemie länger dauern wird als zunächst angenommen. Für die Eurozone wird mit einer Kontraktion von 10,2% gerechnet. Im April sagte der IWF, die Wirtschaft der Eurozone werde um 7,5% zurückgehen. (cs)

Erweiterte Visa-Restriktionen

US-Präsident Trump hat am 22. Juni eine Proklamation erlassen, die die Ausstellung neuer H-1B-, H-2B-, L-1- und bestimmter J-1-Visa aussetzt. Personen, die sich mit einem dieser Visa derzeit in den USA aufhalten, z.B. Akademiker in der J-Kategorie, sind hiervon nicht betroffen. Die Proklamation erweitert die bereits am 22. April erlassene Durchführungsverordnung, die Green Card-Antragstellungen für Inhaber bestimmter Visa verweigert. Von der jüngsten Proklamation sind insbesondere Unternehmen aus dem Technologie-, Gartenbau und dem forstwirtschaftlichen Sektor betroffen. Sie läuft bis zum 31. Dezember 2020 und kann gegebenenfalls verlängert werden, sollte die Regierung dies

Unternehmen und Industrieverbände haben die Maßnahme stark kritisiert. Tom Donohue, Präsident der *US Chamber of Commerce*, warnte davor, dass Veränderungen des Einwanderungssystems ausländische Investitionen in die USA verhinderten und somit wirtschaftliche Aktivitäten im Ausland förderten. Sie schwächten Wachstum und reduzierten Arbeitsplätze. Laut Jason Oxman, Präsident des *Information Technology Industry Council* (ITI), sei die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte für die Stärkung des US-Arbeitsmarktes, der Wirtschaft und für die Förderung von Innovationen unerlässlich. Das Weiße Haus argumentiert hingegen, dass die neuen Beschränkungen ausländische Arbeitnehmer daran hindern werden, 525.000 für US-Amerikaner bestimmte Jobs zu besetzen. Dies sei insbesondere wichtig, um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern. (cs)

Mehr Transparenz bei PPP-Darlehen

Das US-Finanzministerium und die Small Business Administration (SBA) haben am 19. Juni [angekündigt](#), Details über Darlehen, die im Rahmen des *Paycheck Protection Programs* (PPP) vergeben wurden, offenzulegen. Demnach wird die SBA Informationen über Kreditnehmer, wie etwa Firmennamen, Adressen, Branchentyp, Klassifizierungsnummern, sowie die Anzahl von unterstützten Arbeitsplätzen veröffentlichen. Diese Daten sollen nur für Darlehensbeträge ab 150.000 US\$ publiziert werden. Für PPP-Kredite unter dieser Grenze sollen aggregierte Informationen nach Postleitzahl zur Verfügung gestellt werden.

Den Demokraten im *Ways & Means*-Ausschuss des Repräsentantenhauses gehen die angekündigten Transparenzmaßnahmen nicht weit genug. In einem [Statement](#) betonten sie, dass sich das Finanzministerium und die SBA nur auf ein Mindestmaß an Transparenz geeinigt hätten. Angesichts der Tatsache, dass 85% der vergebenen Darlehen Beträge unter 150.000 US\$ umfassten, fordern sie die Regierung auf, die Namen aller Kreditnehmer, die Höhe der einzelnen Kredite, sowie die Angaben aller Antragsteller, inklusive jener, die keine PPP-Darlehen erhalten haben, zu veröffentlichen. Unternehmen können sich noch bis zum 30. Juni 2020 um PPP-Hilfskredite bewerben. (vm)

USTR schlägt neue Zölle im WTO-Airbus-Fall vor

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) könnte die Zölle auf Einfuhren aus der EU und dem Vereinigten Königreich aktualisieren, die ursprünglich im vergangenen Oktober im Rahmen des langjährigen WTO-Rechtsstreits um Subventionen für Airbus eingeführt wurden. Nun erwägt der USTR eine Erhöhung der bestehenden Zölle auf bis zu 100%. Der USTR könnte auch neue Produkte zur Liste hinzufügen. Hierzu könnte der USTR aus einer bereits veröffentlichten Liste von Produkten auswählen. Ferner hat der US-Handelsbeauftragte eine neue Liste im Wert von 3,1 Milliarden US\$ erstellt, die sich hauptsächlich auf Produkte aus Frankreich, Deutschland, Spanien und dem Vereinigten Königreich konzentrieren, wie beispielsweise Oliven, Schokolade, Kaffee, Brot, Gebäck, Kuchen, Kekse, Wodka, Gin, Bier und Kartoffeln. Interessenten können bis zum 26. Juli schriftliche Kommentare über ein Online-Portal einreichen. Weitere Details sind [hier](#) abrufbar.

Als Reaktion auf die angekündigten möglichen Zollerhöhungen betonte die EU, dass dieser Ansatz Unsicherheit für Unternehmen schaffe und unnötigen wirtschaftlichen Schaden auf beiden Seiten des Atlantiks verursachen werde. Der *Distilled Spirits Council of the United States* (DISCUS) [sprach](#) sich gegen zusätzliche Zölle auf Spirituosen aus, da diese die transatlantischen Handelsspannungen eskalieren und US-Unternehmen und US-amerikanische Arbeitsplätze weiter gefährdeten. Seit Oktober 2019 seien die US-Importe von Whiskey und anderen Spirituosen aus Europa erheblich zurückgegangen, so DISCUS. (ch)

Einreiseverbote für immer mehr Herkunftsländer

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Anfang Februar 2020 veranlassten die Vereinigten Staaten die ersten Einreisestopps. Zunächst durften keine Ausländer einreisen, die sich bis zu 14 Tage vorher in China befunden hatten. Anschließend wurde diese Regel auf Personen ausgeweitet, die sich in Iran, Großbritannien, Irland oder im Schengen-Raum aufhalten. Am 26. Mai 2020 wurde auch Brasilien auf die Länderliste mit Einreisebeschränkungen gesetzt. Den amtlichen Verlautbarungen zufolge beruhen diese Festlegungen einzig und allein auf den aktuellen Infektionszahlen in diesen Ländern oder Ländergruppen.

Wirtschaftsvertreter, abgesehen von Personen im Gesundheits-/Medizinsektor, werden bislang von keinem der in den Präsidialerklärungen zu den Einreisebegrenzungen erwähnten Ausnahmetatbeständen explizit erfasst. Das behindert insbesondere Geschäftsaktivitäten deutscher Unternehmen, die nicht online erledigt werden können: zum Beispiel Wartungsarbeiten oder die Inbetriebnahme von Maschinen. Projekte werden dadurch teurer und verzögern sich. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

Kurzmeldungen

SCOTUS: Keine Anhörung zu 232-Zöllen

Nachdem die Trump-Administration Zölle auf Stahlimporte eingeführt hatte, reichte das *American Institute for International Steel* (AIIS) eine Klage ein, um die Verfassungsmäßigkeit von Section 232 des *Trade Expansion Act* von 1962 zu prüfen. Laut US-Verfassung gehört der internationale Handel zur Kompetenz der Legislative, aber der US-Kongress hat einige Befugnisse an den Präsidenten delegiert. AIIS stellte die Verfassungsmäßigkeit des Section 232-Gesetzes in Frage, weil die gewährten Befugnisse unbegrenzt seien. Jedoch hatten die Vorinstanzen zugunsten der Trump-Administration geurteilt. Diese Woche lehnte der Oberste Gerichtshof der USA den Revisionsantrag ab. Somit könnten die bestehenden Zölle in Kraft bleiben. US-Stahlproduzenten wie das *American Iron and Steel Institute* begrüßten die Entscheidung. (ch)

DOC untersucht vietnamesische Währungspraktiken

Das US-Wirtschaftsministerium (DOC) hat *Antidumping- und Countervailing Duty*-Untersuchungen (AD/CVD) auf Reifenimporte [angekündigt](#). Im Fokus stehen Korea, Taiwan, Thailand und Vietnam, deren Reifenexporte in die USA zusammengekommen ca. 4 Milliarden US\$ umfassen. Unter anderem soll für Vietnam überprüft werden, ob die vermeintlich unterbewertete Währung des Landes eine Subvention darstellt. Im Februar hatte das Ministerium festgelegt, unterbewertete Währungen als Untersuchungsgrund für Subventionen zu nutzen. Am 17. Juli wird die *U.S. International Trade Commission* über das Vorgehen der Fälle abstimmen. Die neuen Untersuchungen wurden auf Antrag der *United Steel Workers* und des Gewerkschaftsverbands *American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations* (AFL-CIO) initiiert. (kw)

Vorerst keine Ausgleichszölle auf Glasimporte aus China

Die *U.S. International Trade Commission* (USITC) hat einen Antrag der *American Glass Packaging Coalition* auf Ausgleichszölle für Importe von Weinflaschen und anderen Glasbehältern aus China einstimmig [abgelehnt](#). Das US-Wirtschaftsministerium (DOC) hatte im Mai [argumentiert](#), dass chinesische Glasbehälterhersteller und -exporteure illegale Subventionssätze zwischen 25% und 321% erhielten. Die USITC begründete ihre Entscheidung mit der Angabe, dass der Antrag nicht genügend Hintergrundinformationen



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 26 vom 2. Juli 2020

- Diese Woche in Washington
- USMCA tritt offiziell in Kraft
- Mnuchin und Powell im Kongress zu Corona-Maßnahmen und Wirtschaftslage
- Demokraten im Repräsentantenhaus legen Klimaplan vor
- Covid-19: Auswirkungen auf ausgewählte Branchen
- DOC hebt US-Exportprivilegien für Hongkong auf
- Struktur des CFPB verfassungswidrig
- Abhängigkeit von ausländischer Pharmaindustrie?

Diese Woche in Washington

Zum Monatswechsel hat die US-Regierung neue Wirtschaftsdaten veröffentlicht. Das US-Arbeitsministerium [informierte](#), dass vor dem Hintergrund einer sich erholenden Wirtschaft die monatliche US-Arbeitslosenquote von 13,3% im Mai auf 11,1% im Juni gesunken ist. Es konnten zusätzliche 4,8 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, vor allem in der Gastronomie und im Freizeitgewerbe, aber auch im Einzelhandel und im verarbeitenden Gewerbe. Während die vorübergehende Arbeitslosigkeit sinkt, steigen die dauerhaften Arbeitsplatzverluste allerdings weiter an. Letztere verzeichnen einen Anstieg von 588,000 auf 2,9 Millionen im Vergleich zum Vormonat.

Das US-Handelsministerium [berichtete](#) währenddessen, dass ausländische Direktinvestitionen in die USA im Jahr 2019 um 37,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken sind. Die Ausgaben ausländischer Investoren beliefen sich auf insgesamt 194,7 Milliarden US\$ verglichen mit 312,5 Milliarden US\$ im Jahr 2018. Deutschland steht mit 21,6 Milliarden US\$ an dritter Stelle hinter dem Vereinigten Königreich (40,4 Milliarden US\$) und Kanada (35,7 Milliarden US\$). Nach Regionen betrachtet, trug Europa 2019 mehr als die Hälfte der Neuinvestitionen bei.

Das *Paycheck Protection Program* (PPP) wurde diese Woche einstimmig von beiden Kammern im US-Kongress verlängert, kurz bevor es am Dienstagabend mit einem Restbetrag von mehr als 130 Milliarden US\$ beendet werden sollte. Kleine und mittelständische Betriebe können sich so noch bis zum 8. August 2020 auf PPP-Hilfskredite bewerben.

Im Zusammenhang mit Chinas Verabschiedung des Sicherheitsgesetzes für Hongkong, hat das US-Außenministerium zusammen mit drei anderen US-Ministerien ein Business Advisory [veröffentlicht](#), in dem die US-Regierung Unternehmen, die im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang operieren, zu erhöhten *Due Diligence*-Maßnahmen in ihren Lieferketten aufruft. (vm)

USMCA tritt offiziell in Kraft

NAFTA wurde am 1. Juli 2020 offiziell durch das USMCA ersetzt. Laut der US-Zoll und Grenzschutzbehörde (CBP) [regelt](#) die NAFTA-Regeln weiterhin für Waren, die am oder

Received by NSD/TARA Registration Unit 08/27/2020 3:51:19 PM
vor dem 30. Juni 2020 in den Handelsverkehr gebracht wurden. Bis Ende dieses Jahres will die CBP Compliance-Bemühungen unterstützen und Zurückhaltung bei bestimmten Durchsetzungsfällen üben. Dies soll den Übergang von NAFTA zu USMCA unterstützen.

In einem [Meinungsbeitrag](#) bezeichnete der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer das USMCA als Vorbild für alle zukünftigen Handelsabkommen. Ihm zufolge werde das USMCA mehr Arbeitsplätze, einen stärkeren Schutz der Arbeitnehmer, einen erweiterten Marktzugang und mehr Handelsmöglichkeiten für Unternehmen jeder Größenordnung schaffen. Die Überprüfungs- und Terminierungsklauseln würden sicherstellen, dass sich die USA nie wieder in einem veralteten und unausgewogenen Handelsabkommen befinden.

Einige Demokraten lobten das Inkrafttreten des USMCA, [forderten](#) aber gleichzeitig eine strenge Durchsetzung des Handelsabkommens, insbesondere in Bezug auf Arbeits- und Umweltschutzvorschriften. Der Vorsitzende des *Ways and Means*-Ausschusses im Repräsentantenhaus, Richard Neal (D-MA), äußerte sich besorgt darüber, dass Mexiko die Verpflichtungen der jüngsten Arbeitsreform nicht ausreichend erfülle. (ch)

Mnuchin und Powell im Kongress zu Corona-Maßnahmen und Wirtschaftslage

In der ersten vierteljährlichen Anhörung im Finanzausschuss des Repräsentantenhauses zur Umsetzung des CARES-Gesetzes haben US-Finanzminister Steve Mnuchin und der Vorsitzende der US-Notenbank Jerome Powell am 30. Juni über die Rettungsmaßnahmen des 2,2 Billionen US\$ schweren Corona-Hilfspakets berichtet und die Lage der US-Wirtschaft bewertet. In seinem [Eröffnungsstatement](#) betonte der Finanzminister, dass sich die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte „erheblich verbessern“ werde, nachdem u.a. im Mai 2,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden seien und knapp 80% der kleineren Betriebe im Land teilweise wieder geöffnet hätten. Bestimmte Branchen, wie etwa das Baugewerbe, würden sich schnell erholen, während andere, wie der Einzelhandel und der Reiseverkehr, mit längerfristigen Auswirkungen konfrontiert seien und zusätzliche Unterstützung erforderten. Die US-Regierung werde im Juli zusammen mit dem Kongress über weitere Hilfsmaßnahmen verhandeln.

Notenbankchef Jerome Powell [äußerte](#) sich vorsichtiger. Zwar würde die eingehende Datenlage eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität widerspiegeln, allerdings blieben Beschäftigungs- und Produktionszahlen weit unter dem vor der Pandemie erreichten Niveau. Eine vollständige Erholung sei von weiteren politischen Unterstützungsmaßnahmen abhängig und könne nur unter gänzlicher Kontrolle des Coronavirus erreicht werden. Die Fed setze weiterhin Programme um, die den direkten Kreditfluss an Haushalte, Unternehmen sowie Bundesstaaten und Kommunen sicherstelle. (vm)

Demokraten im Repräsentantenhaus legen Klimaplan vor

Die Demokraten im *House Select Committee on the Climate Crisis* legten am Dienstag (30.06.) mit Unterstützung der Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (D-CA) einen umfassenden, aber nicht bindenden, [Klimaplan](#) vor, der darauf abzielt, eine emissionsfreie US-Wirtschaft bis 2050 zu erreichen.

Der 538-seitige Bericht schlägt dem Kongress verschiedene Empfehlungen auf Basis von zwölf zentralen Klimazielen vor. Unter anderem soll der Stromsektor durch ein modernisiertes Stromnetz und Förderung erneuerbarer Energien bis 2040 emissionsfrei gestaltet werden. Im Verkehrssektor soll die US-Umweltschutzbehörde (EPA) Regulierungen zu Fahrzeugemissionen unter dem *Clean Air Act* verschärfen, damit alle neu produzierten PKW und leichten Nutzfahrzeuge im US-Automarkt bis 2035 emissionsfrei sind. Der Bericht empfiehlt dem Kongress zudem eine CO₂-Preisgestaltung, die energieintensive Branchen vor ausländischem Wettbewerb schützt. CO₂-Preiseinnahmen könnten beispielsweise US-Gemeinden zugeteilt werden, die starker Umweltverschmutzung ausgesetzt seien. Zudem soll nach den Vorschlägen der

Demokraten das US-Arbeitsrecht gestärkt werden. 08/2 Angestellte das Recht auf Gewerkschaftsgründung zu sichern. Energieprojekte mit Unterstützung auf Bundesebene sollten sich an *Buy-American*-Vorschriften halten. Es wird auch vorgeschlagen, mindestens 30% des Landes unter Naturschutz zu stellen.

Die Republikaner im Ausschuss zeigten sich enttäuscht, dass sie für die Erstellung des Klimaplanes nicht von den Demokraten konsultiert worden seien. Das *American Council on Renewable Energy* begrüßte den Bericht hingegen, insbesondere da er erneuerbare Energien als Mittel zur Entkarbonisierung im Stromsektor fördere. (kw)

Covid-19: Auswirkungen auf ausgewählte Branchen

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Kaum eine US-Branche profitiert von der Coronakrise. Stark betroffen sind das Verarbeitungsgewerbe, der Handel und andere Dienstleistungen, die vom direkten Kundenkontakt leben. Viele Menschen haben in den letzten Monaten deutlich mehr Waren im Internet bestellt als vor Ausbruch der Coronakrise, vor allem beim Onlineversandhändler Amazon. Auch wenn „Social Distancing“ nur eine vorübergehende Erscheinung sein wird, könnte die Verlagerung zum Onlineshopping anhalten. Für stationäre Einzelhändler ist diese Entwicklung katastrophal: Sie schließen Geschäfte und entlassen Mitarbeiter, da der traditionelle Einkauf zum Erliegen kommt.

Mit dem gewachsenen Risiko einer Rezession wurden Investitionen verschoben. Ferner sind mit der Ausbreitung des Coronavirus die Verbraucher- und Exportnachfrage eingeknickt. Internationale Lieferketten wurden unterbrochen, Firmen stehen vor großen Finanzierungsproblemen. Diese Faktoren belasten Unternehmen des US-Verarbeitungsgewerbes mit globalen Wertschöpfungsketten noch stärker als den Handelssektor.

Den vollständigen Bericht finden Sie [hier](#). (gtai)

Kurzmeldungen

DOC hebt US-Exportprivilegien für Hongkong auf

Als Reaktion auf das Inkrafttreten des von China verabschiedeten Sicherheitsgesetzes in Hongkong hat das US-Handelsministerium (DOC) mit Wirkung zum 30. Juni für gewisse US-Güter Ausnahmegenehmigungen für den Export nach Hongkong ausgesetzt. So wolle das DOC vermeiden, dass die chinesische Regierung sensible US-Technologien erhalte. Bestimmte US-Exporte nach Hongkong unterliegen nun den gleichen Ausfuhrvorschriften wie für das chinesische Festland. Weitere Maßnahmen zur Beseitigung der differenzierten Behandlung zwischen Hongkong und China würden ebenfalls geprüft. Das US-Außenministerium hat ebenfalls angekündigt, dass die USA die Ausfuhr von Verteidigungs- und *Dual-Use*-Technologie nach Hongkong beenden werde. (kw)

Struktur des CFPB verfassungswidrig

Der Oberste Gerichtshof der USA hat am Montag (29.06.) mit 5 zu 4 Stimmen entschieden, dass die Struktur des *Consumer Financial Protection Bureau* (CFPB) verfassungswidrig ist. Die Struktur der Behörde verstoße gegen das Prinzip der Gewaltenteilung, heißt es in der Urteilsbegründung. Die Behörde dürfe zwar weiterhin ihrer Aufgabe nachkommen, dem US-Präsidenten müsse es aber zustehen, den Behördenchef jederzeit ablösen zu können. Mit 7 zu 2 Stimmen entschied das Gericht auch, dass das Urteil den *Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act* in seiner Gesamtheit nicht ungültig macht.

Abhängigkeit von ausländischer Pharmaindustrie?

Die US-Senatoren Marco Rubio (R-FL) und Elizabeth Warren (D-MA) haben einen gemeinsamen Gesetzentwurf eingebracht, der die *Federal Trade Commission* (FTC) und das *Committee on Foreign Investment in the United States* (CFIUS) anweisen würde, eine Studie zum Pharmasektor zu erstellen. Ziel soll sein, ein besseres Verständnis zu entwickeln, wie stark die USA von ausländischen Pharmaunternehmen abhängig sind und wie sich ausländische Direktinvestitionen auf die US-Pharmaindustrie auswirken. (cs)



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Viola Meyerweissflog

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 27 vom 9. Juli 2020

- Diese Woche in Washington
- Main Street Lending-Programm ab sofort funktionsfähig
- US-Unternehmensverbände äußern sich zu Phase-1-Abkommen
- USA und Mexiko feiern das Inkrafttreten des USMCA
- Coronakrise löst Run auf verpackte Lebensmittel aus
- Zehn US-Fluggesellschaften beantragen staatliche Unterstützung
- Verhandlungen über US-kenianisches Handelsabkommen beginnen
- US-Gerichte stoppen Atlantic Coast- und Dakota Access-Pipelines

Diese Woche in Washington

Während der US-Senat diese Woche nicht in Washington ist, geht im US-Repräsentantenhaus die Arbeit an den Mittelbewilligungsgesetzen für den Haushalt 2021 weiter. Insgesamt sollen 1,298 Billionen US\$ zur Verfügung gestellt werden. Derzeit sind die zwölf Unterausschüsse des Haushaltsausschusses damit beschäftigt, die Mittel ihren Themen entsprechend zu [verteilen](#). In einem Brief an den Haushaltsausschuss drängte die *US Chamber of Commerce* u.a. auf die vollständige Finanzierung der *U.S. Export-Import Bank* (Ex-Im), der *U.S. International Development Finance Corporation* (DFC), sowie der *U.S. Trade and Development Agency* (USTDA).

Am 9. Juli stellte der voraussichtliche Präsidentschaftskandidat der US-Demokraten Joe Biden das Maßnahmenpaket [Build Back Better](#) zum Wiederaufbau der US-Wirtschaft vor. Die Maßnahmen haben einen starken [Buy American](#)-Fokus, der eine Finanzspritze von 400 Milliarden US\$ in Beschaffungsinvestitionen vorsieht, um die Nachfrage nach amerikanischen Produkten, Materialien und Dienstleistungen zu stärken. Auch sollen 300 Milliarden US\$ in Forschung und Entwicklung fließen. Inländische Produktionskapazitäten sollen zudem wieder aufgebaut, Lieferketten lokalisiert und staatliche Kapazitäten besser genutzt werden, um fünf Millionen Arbeitsplätze im Innovationsbereich und im verarbeitenden Gewerbe zu schaffen.

Vor dem Hintergrund steigender Corona-Fallzahlen in den USA hat US-Vizepräsident Mike Pence bei einer [Pressekonferenz](#) der *Coronavirus Task Force* am Mittwoch bekannt gegeben, dass die US-Bundesregierung medizinisches Militärpersonal im aktiven Dienst in die Regionen des *Sun Belt* schickt, um Ärzte und Pflegepersonal in Bundesstaaten wie Arizona, Texas und Kalifornien zu unterstützen. (vm)

Main Street Lending-Programm ab sofort funktionsfähig

Die *Federal Reserve Bank of Boston* gab am 6. Juli bekannt, dass das *Main Street Lending*-Programm nun voll funktionsfähig ist. Banken können ab sofort förderfähige Kredite bei der Fed einreichen. Indem die Fed 95% des von einer Bank vergebenen Kredits aufkauft, soll das Programm helfen, von der Pandemie betroffene Unternehmen einfacher mit Geld zu versorgen. Die Darlehen können nicht zur Tilgung bestehender Schulden des Kreditnehmers verwendet werden. Insgesamt stehen der Fed 100 Milliarden

US\$ zur Verfügung um Kredite aufzukaufen. Die *Federal Reserve Bank of Boston* kündigte außerdem ihre Absicht an, in den kommenden Tagen eine nach Bundesstaaten gegliederte Liste der Kreditgeber zu veröffentlichen. Weitere Informationen sind [hier](#) erhältlich.

Unterdessen hat Raphael Bostic, Präsident der *Federal Reserve Bank of Atlanta* davor gewarnt, dass der jüngste Anstieg der Covid-19-Fälle in mehreren südlichen und westlichen Bundesstaaten den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes zum Stillstand bringen könnte. Verschiedene Daten zeigten bereits eine Abflachung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Bostic erwartet, dass die wirtschaftliche Erholung weitaus holpriger ausfallen wird als zunächst angenommen. (cs)

US-Unternehmensverbände äußern sich zu Phase-1-Abkommen

In einem [gemeinsamen Brief](#) vom 6. Juli haben 40 US-Unternehmensverbände die Regierungen der USA und China aufgefordert, das *Phase-1*-Abkommen erfolgreich umzusetzen. Die Verbände fordern beide Länder dazu auf, ihren Beitrag zu leisten, damit China seinen Abnahmeverpflichtungen nachkommen könne. Auch sollten bei Abnahmen im Energiebereich Flexibilität und langfristige Verträge priorisiert werden. China solle zudem weiterhin Zollaussnahmen für US-Energieimporte erlassen. Der Erfolg des Abkommens sei für die zukünftigen Verhandlungen von *Phase-2* entscheidend. Der Brief unterstreicht die bereits erfolgten positiven Schritte beider Regierungen. Die Empfehlungen für die weitere Vorgehensweise beinhaltet u.a. den Schutz geistigen Eigentums und die Verhinderung von erzwungenem Technologietransfer in China.

Der Vorsitzende der *US-China Working Group* im Repräsentantenhaus, Rick Larsen (D-WA), [bezweifelte](#), dass China die Abnahmeverpflichtungen unter *Phase-1* bis Jahresende erfüllen kann. Trotzdem sollten die USA und China an dem Abkommen festhalten. Er kritisierte zudem, dass die USA nicht ambitioniert genug strukturelle Reformen von China eingefordert hätten. Internationale Kooperation sei notwendig, um Strukturveränderungen in China herbeizuführen. Der Wirtschaftsberater im Weißen Haus Peter Navarro hat unterdessen angekündigt, dass die Administration in den kommenden Wochen gegen China gerichtete Maßnahmen plane. Das *Phase-1*-Abkommen bleibe hiervon unberührt. Navarro zeigte sich optimistisch, dass China den Abnahmeverpflichtungen bis Jahresende nachkommen wird. (kw)

USA und Mexiko feiern das Inkrafttreten des USMCA

Anlässlich des Inkrafttretens des USMCA empfing US-Präsident Donald Trump den mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador am 8. Juli im Weißen Haus. Während der Unterzeichnungszeremonie für eine [gemeinsame Erklärung](#) betonten beide Präsidenten ihre persönliche Freundschaft und hoben die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen den USA und Mexiko hervor. Jeden Tag überquert Handel im Wert von 1,6 Milliarden US\$ die US-mexikanische Grenze und im vergangenen Jahr wurde Mexiko zum ersten Mal der größte Handelspartner in Gütern der USA. López Obrador beanstandete in seiner Ansprache aber auch das Handelsdefizit der nordamerikanischen Region von 611 Milliarden US\$ mit dem Rest der Welt. Aus seiner Sicht könne das USMCA das Defizit durch weitere wirtschaftliche Integration und die Förderung regionaler Produktion reduzieren. Gleichzeitig führte Trump den Verlust von Arbeitsplätzen und niedrigere Löhne auf das NAFTA zurück. Ihm zufolge werde USMCA als das "fortschrittlichste Handelsabkommen aller Zeiten" den nordamerikanischen Arbeitnehmern Wohlstand bringen.

In den USA leben ca. 36,6 Millionen Menschen mexikanischer Herkunft, was die besondere Bedeutung von López Obradors erster Auslandsreise seit seinem Amtsantritt im Dezember 2018 unterstreicht. Sein Besuch war jedoch umstritten. In einem [Meinungsbeitrag](#) erinnerte der Kongressabgeordnete Jesús „Chuy“ García (D-IL), selbst ein Einwanderer aus Mexiko, an die scharfe Rhetorik des US-Präsidenten gegen Mexiko sowie die Grenzsicherheit und Einwanderungspolitik der US-Administration. (ch)

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Covid-19 und die damit einhergehende Wirtschaftskrise hat die US-Nahrungsmittelindustrie erschüttert, insbesondere den Fleischsektor. Lieferketten und Preise geraten unter Druck.

Ende Mai 2020 rechneten Beobachter in den USA mit einem Verbrauchsrückgang bei rotem Fleisch und Geflügel im Gesamtjahr von etwa 3 %. Bereits wenige Wochen nach Ausbruch der Krise sind die Marktpreise für Schweine um rund die Hälfte eingebrochen. Da einige Zuchtbetriebe, vor allem Schweinezüchter, kurz vor der Insolvenz stehen, könnten direkte Wettbewerber oder auch Fleischverarbeiter versuchen, sie zu übernehmen. Den vollständigen Bericht finden Sie [hier](#). (gtai)

Kurzmeldungen

Zehn US-Fluggesellschaften beantragen staatliche Unterstützung

Das US-Finanzministerium gab am 7. Juli [bekannt](#), dass zehn US-Fluggesellschaften Absichtserklärungen unterzeichnet haben, um staatliche Kredite aus dem 2 Billionen US\$ schweren CARES-Konjunkturpaket zu erhalten. Konkrete Darlehensbeträge wurden zunächst nicht genannt. US-Finanzminister Steven Mnuchin kündigte an, dass diese Details 72 Stunden nach Inkrafttreten der endgültigen Vereinbarungen verfügbar sein werden. Gemäß Titel IV des CARES-Gesetzes ist das Finanzministerium befugt, förderungswürdigen Unternehmen im Zusammenhang mit Verlusten infolge der Coronavirus-Pandemie Darlehen zu gewähren. Insgesamt stehen für die Fluggesellschaften bis zu 25 Milliarden US\$ unter dem CARES-Gesetz zur Verfügung. (cs)

Verhandlungen über US-kenianisches Handelsabkommen beginnen

Die USA und Kenia haben am 8. Juli offiziell Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen aufgenommen. In einer Pressemitteilung [betonte](#) der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer, dass die beiden Länder ein umfassendes Abkommen mit hohen Standards anstrebten, das als Vorbild für weitere Abkommen in Afrika dienen könnte. Laut Lighthizer würde ein US-kenianisches Abkommen die regionalen Integrationsbemühungen innerhalb der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) sowie die kontinentale Freihandelszone in Afrika ergänzen. Das angestrebte Abkommen wäre das erste zwischen der USA und einem afrikanischen Land südlich der Sahara. Der Verhandlungsstart wurde von der *US Chamber of Commerce* [begrüßt](#). (vm)

US-Gerichte stoppen Atlantic Coast- und Dakota Access-Pipelines

Die US-Versorgungsunternehmen *Dominion Energy* und *Duke Energy* kündigten am 5. Juli an, die Atlantic Coast-Erdgaspipeline [aufzugeben](#). Die jüngste Entscheidung des US-Bezirksgerichts in Montana, Bundesgenehmigungen für Pipeline-Projekte in Wasser- und Feuchtgebieten zurückzunehmen, stelle erhebliche rechtliche Herausforderungen für das Projekt dar und bedrohe die wirtschaftliche Tragfähigkeit. Die 1000-Kilometer lange Pipeline sollte Virginia und North Carolina bedienen. Das *National Resources Defense Council* [begrüßte](#) die Entwicklung als Chance, in erneuerbare Energien zu investieren.

In einem weiteren Fall hob das Bundesbezirksgericht des *District of Columbia* eine wichtige Bundeserlaubnis auf, die den Betrieb der *Dakota Access*-Erdölpipeline ermöglichte. Laut dem [Urteil](#) muss die Pipeline nun vorerst abgeschaltet werden. (kw)



Audi



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Viola Meyerweissflog

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 28 vom 16. Juli 2020

- Diese Woche in Washington
- USTR droht Frankreich mit Strafzöllen
- Transatlantische Zusammenarbeit während der Pandemie
- Neue Maßnahmen gegen China und Hongkong
- Covid-19 gibt der Telemedizin in den USA mächtig Auftrieb
- Unternehmen für DACA-Beibehaltung
- EPA hält an Luftqualitätsstandards von 2015 fest
- Studie: Familienunternehmen in Deutschland und den USA seit der Industrialisierung

Diese Woche in Washington

US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross äußerte sich enttäuscht zu der Entscheidung des Europäischen Gerichtshof, das *EU-US Privacy Shield* als ungültig zu erklären. Sein Ministerium befasste sich derzeit eingehend mit der Entscheidung, um ihre praktischen Auswirkungen vollständig zu verstehen. Man werde in engem Kontakt mit den europäischen Kollegen bleiben, um die negativen Folgen für die 7,1 Billionen US\$ Dollar schweren transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen zu begrenzen. Insbesondere jetzt, in der wirtschaftlichen Erholungsphase am Ende der Covid-19-Pandemie, sei es von entscheidender Bedeutung, dass Unternehmen - einschließlich der mehr als 5.300 derzeitigen *Privacy Shield*-Teilnehmer - in der Lage sind, Daten ohne Unterbrechung sicher übertragen zu können.

In einem Brief an das *Appropriations Subcommittee on Commerce, Justice and Science* im US-Repräsentantenhaus fordert die *International Trade Commission* (ITC) eine Aufstockung ihrer Mittel um 2,75 Millionen US\$, um das Abkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada (USMCA) ordnungsgemäß umsetzen zu können. Derzeit bänden die laufenden Antidumping- und Ausgleichszolluntersuchungen zu viele Ressourcen. Unterdessen bleiben die Grenzen zu Mexiko und Kanada aufgrund der steigenden Infektionszahlen im nordamerikanischen Raum bis mindestens Ende August mit wenigen Ausnahmen für den Personenverkehr weiter geschlossen.

Gemeinsam mit Unternehmen der Privatwirtschaft hat das Weiße Haus arbeitssuchende US-Amerikaner dazu aufgerufen, neue Jobs zu finden. Auf www.FindSomethingNew.org werden unterschiedlichste Bildungs- und Ausbildungsprogramme vorgestellt, einschließlich Online- und virtuellen Lernplattformen. Ivanka Trump, Senior Advisor im Weißen Haus, ist federführend für die Kampagne zuständig. Die durch die Covid-19-Pandemie arbeitslos gewordenen 18 Millionen Amerikaner sollen so baldmöglichst wieder in ein Arbeitsverhältnis eintreten. (cs)

USTR droht Frankreich mit Strafzöllen

Als Vergeltungsmaßnahme auf die französische Digitalsteuer (DST) hat der US-Handelsbeauftragte (USTR) Strafzölle von 25% auf französische Einfuhren angekündigt.

französischer Produkte wie Handtaschen, Seife und Kosmetika. Die US-Administration werde die Zölle zunächst für 180 Tage (bis zum 6. Januar 2021) aussetzen. Die USA werden den Fortschritt der bilateralen und multilateralen Gespräche auf OECD-Ebene beobachten und könnten dementsprechend jederzeit Änderungen vornehmen, heißt es seitens des USTR.

Im US-Senat haben Chuck Grassley (R-IA) und Ron Wyden (D-OR), die führenden republikanischen und demokratischen Mitglieder des Finanzausschusses, eingeräumt, dass Strafzölle normalerweise nicht ideal seien. Die Entscheidung der französischen Regierung, einseitig mit der Einführung der aus ihrer Sicht wettbewerbsverzerrenden und diskriminierenden DST fortzufahren, lasse der US-Regierung jedoch keine andere Wahl. US-Interessensvertreter wie die *US Chamber of Commerce* und der Techverband ITI bekräftigten ihre Kritik an der französischen DST und drängen auf eine multilaterale Lösung. (ch)

Transatlantische Zusammenarbeit während der Pandemie

Der Unterausschuss für Europa, Eurasien, Energie und Umwelt im Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses hat eine Anhörung über die besondere Bedeutung der transatlantischen Zusammenarbeit während der Covid-19-Pandemie [einberufen](#). Sowohl Republikaner als auch Demokraten bezeichneten das transatlantische Verhältnis als das wichtigste der Welt. Laut der Präsidentin des *German Marshall Fund of the United States*, Karen Donfried, hätte die Pandemie gezeigt, wie sich die transatlantischen Beziehungen nach jahrelangen Meinungsverschiedenheiten über Verteidigungsausgaben, Handel, Technologie und andere Themen verschlechtert hätten.

Der führende Republikaner im Unterausschuss, Adam Kinzinger (R-IL), unterstrich, dass eine engere transatlantische Zusammenarbeit entscheidend sei, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu überwinden und gleichzeitig gegen China vorzugehen. Die USA hätten das Risiko zentralisierter Lieferketten in China erfahren. Dies habe die Notwendigkeit verdeutlicht, Lieferketten zu diversifizieren. Jedoch könnten nicht alle Lieferketten in die USA zurückgebracht werden. Deswegen sollten die USA gemeinsam mit Verbündeten arbeiten, um Anreize innerhalb der westlichen Hemisphäre und in Europa zu schaffen.

Ferner erläuterte der frühere US-Handelsbeauftragte (USTR) und derzeitige Vertreter von Mastercard, Michael Froman, die gemeinsamen handelspolitischen Ziele gegenüber China. Die USA und Europa sollten einheitliche und durchsetzbare Regeln fördern, die sich mit erzwungenen Technologietransfers, staatlichen Unternehmen und Subventionen, Schutz des geistigen Eigentums und fairem Marktzugang befassen. (ch)

Neue Maßnahmen gegen China und Hongkong

Die USA haben den rechtlichen Status zur Sonderbehandlung Hongkongs per Executive Order des Präsidenten [aufgehoben](#). Unter anderem sollen damit Visa- und Reiseprivilegien für die Bürger Hongkongs sowie Lizenzausnahmen für den Export gewisser US-Güter abgeschafft werden. Gleichzeitig soll die Obergrenze für Asylbewerber aus Hongkong erhöht werden. Entitäten, die für die Umsetzung des chinesischen Sicherheitsgesetzes in Hongkong verantwortlich sind, werden sanktioniert und ihre Besitzstände in den USA eingefroren. Die Verordnung weist die US-Regierungsbehörden an, dem Präsidenten weitere Schritte zu empfehlen, Hongkong nicht mehr gesondert von China zu behandeln. Präsident Trump hat zudem den [Hong Kong Autonomy Act of 2020](#) unterschrieben, der ihn ermächtigt, Sanktionen gegen Entitäten zu verhängen, die Hongkongs Autonomie schwächen.

Das US-Außenministerium (DOS) hat [Visarestriktionen](#) gegen Mitarbeiter chinesischer Technologieunternehmen angekündigt, die in Ländern tätig sind, in denen Menschenrechte verletzt werden. Auch Huawei sei wegen seiner Aktivitäten in der chinesischen Provinz Xinjiang von den neuen Visabestimmungen betroffen, heißt es seitens des DOS.

Unternehmen im Telekommunikationsbereich weltweit werden vor ihren Geschäften mit

Covid-19 gibt der Telemedizin in den USA mächtig Auftrieb

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Um die Abhängigkeit von ausländischen Arzneimittellieferketten zu verringern, hat die US-Regierung im Mai einen Vierjahresvertrag mit dem Unternehmen Phlow aus Richmond, Virginia, über 354 Millionen US-Dollar (US\$; mit Erweiterungsoption) abgeschlossen. Der erst im Januar gegründete Generikahersteller soll unter anderem die US-Produktion von Anti-Coronavirus-Medikamenten steigern.

Auch von der starken Abhängigkeit von China bei Medizinprodukten würden sich die USA gern lösen. Doch hat seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie noch kein US-Medizintechnikunternehmen mit Werken in China Teile seiner Produktion von dort in die USA zurückverlegt. „Ich kenne derzeit auch kein Unternehmen, das eine Verlagerung plant“, sagte Harley Seyedin, Präsident der Amerikanischen Handelskammer in Südchina, Ende Juni 2020 gegenüber der „Washington Post“. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

Kurzmeldungen

Unternehmen für DACA-Beibehaltung

In einem gemeinsamen [Brief](#) haben mehr als 100 Unternehmensvertreter US-Präsident Donald Trump aufgefordert, das unter Präsident Obama eingeführte *Deferred Action for Childhood Arrivals* (DACA)-Programm beizubehalten. DACA schützt fast 800.000 junge Ausländer, die als Kinder ohne Aufenthaltsgenehmigung in die USA gekommen sind, vor der Abschiebung. In dem Brief der *Coalition for the American Dream* wird argumentiert, dass Abschiebungen die wirtschaftliche Erholung von der Pandemie beeinträchtigen werden. Die Administration solle daher von weiteren Massnahmen gegen DACA absehen.

Der Oberste Gerichtshof hatte am 18. Juni den Versuch der Administration blockiert, das Programm zu beenden. Das Gericht urteilte mit 5 zu 4 Stimmen, dass die Administration keinen angemessenen Grund für die Beendigung des Programms angegeben habe. Die Administration hat bereits angekündigt, sie werde erneut versuchen, das Programm zu beenden. (cs)

EPA hält an Luftqualitätsstandards von 2015 fest

Die US-Umweltschutzbehörde (EPA) hat angekündigt, die seit 2015 in Kraft stehenden Luftqualitätsstandards für Ozon und verschiedene Schadstoffe (NAAQS) [beizubehalten](#). Man habe festgestellt, dass die jetzigen Standards die Gesundheit der US-Bevölkerung ausreichend [schützen](#). Interessensvertreter wie die *US Chamber of Commerce* und die *National Association of Manufacturers* begrüßten den Schritt. Umweltschutz und wirtschaftlicher Fortschritt stünden so im Einklang.

Zudem hat das Weiße Haus eine finale Regelung für den *National Environmental Policy Act* [angekündigt](#). Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Infrastrukturprojekten werden zukünftig vereinfacht. (kw)

Die *Stiftung Familienunternehmen* hat gemeinsam mit der Universität Göttingen eine historische [Langzeitstudie](#) zu Familienunternehmen in Deutschland und den USA veröffentlicht. In der Studie werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Entwicklung von Familienunternehmen in Deutschland und den USA von der Mitte des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts untersucht.

Allgemein stellt die Studie fest, dass in Deutschland mehrgenerationelle Familienunternehmen dominieren, während die USA eher die Dynamik junger Unternehmen förderte, deren Eigentümer sie oft nach deutlich kürzerer Zeit ganz oder teilweise veräußerten. Deutsche Familienunternehmen sind im Durchschnitt wesentlich älter und streben häufiger eine generationenübergreifende Kontinuität an. Eine englische Version der Studie ist [hier](#) verfügbar. (cs)



Audi



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemioneck

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 29 vom 23. Juli 2020

- **Diese Woche in Washington**
- **DOC kündigt neue Maßnahmen gegen China an**
- **USTR Lighthizer reagiert auf Kritik**
- **Starke Einnahmeverluste für US-Konsulate**
- **US-Kfz-Bauer halten an ihren Investitionen in Elektroautos fest**
- **Aufruf zur Stärkung von PSA-Lieferketten**
- **Senatsanhörung zum stellvertretenden USTR**
- **US-Reisebranche fordert mehr Unterstützung**

Diese Woche in Washington

Der Kongress nahm am Montag seine Arbeit wieder auf, hat aber nur bis Ende nächster Woche Zeit, um sich vor der parlamentarischen Sommerpause im August auf weitere wirtschaftliche Impulse im Zuge der Coronakrise zu einigen. Angesichts des baldigen Ablaufs mehrerer staatlicher Unterstützungsprogramme, wie z.B. der zusätzlichen Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 600 US\$ pro Woche und eines bundesweiten Zwangsäumungsmoratoriums, versuchen die Kongressabgeordneten unter Zeitdruck einen Kompromiss zu finden. Demokraten und Republikaner sind sich allerdings weiterhin uneins darüber, welche Programme mit wie vielen Mitteln gefördert werden sollen.

Die Anträge auf Arbeitslosenunterstützung sind in der vergangenen Woche auf 1,4 Millionen gestiegen, berichtet das US-Arbeitsministerium (DOL). Damit wurde der seit 15 Wochen andauernde Rückgang der Neuanträge beendet. Der Anstieg wird mit der Verzögerung der Wiedereröffnungspläne einiger Bundesstaaten und mit erneuten Betriebsschließungen begründet. Hintergrund ist der sprunghafte Anstieg der Covid-19-Infektionszahlen.

Am Dienstag hat die *US Chamber of Commerce*, zusammen mit der *National Association of Manufacturers* und anderen US-Verbänden, Klage gegen das US-Heimatschutzministerium (DHS) und US-Außenministerium eingereicht. Die im vergangenen Monat von der US-Regierung eingeführten Visabeschränkungen überstiegen die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Befugnisse der Exekutive und fügten zahlreichen US-amerikanischen Unternehmen in allen Wirtschaftssektoren schweren wirtschaftlichen Schaden zu, so die Anklageschrift. (vm/cs)

DOC kündigt neue Maßnahmen gegen China an

Das *Bureau of Industry and Security* (BIS) des US-Handelsministerium (DOC) hat elf chinesische Unternehmen wegen Menschenrechtsverletzungen gegen muslimische Minderheiten in der Provinz Xinjiang auf die *Entity List* gesetzt. Den Unternehmen wird vorgeworfen, Zwangsarbeit und Gen-Analysen in ihre Geschäftsaktivitäten zu integrieren. Die Unternehmen sind besonders in den Bereichen Textil, Bekleidung, und Technologie aktiv. Die *Entity List* fordert eine Lizenz für den Export oder Austausch US-kontrollierter Güter an diese Unternehmen. Seit 2019 hat das DOC 37 Einrichtungen wegen

Menschenrechtsverstößen in Xinjiang auf diese Liste gesetzt. Mitte Juli hat das DOC zusammen mit anderen US-Ministerien in einem [Business Advisory](#) Unternehmen vor den rechtlichen- und Reputationsrisiken gewarnt, Geschäfte mit Parteien durchzuführen, die gegen Menschenrechte in Xinjiang verstoßen.

Das BIS hat zudem eine Überprüfung der Exportregulierungen für US-Güter [angekündigt](#), die für Überwachungsaktivitäten verwendet werden. Insbesondere bezieht sich die Behörde auf biometrische Systeme, Gesichtserkennungssoftware und hochauflösende Kameras. Auf diese Weise sollen Menschenrechte besser geschützt werden. Die Überprüfung fokussiert sich auf keine spezifischen Länder, allerdings nimmt das BIS in der Ankündigung Bezug auf Chinas Benutzung von Gesichtserkennungstechnologien in Xinjiang. Öffentliche Kommentare können hierzu bis zum 15. September eingereicht werden. (kw)

USTR Lighthizer reagiert auf Kritik

Ein kürzlich erschienener Artikel des US-Handelsbeauftragten (USTR) Robert Lighthizer löste eine Debatte über den handelspolitischen Ansatz der Trump-Administration aus (WN Nr. 23/2020). Infolgedessen reagierte Lighthizer auf einige Kritikpunkte in einem neuen [Beitrag](#) im *Foreign Affairs* Magazin. Lighthizer wies das Argument zurück, Washington hätte unzureichend mit seinen Verbündeten gegenüber China zusammengearbeitet. Hierzu verwies er auf den Erfolg einer trilateralen Gruppe mit Japan und der EU sowie auf die Zusammenarbeit bei 5G und in Bezug auf Investitionsschutz.

Mit Blick auf die WTO wiederholte Lighthizer deren negative Auswirkungen auf die US-Wirtschaft und den US-Arbeitsmarkt. Ihm zufolge verhinderten die US-Antidumping- und Ausgleichszollgesetze (AD/CVD), dass unterbewertete oder subventionierte Waren den US-Markt überschwemmen. Dennoch hätte die WTO in Fällen, in denen US-AD/CVDs in Frage gestellt wurden, immer zugunsten Chinas entschieden. Somit hätte China Milliarden US-Dollar durch Vergeltungsmaßnahmen eingezogen.

Lighthizer ging auch auf die Kritik am Austritt der Trump-Administration aus der *Trans-Pacific Partnership* (TPP) ein. Laut Lighthizer wäre TPP ein schlechtes Handelsabkommen für die USA gewesen, weil viele Kapitel zu schwache oder keine durchsetzbaren Verpflichtungen enthielten. Ferner wären die wirtschaftlichen Vorteile des Abkommens begrenzt und könnten auf andere Weise erzielt werden, beispielsweise durch das abgeschlossene *Phase-1*-Abkommen mit Japan. (ch)

Starke Einnahmeneinbußen für US-Konsulate

In einer [Anhörung](#) im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses wurde deutlich, in welchem Umfang die US-Konsulate weltweit Einkommenseinbußen aufgrund der gegenwärtigen Covid-19-Pandemie verbuchen müssen. Laut Ian Brownlee, *Principal Deputy Assistance Secretary* für konsularische Angelegenheiten, rechnet seine Behörde mit einem über 50-prozentigen Rückgang der Einnahmen aus je Visa- und Passgebühren. Insgesamt wird im laufenden Haushaltsjahr mit Verlusten in Höhe von 1,4 Milliarden US\$ gerechnet. Erst 2023 soll sich die Situation wieder verbessern. Mittel aus dem CARES Act hätten einige der Einbußen abfangen können.

Die US-Konsulate finanzieren sich zum größten Teil aus Visagebühren. Diese Einnahmen wiederum werden genutzt, Dienstleistungen für US-Bürger im Ausland bereitzustellen. Hierunter fallen unter anderem jährlich 83.000 Registrierungen für im Ausland geborene US-amerikanische Kinder, die Betreuung von 15.000 im Ausland wegen Strafanzeigen feststehenden US-Bürgern und Unterstützungshilfen bei 11.000 US-Todesfällen im Ausland. Seit Ausbruch der Pandemie seien über 110.000 US-Bürger nach Hause gebracht worden, hiervon 1.000 aus Wuhan mit Charterflügen. (cs)

US-Kfz-Bauer halten an ihren Investitionen in Elektroautos fest

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Für die US-Autoindustrie ist die Covid-19-Pandemie eine harte Probe. Pläne für neue Elektroautos bestehen fort, der Ausbau der Ladeinfrastruktur hinkt aber hinterher. Durch den Pandemieausbruch lagen US-Autofabriken rund zwei Monate still. Zwar dürfte der Fahrzeugabsatz in den USA im 2. Quartal 2020 um rund ein Drittel gesunken sein, doch „fangen die Menschen wieder an, mehr Autos zu kaufen“, sagte Anfang Juli Jessica Caldwell, Chef-Analystin beim Autohandelsportal Edmunds.com.

Umfragen vor der Covid-19-Pandemie legten nahe, dass rund ein Drittel der US-Autofahrer beim nächsten Autokauf zu einem Elektromodell greifen könnte. Die Autoindustrie verfolgt daher große Pläne, das Land zu „elektromobilisieren“. Viele E-Fahrzeuge wurden entworfen, meist mit Reichweiten um die 200 Meilen (etwa 320 Kilometer). Neben der Reichweite wurde auch die Laufdauer immer besser: Tesla und General Motors (GM) entwickeln bereits Akkus für 1 Million Meilen. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

Kurzmeldungen

Aufruf zur Stärkung von PSA-Lieferketten

Eine Koalition von 21 Interessenverbänden und Gewerkschaften veröffentlichte [Empfehlungen](#) zur Stärkung der Lieferketten und Herstellung von persönlicher Schutzausrüstung (PSA) in den USA. Laut der Gruppe stelle die Abhängigkeit der USA von ausländischen PSA-Produzenten eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit und die nationale Sicherheit des Landes dar. Daher sollte die US-Regierung die Beschaffungsregeln für PSA-Einkäufe verschärfen, damit US-Steuer Gelder beispielsweise nicht in China ausgegeben würden. Der „strategische nationale Lagerbestand“ von PSA sollte zudem wieder aufgefüllt und Lücken in den Lieferketten identifiziert werden. Ferner empfiehlt die Koalition Anreize für den Kauf von in den USA hergestellter PSA durch den Privatsektor und die Förderung von Unternehmen beim Wiederaufbau inländischer PSA-Lieferketten. (ch)

Senatsanhörung zum stellvertretenden USTR

In seiner [Nominierungsanhörung](#) vor dem Senatsfinanzausschuss zum stellvertretenden US-Handelsbeauftragten (USTR) für Investitionen, Dienstleistungen, Arbeit, Umwelt, Afrika, China und die westliche Hemisphäre hat sich Michael Nemelka dafür ausgesprochen, die Beschaffung von Seltenen Erden und Mineralien zu diversifizieren, um die Abhängigkeit der USA von chinesischen Importen in diesem Bereich zu reduzieren. Auch sollte die Durchsetzung des USMCA-Abkommens priorisiert werden. Zudem sollte gewährleistet werden, dass China seine Verpflichtungen unter dem *Phase-1*-Abkommen erfüllt. Nemelka sprach sich auch für ein umfassendes Handelsabkommen mit Kenia aus, das als Vorbild für weitere Abkommen mit anderen afrikanischen Ländern dienen könne. Nemelka ist Anwalt, sein Fachwissen beinhaltet laut Weißem Haus komplexe Handelsprozesse. (kw)

US-Reisebranche fordert mehr Unterstützung

Die US-Reisebranche kämpft weiter mit den Folgen der Covid-19-Pandemie. Vor dem Hintergrund, dass bereits acht Millionen Jobs in der Branche verloren gegangen seien, fordert die *US Travel Association* in einem [Brief](#) an den US-Kongress mehr als 10 Milliarden US\$ an Unterstützungsleistungen. Auch der Pilotenverband *Air Line Pilots Association* hat sich erneut an den Kongress gewandt und argumentiert für die

Unterdessen drängen US-amerikanische und europäische Fluggesellschaften die Regierungschefs auf beiden Seiten des Atlantiks, nach einem gemeinsamen Testprogramm schnellstmöglich den normalen Flugbetrieb wieder aufzunehmen. (cs)



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Viola Meyerweissflog

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 30 vom 30. Juli 2020

- Diese Woche in Washington
- Senatoren diskutieren Reform der WTO
- Medizinische Lieferketten im Fokus der US-Politik
- Untersuchung zur Marktdominanz von US-Technologieunternehmen
- Trump unternimmt Schritte zur Reduzierung von Arzneimittelpreisen
- USA errichtet wasserstoffbetriebene Kraftwerke
- Neuer US-Botschafter für Deutschland?
- Demokraten kritisieren US-Außenministerium
- Abgeordneter Darin Lahood spricht zu China-Politik

Diese Woche in Washington

Am Montag haben die Republikaner im Senat ihren Vorschlag für ein weiteres Corona-Hilfspaket im Wert von rund 1 Billionen US\$ vorgestellt. Der als *Health, Economic Assistance, Liability Protection and Schools (HEALS) Act* bekannte Plan sieht unter anderem die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 190 Milliarden US-Dollar für eine Neuauflage des *Paycheck Protection Program (PPP)*, Haftungsschutz und Steuergutschriften für Unternehmen sowie eine Reduzierung der erweiterten Arbeitslosenunterstützung von 600 US\$ auf 200 US\$ pro Woche vor. Der Entwurf der Demokraten (HEROES Act) sieht ein Rettungspaket in Höhe von 3 Billionen US\$ vor. Obwohl nun die Vorschläge beider Parteien vorliegen, bleibt abzuwarten, ob ein parteiübergreifendes Hilfspaket noch vor der parlamentarischen Sommerpause im August verabschiedet werden kann. Sowohl das Repräsentantenhaus als auch der Senat müssen einem Rettungspaket zustimmen bevor es von Präsident Trump unterzeichnet werden kann.

Die US-Notenbank (Fed) hat diese Woche angekündigt, den Leitzins weiterhin bei nahe Null zu belassen. Man wolle so lange an einem Zins von 0 bis 0,25% festhalten bis die Wirtschaft die schwersten Folgen der Corona-Rezession überstanden hat und wieder auf dem Weg ist, ihre maximalen Beschäftigungs- und Preisstabilitätsziele zu erreichen. Zwar hätten sich Wirtschaftstätigkeit und Beschäftigung in den letzten Wochen etwas erholt, doch blieben beide Indikatoren deutlich unter dem Niveau vom Jahresanfang. In diesem Zusammenhang hat die Notenbank auch bekannt gegeben, diverse Notprogramme bis zum Jahresende bzw. bis Ende März 2021 weiterlaufen zu lassen.

Die US-Statistikbehörde BEA hat in einer ersten Schätzung am Donnerstag angekündigt, dass das US-Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal auf das Jahr hochgerechnet um 32,9% eingebrochen ist. Das verzeichnet den stärksten Absturz seit Beginn der Statistik im Jahr 1947, und spiegelt laut BEA maßgeblich den deutlichen Rückgang von Konsumausgaben, Exporten und inländischen Investitionen aufgrund der Coronavirus-Pandemie wider. Unabhängig davon teilte das US-Arbeitsministerium am Donnerstag mit, dass die Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung in der vergangenen Woche zum zweiten Mal in Folge auf 1,43 Millionen gestiegen seien. (vm)

Senatoren diskutieren Reform der WTO

Am 29. Juli berief der Finanzausschuss des Senats eine [Anhörung](#) zur Reform der WTO ein. Sowohl Republikaner als auch Demokraten betonten ihre Unterstützung für die WTO als Institution, räumten aber gleichzeitig ein, dass Änderungen notwendig seien. Viele Senatoren unterstrichen, dass die USA eine stärkere Führungsrolle zeigen sollten, anstatt sich möglicherweise aus der WTO zurückzuziehen. Ein Austritt der USA könne ein Vakuum hinterlassen, das voraussichtlich von China gefüllt werden würde.

Mehrere Senatoren äußerten sich besorgt über China. Laut dem führenden Demokraten des Ausschusses, Ron Wyden (D-OR), ginge Chinas wirtschaftlicher Aufstieg zu Lasten der USA. China hätte seit seinem Beitritt zur WTO regelmäßig gegen Verpflichtungen verstoßen. Wyden zufolge sollten sich die Reformbemühungen auf Bereiche konzentrieren, in denen die chinesische Regierung die WTO ausnutze.

Außerdem wurde die Zukunft des nicht-funktionsfähigen Berufungsgremiums der WTO erörtert. Viele Republikaner und Demokraten erkannten die Notwendigkeit eines Streitbeilegungssystems. Allerdings sei das derzeitige System nicht ausreichend. Beispielsweise hätte das Berufungsgremium die US-Handelsschutzmaßnahmen zu einem Zeitpunkt behindert, wenn diese gegen China erforderlich gewesen seien. (ch)

Medizinische Lieferketten im Fokus der US-Politik

Der durch die Coronavirus-Pandemie verstärkte Trend medizinische Wertschöpfungsketten zurück in die USA zu verlegen, nimmt zunehmend Gestalt an. So [kündigte](#) US-Präsident Trump am Dienstag an, dass das US-amerikanische Unternehmen *Eastman Kodak* im Rahmen des *Defense Production Act* einen 765 US\$ schweren Staatskredit erhalten wird, um bis zu 25% aller aktiven pharmazeutischen Wirkstoffe herzustellen, die in den USA in einer Reihe von Generika benutzt werden. Auf diese Weise soll die Bekämpfung von COVID-19 unterstützt sowie die inländische Produktionskapazität und Lieferketten wichtiger strategischer Ressourcen gestärkt werden.

Die Frage, wie medizinische Wertschöpfungsketten neu ausgerichtet werden können, ist auch Thema im Kongress. In einer Anhörung des Finanzausschusses des Senats [unterstrich](#) der Ausschussvorsitzende Chuck Grassley (R-IA) seine Hoffnung auf eine produktive parteiübergreifende Zusammenarbeit, um Schwachstellen in US-amerikanischen Lieferketten zu beheben und deren Abhängigkeit von China zu verringern. Dies sei vor allem mit Blick auf die Produktion von persönlicher Schutzausrüstung (PSA) ausschlaggebend, da 40% der verfügbaren PSA in China hergestellt werden würde.

Auch das am Montag veröffentlichte Corona-Hilfspaket der Republikaner im Senat richtet seinen Fokus auf die Neuorientierung medizinischer Lieferketten. Einem von Senator Lindsey Graham (R-SC) gesponserten [Gesetzentwurf](#) zufolge soll die US-Regierung beim Kauf von PSA für die strategische Reserve (*National Strategic Stockpile*) dazu verpflichtet werden, nur von US-amerikanischen Produzenten kaufen zu dürfen. (vm)

Untersuchung zur Marktdominanz von US-Technologieunternehmen

Seit über einem Jahr untersucht der Unterausschuss für Wettbewerbsrecht im Repräsentantenhaus Vorwürfe bezüglich wettbewerbswidriger Geschäftspraktiken großer US-Technologieunternehmen. Am 29. Juli [erschiene](#)n Jeff Bezos von *Amazon*, Tim Cook von *Apple*, Mark Zuckerberg von *Facebook* und Sundar Pichai von *Google* per Videoschalt vor dem Unterausschuss. Laut dem Vorsitzenden David Cicilline (D-RI) beherrschten diese Online-Plattformen den Markt. Eine solche Machtkonzentration verhindere neue Formen des Wettbewerbs, Kreativität und Innovation.

Alle Geschäftsführer hoben die positiven Beiträge ihrer Unternehmen zur US-Wirtschaft durch Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen hervor. Bezos verglich Amazon

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/27/2020 3:51:19 PM
mit traditionellen Einzelhändlern wie Walmart um die Größe von Amazon zu kontextualisieren. Laut Bezos mache Amazon weniger als 1% des weltweiten Einzelhandelsmarktes aus. Pichai und Cook unterstrichen die Wettbewerbsfähigkeit ihrer jeweiligen Produkte, um zu zeigen, dass weder Google noch Apple einen dominierenden Marktanteil im Suchmaschinen- bzw. App-Markt haben. Zuckerberg führte zudem den Erfolg von Facebook auf den „American Way“ zurück: Das Unternehmen begann als kleines Start-Up und entwickelte innovative Produkte, die von Verbrauchern geschätzt werden würde.

Mehrere Ausschussmitglieder äußerten auch Bedenken hinsichtlich anderer Themen, wie beispielsweise die Verbreitung von Falschinformationen, die mutmaßliche Zensur konservativer Stimmen in den Sozialen Medien sowie die Geschäftspraktiken der Technologieunternehmen in China. (ch)

Trump unternimmt Schritte zur Reduzierung von Arzneimittelpreisen

US-Präsident Trump hat am 24. Juli vier [Executive Orders](#) unterzeichnet, die die Preise rezeptpflichtiger Arzneimittel reduzieren sollen. Die ersten drei Verordnungen sollen zum einen Arzneimittelimporte aus Ländern mit niedrigen Medikamentenpreisen ausbauen und zum anderen staatlich geförderte Gesundheitseinrichtungen verpflichten, Preisnachlässe, die zwischen Herstellern und Händlern ausgehandelt wurden, an Konsumenten im *Medicare*-Programm weiterzugeben. Die vierte Proklamation zielt vor allem darauf ab, Arzneimittelpreise im *Medicare*-Programm auf das niedrigste Preisniveau vergleichbarer Volkswirtschaften zu reduzieren. Falls die Administration und US-Arzneimittelhersteller in geplanten Verhandlungen zu keiner Einigung kommen, soll die vierte Proklamation bereits am 24. August in Kraft treten. Die angekündigten Maßnahmen erfüllten eine langfristige Priorität der Administration, so das Weiße Haus.

Die US-Pharmaindustrie übte starke Kritik an den Maßnahmen. Der Unternehmensverband PhRMA [bezeichnete](#) die Verordnungen als radikal und gefährlich. Sie verhinderten die Bekämpfung der Pandemie sowie Investitionen für Forschung und Entwicklung. Die *US Chamber of Commerce* übte ebenso [Kritik](#) an den Maßnahmen, da diese die Arzneimittelsicherheit und pharmazeutische Innovationen schwächen könnten. Die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (D-CA) [warnte](#) zudem, dass die Maßnahmen zu erhöhten Kosten für Versicherungsprogramme führen und damit US-Steuerzahler belasten könnten. (kw)

USA errichtet wasserstoffbetriebene Kraftwerke

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA nimmt bei der Entwicklung und breiten Anwendung von Wasserstofftechnologien an Fahrt auf. Im Vergleich zum Forschungspotenzial und zur Wirtschaftskraft der größten Volkswirtschaft der Welt gibt es aber noch viel Raum nach oben. Sowohl die Zahl der Entwicklungsprojekte, die Höhe der Forschungsgelder als auch die Menge der Projektimplementierungen sind vorerst überschaubar. Dies dürfte sich jedoch schnell ändern, da die Technologien zunehmende Marktreife erlangen, weiterhin Skaleneffekte die Investitions- und Betriebskosten senken und die US-Regierung Wasserstoff als einen strategischen Energieträger einstuft, bei dem das Land eine führende Position einnehmen soll.

Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

Kurzmeldungen

Neuer US-Botschafter für Deutschland?

US-Präsident Trump hat am 27. Juli angekündigt, Douglas Macgregor als Botschafter der USA in Berlin zu nominieren. Macgregor ist pensionierter Oberst in der US-Armee und tritt momentan regelmäßig als politischer Kommentator in den US-Medien auf. Er befürwortet den von Präsident Trump angewiesenen Truppenabzug aus Deutschland. Es ist unklar, wann die Nominierung offiziell an den US-Senat zur Abstimmung geht, bzw. wann die Personalie durch den Senat bestätigt werden kann. Laut US-Verfassung muss der Senat allen Nominierungen zustimmen. Nach der alljährlichen Sitzungspause im August bleibt nicht mehr viel Zeit, bevor die Sitzungsperiode aufgrund der anstehenden Präsidentschafts- und Kongresswahlen voraussichtlich Anfang Oktober endet. (vm)

Demokraten kritisieren US-Außenministerium

In einem [Bericht](#) kritisieren die Demokraten des Auswärtigen Ausschusses im US-Senat den Führungsstil des US-Außenministeriums unter der Trump-Administration. Die Ergebnisse basieren auf Umfragen, öffentlichen Statements, Medienberichten und anderen Daten zur US-Diplomatie. Dem Bericht zufolge hätten lange nichtbesetzte Schlüsselposten die diplomatische Arbeit erschwert. Beispielsweise gäbe es seit Februar 2019 keinen offiziellen Kandidaten für die ranghöchste Stelle für europäische Angelegenheiten. In vielen Ländern fehle auch ein US-Botschafter. Zudem werden mehrere Kandidaten der Trump-Administration als ungeeignet oder unqualifiziert angesehen. Die Arbeitsmoral unter den Beamten und das Vertrauen in die Führung seien in den vergangenen drei Jahren stark gesunken. Daher hätten viele Beamte das Außenministerium verlassen, was zu Fachwissensverlust geführt hätte. Der Bericht enthält auch eine Reihe von Empfehlungen zum Wiederaufbau des diplomatischen Korps. (ch)

Abgeordneter Darin Lahood spricht zu China-Politik

Kongressabgeordneter Darin Lahood (R-IL), Mitglied des *House Ways and Means Committee* und Vorsitzender der *US-China Working Group*, sprach bei einer [Veranstaltung](#) der *Washington International Trade Association* zur US-China-Politik und seiner Arbeit in der von Republikanern geführten *China Task Force*. Die Initiative arbeite derzeit an einem umfassenden Bericht, der Ende September veröffentlicht werden soll und gesetzgeberische Empfehlungen bezüglich des strategischen Wettbewerbs mit China anbieten wird. Zum *Phase-1*-Abkommen äußerte Lahood Bedenken, dass China trotz Fortschritten die Abnahmeverpflichtungen nicht erfüllen werde. Eine Aufkündigung des *Phase-1*-Deals wäre allerdings nicht empfehlenswert, so Lahood. (kw)



LUFTHANSA GROUP

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Viola Meyerweissflog

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2020

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)



GERMANY IS A SIGNIFICANT INVESTOR IN THE U.S.



Traditionally, German companies have a strong presence in the U.S. Their affiliates represent efficient technologies, a high degree of value added, and attractive jobs. According to the German Bundesbank, 5,406 companies in the U.S. benefit from German investment. Most of them are affiliates of small- and medium-sized enterprises.

Foreign direct investment (FDI) from Germany in the U.S., 2009–2018



Source: Bureau of Economic Analysis, U.S. Department of Commerce

Foreign direct investment (FDI) in the U.S. by country, 2018

Rank	Country	Investment (USD in billions)
1	United Kingdom	597
2	Canada	588
3	Japan	488
4	Germany	474
5	Ireland	385

Source: Bureau of Economic Analysis, U.S. Department of Commerce

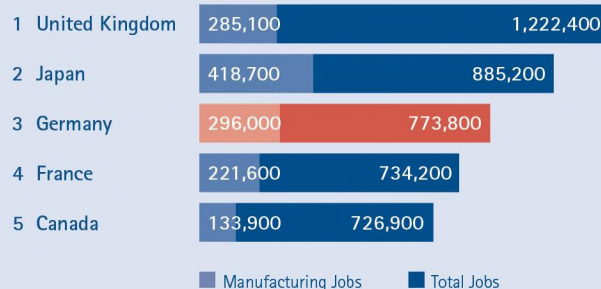
GERMAN COMPANIES ARE THE 3RD LARGEST FOREIGN EMPLOYER IN THE U.S.



German affiliates employ 773,800 people across the U.S. That makes German companies the 3rd largest foreign employer in the U.S. and the 2nd largest in the manufacturing sector. Overall, German companies accounted for 10.5% of the total 7.3 million U.S. jobs created by foreign affiliates.

Find out how German-owned affiliates contribute to your state at www.germanbusinessmatters.com

U.S. jobs in foreign-owned affiliates, 2017



Source: Bureau of Economic Analysis, U.S. Department of Commerce

APPRENTICESHIP PROGRAMS

German companies invest in their workforce with a growing number of leading apprenticeship programs benchmarked on the German dual education system. The earn-while-you-learn approach offers apprentices a high-quality education in advanced manufacturing, combining company-specific knowledge, theory, and hands-on learning without accumulating student debt. This results in a specialized, high-skilled workforce that helps the U.S. economy embrace technical innovation, keep pace with market developments, and seize growth opportunities.

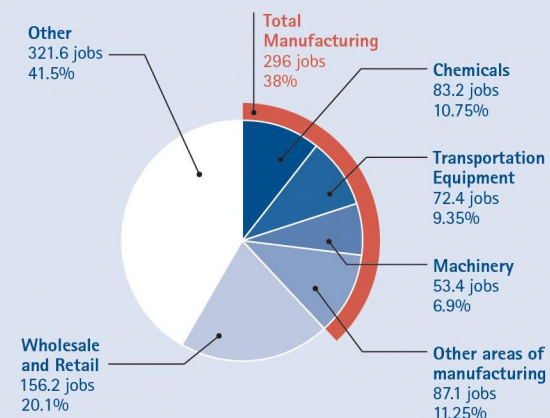


GERMAN AFFILIATES STRENGTHEN THE U.S. MANUFACTURING SECTOR



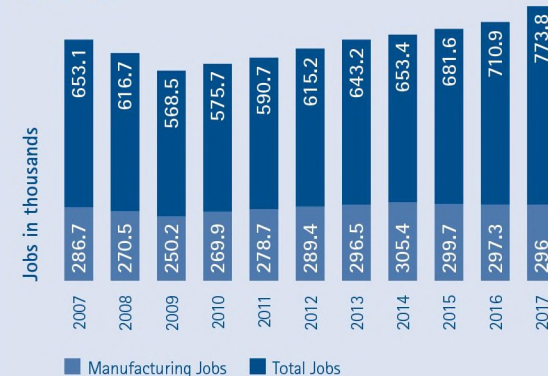
According to the U.S. Bureau of Economic Analysis, more than 10% of foreign direct investment in the U.S. comes from Germany. Manufacturing is by far the largest sector that benefits from German investment. 38% of the jobs created by German affiliates in the U.S. are in manufacturing.

Jobs by sector in German affiliates in the U.S., 2017 (in thousands)



Source: Bureau of Economic Analysis, U.S. Department of Commerce

Employment by German affiliates in the U.S., 2007–2017



Source: Bureau of Economic Analysis, U.S. Department of Commerce

German American

TRADE

QUARTERLY

1st Quarter 2020

Vol.32 No.1 \$7.50

German American Business Outlook 2020

**German companies still upbeat
about doing business in the US
New Year, New Trade Policy?**

WASHINGTON
★ UPDATE ★

NEWS FROM INSIDE THE BELTWAY

New Year, New Trade Policy?

by Caitlin Hickey, RGIT

2019 came to a frenetic close in the trade policy realm. Before Congress and the Trump Administration departed for winter recess, breakthroughs were made with USMCA and the US-China Phase 1 Deal. As the new year settles in, it is worthwhile to assess where trade policy stands and where it might be headed.

Potential for Additional Trade Deals

Above all, ratifying USMCA and reaching a deal with China could provide more certainty. The North American market has become intertwined under NAFTA, so the mere threat that it would be torn up was of grave concern. While USMCA offers needed stability, ensuring compliance with certain provisions places a burden on already established supply chains. The Phase 1 Deal allows for breathing room by removing the continuous threat of tariff escalations, but its limited nature falls short of expectations in some areas and questions arise about its WTO compatibility.

Now the question is where will the Trump Administration turn its focus? After Brexit, the US and British governments have made a quick bilateral trade deal a top priority. But this might be easier said than done. Even with the “special relationship,” there are areas of disagreement. Increasing access for American agricultural goods – especially chlorine-washed chicken and

hormone-fed beef – as well as changing the way pharmaceutical pricing is done under the National Health Service (NHS) are highly sensitive issues in the UK. Meanwhile, the threat of auto tariffs still hangs over the British automotive industry. The Brits have not backed down from their plans for a digital services tax even though the Americans have labeled a similar French initiative as discriminatory and have consequently proposed tariffs against French imports. Furthermore, London’s handling of Huawei in 5G infrastructure could affect relations.

Another natural partner is the EU. In July 2018, President Trump and former European Commission President Juncker agreed to areas where they could potentially work together. Since then, progress has been made in some of the more technical areas and the Europeans have trumpeted their soy, beef, and liquefied natural gas (LNG) purchases. However, controversial topics such as industrial tariffs have not been touched and the Americans have not





yet been able to convince the Europeans to bring agriculture to the table. Moreover, ongoing disputes in the WTO Airbus-Boeing cases and the French digital services tax have led to tariffs plus the threat for future ones. But even with tensions simmering, new figures within the leadership of the European Commission offers opportunity. Indeed, the new Trade Commissioner Phil Hogan has already traveled to Washington to call for a refreshing of transatlantic trade relations.

Beyond the UK and EU, the Trump Administration has also expressed interest in potential trade deals with other partners such as Vietnam, India, Brazil, Switzerland, and parts of Africa.

The Role of Congress in Trade

Getting USMCA ratified was a monumental task that took significant time, concessions, and rare bipartisanship. Perhaps the Trump Administration learned from this experience because its other trade deals – namely Japan and China – were limited in scope and considered as executive agreements. This means the Trump Administration did not have to follow normal protocol by consulting with Congress and getting its approval. The shift towards limited deals instead of comprehensive agreements is contentious among both Republicans and

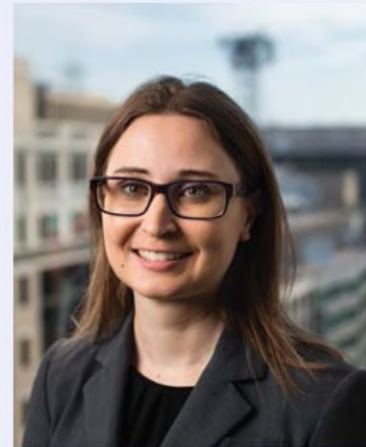
Democrats because of the Constitutional role afforded to Congress in trade. The icing out of Congress plus the overly broad interpretation of existing trade laws such as Section 232 have led to serious discussions about reining in the executive's trade powers and restoring them to the legislative branch. These discussions are expected to carry on in 2020.

Elections 2020

Much of this year will be characterized by election season. The Democratic caucuses and primaries have already started and will continue through spring. As the final candidate emerges, election season really heats up. For this reason, any necessary legislative or executive branch work will most likely be completed in the first half of the year.

Trade policy will play a role during the campaign. President Trump will surely highlight jobs and economic numbers and characterize his trade deals and tough stance on China as achievements. An analysis of the Democratic field reveals that trade policy might not return to "normal" under a Democratic President. Several leading candidates are open to using tariffs as a tool. Former Vice President Joe Biden has repeated the phrase "economic security is national security" that has been used as a justification for Section 232 tariffs. Not all candidates support USMCA,

About the Author



Caitlin Hickey,
Director, Government Relations
and Legal Affairs

>> chickey@rgit-usa.com
>> www.rgit-usa.com

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and The Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

with Senator Bernie Sanders even calling for another renegotiation. Regarding China, many candidates support the goal in countering China's negative practices but differ on how to achieve this.

All that being said, 2020 promises to be an exciting year for trade policy! ■



German American Trade Quarterly

2nd Quarter 2020 | Vol. 32 | No. 2 | \$7.50



German American
Chambers of Commerce
Deutsch-Amerikanische
Handelskammern

**German companies in the US
respond quickly to COVID-19 crisis**

WASHINGTON
★ UPDATE ★

NEWS FROM INSIDE THE BELTWAY

Washington's Response to the Corona-Pandemic – An Overview

By Viola Meyerweissflog, Christoph Schemioneck, and Kevin Wolfe – RGIT

Washington, DC has come to a standstill. Like in many other parts of the country, stay at home orders are in place across the DC area to slow the spread of the pandemic. Congressional presence on Capitol Hill has been in flux since the beginning of the pandemic. Nevertheless, both Congress and the Administration – in a mostly bipartisan effort – have taken bold steps to fight the pandemic and keep the economy afloat.

Actions by the U.S. Congress

On March 3, Congress adopted the Coronavirus Preparedness and Response Supplemental Appropriations Act as a first step. With US\$ 8.3 billion, the package aims to develop and produce a vaccine and to support health authorities.

The second package (Families First Coronavirus Response Act), amounting to US\$ 100 billion, came into effect on March 18. Of direct interest to the business community, this new law supports specified employers to provide emergency paid sick leave, as well as emergency paid leave under the Family and Medical Leave Act (FMLA).

The third and largest stimulus package, the Coronavirus Aid, Relief and Economic Security (CARES) Act, passed on March 27, provides US\$

2.2 trillion to fund various measures such as grants for distressed companies, increased unemployment benefits, tax benefits, loans and guarantees, and support for the health sector.

Small and medium-sized enterprises with less than 500 employees were able to apply through the Paycheck Protection Program (PPP) for low-interest bridging loans through their house banks. The loans can cover payroll, utilities, and mortgage and leasing expenses. Loans can be forgiven if used only for these expenses and staff are not laid off. Due to massive application volume, PPP funds were originally exhausted by mid-April. However, a new US\$ 484 billion bipartisan deal was reached by Congress and the Administration on April 21. It includes US\$ 322 billion to refill the depleted Paycheck Protection Program (PPP) and another US\$ 60 billion for small-business disaster loans and grants.

Companies with more than 500 employees can apply for a deferred income tax payment and a temporary exemption from compulsory tax prepayments. The same applies to social security contributions. The CARES Act includes US\$ 500 billion in loans and government guarantees to industries and

businesses whose survival is at risk due to the pandemic. The aviation sector will receive US\$ 61 billion in assistance.

Furthermore, in order to support the demand side of the economy, the CARES Act includes one-time payments of US\$ 1,200 for adults and US\$ 500 for each child. The payments apply to people with an annual income of up to US\$ 75,000 a year, with reduced payments for incomes up to US\$ 99,000.

Actions by the U.S. Administration

In addition to working with Congress on the stimulus packages, the U.S. Administration has carried out measures on travel and immigration restrictions, invoked the Defense Production Act (DPA), and taken steps to issue some tariff relief.

On February 2, the U.S. Administration enacted its first Covid-19-related travel restrictions, banning entry to foreign citizens arriving from China. Subsequently, entry bans came into place on arrivals from Iran (February 29), Schengen Zone (March 13), and the UK and Ireland (March 16). On March 20, the U.S. borders with Canada and Mexico were closed to non-essential travel. On April 22, President Trump issued a proclamation suspending the issuance of new



permanent resident visas (Green Cards) for 60 days for applicants outside of the U.S.

On March 27, President Trump first invoked the Defense Production Act (DPA) to compel the production of ventilators. Exports of medical products have also been restricted under the DPA, particularly Personal Protective Equipment (PPE) and N-95 respirator masks. Effective April 10 for 120 days, exports of certain medical products now require approval from the Federal Emergency Management Agency (FEMA). On April 28, President Trump invoked the DPA again to ensure meat processing plants remain in operation, citing concerns that plant closures due to Covid-19 outbreaks could threaten the U.S. food supply.

On April 20, the Administration issued a 90-day suspension of tariff payments for U.S. importers. The suspension does not apply to tariffs from antidumping/countervailing duties (AD/CVD) and Section 201, Section 232, and Section 301 investigations.

Reopening the National Economy

As the number of daily new coronavirus cases reported in the U.S. seems to have plateaued since mid-April, the debate about how

and when to restart the economy is starting to unfold.

On April 16, President Trump released [new guidelines](#) for governors to use as they decide when to reopen their states. The guidelines recommend that states meet certain “gating” criteria, such as a two-week downward trend in coronavirus cases, before starting to ease lockdowns. The reopening should happen in three phases:

- **Phase One:** The first phase would allow non-essential businesses to reopen, but with an emphasis on telework and social distancing. Schools currently closed should remain shut and visits to health-care facilities should be prohibited. Bars should remain closed. High-risk individuals should remain at home.

- **Phase Two:** Gating criteria should be fulfilled a second time before moving to Phase 2. Schools can reopen. Nonessential travel can resume, and people can move in public again practicing social distancing. Gatherings of more than 50 are generally forbidden. Larger venues can operate under moderate social distancing rules. Vulnerable individuals should continue to stay home. Employers should continue to encourage

About the Authors



Viola Meyerweissflog,
Communications and Program
Manager at the Representative of
German Industry and Trade (RGIT)

>> vmeyerweissflog@rgit-usa.com



Dr. Christoph Schemioneck is the
Senior Director Regional Economic
Policy, World Bank Liaison at the
Representative of German Industry
and Trade (RGIT)

>> cschemioneck@rgit-usa.com



Kevin Wolfe,
Analyst, Commercial and Energy
Policy at the Representative of RGIT.

>> kwolfe@rgit-usa.com

Industry groups are also exploring new ways to navigate and inform policies within the various reopening phases.

telework whenever possible and close common areas and consider special accommodations for vulnerable employees.

- Phase Three: Gating criteria should be fulfilled a third time. Vulnerable individuals can resume public interactions but should practice social distancing. Employers can resume unrestricted staffing of workplaces. Large public venues can operate under limited social distancing rules. Visits to healthcare facilities can resume.

The federal government is also working with numerous company, industry, and union representatives in the '[Great American Revival Industry Groups](#)', as well as with a congressional '[Opening Up America Again](#)' group to advise the President on reopening the economy. The congressional group is bipartisan. A full list of all members can be found [here](#).

Meanwhile, state governors have increased their coordination efforts to restore the economy, announcing various state groups. These include partnerships in the [Northeast](#), the [Midwest](#), and along the [West Coast](#) of the U.S. With the federal government having transferred a share of the responsibility for coronavirus testing to the state level, these coordination efforts will prove crucial to reduce states having to

compete against each other for testing kits and personal protective equipment (PPE).

Industry groups are also exploring new ways to navigate and inform policies within the various reopening phases. The U.S. Chamber of Commerce, for example, [announced](#) the creation of a joint task force with the Council of State Chambers (COSC) to support federal and state approaches to restore the national economy and ensure greater collaboration between the business community and government at various levels. Additionally, the National Manufacturing Association (NAM) [released](#) its 'American Renewal Action Plan' with recommended actions for the federal government and Congress, including calls to increase collaboration to produce more PPE, improve testing, and clarify loan requirements.

Reactions of German-Owned Affiliates in the U.S

In these uncertain times, German companies continue to play an important role in the U.S. economy. In total, there are 5,406 German companies in the U.S. Foreign direct investment from Germany stands at \$474 billion. German-owned affiliates employ 773,800 people in the U.S. U.S.-German economic relations play a key role in the broader \$1.3 trillion transatlantic trade relationship. In the current

pandemic, German companies in sectors such as healthcare, logistics, and packaging are supporting America's response to Covid-19 and keeping lifelines in the economy open.

On April 15, RGIT hosted its first "Listening Session" with eight German-owned affiliates in different sectors across the US. Above all else, the companies are prioritizing the health and safety of their employees, shifting quickly to work-from-home arrangements and reducing on-site staff to essential workers. Business disruptions and other financial constraints are nonetheless weighing heavily on operations, particularly supply chain disruptions, reduced demand, and increasingly costly tariff payments. Despite current headwinds, businesses are cautiously optimistic for a possible rebound in the fourth quarter and are preparing diligently for the turnaround. A recording of the session can be found [here](#). ■

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and The Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.